

ZEUGENSCHRIFTUM

<b>Name:</b> DICHGANS, Hans.	<b>ZS Nr.</b> 3064	<b>Bd</b> II	<b>Vermerk:</b> gö
---------------------------------	-----------------------	-----------------	-----------------------

katalogisiert Seite: 1-135

**Sachkatalog:**

Industrie III-2.  
Europa II-1. Europ. Parlament  
Europa II-1. Montan-Union

**Personen:**

Bech, Josef. Min. Luxemb.  
Conrot, Eric.  
Dichgans, Hans.  
Ferry, Jacques.  
Goergen, Fritz-Aurel.  
Hallstein, Walter. Präs.  
Henle, Günther.  
Ingenhousz, Arnold Hugo.  
Layton, Michael.  
Mayrisch, Emil.

katalogisiert Seite:

**Sachkatalog:**

Monnet, Jean. Präs.

**Personen:**

Müller, Max C.  
Myrdal, Gunnar.  
Rest, Pierre van der.  
Rollmann, Tony.  
Schroeder, Gerhard.  
Sandler, Hans-Jörg.  
Sohl, Hans-Günter.  
Uri, Pierre. Dir.

katalogisiert Seite:

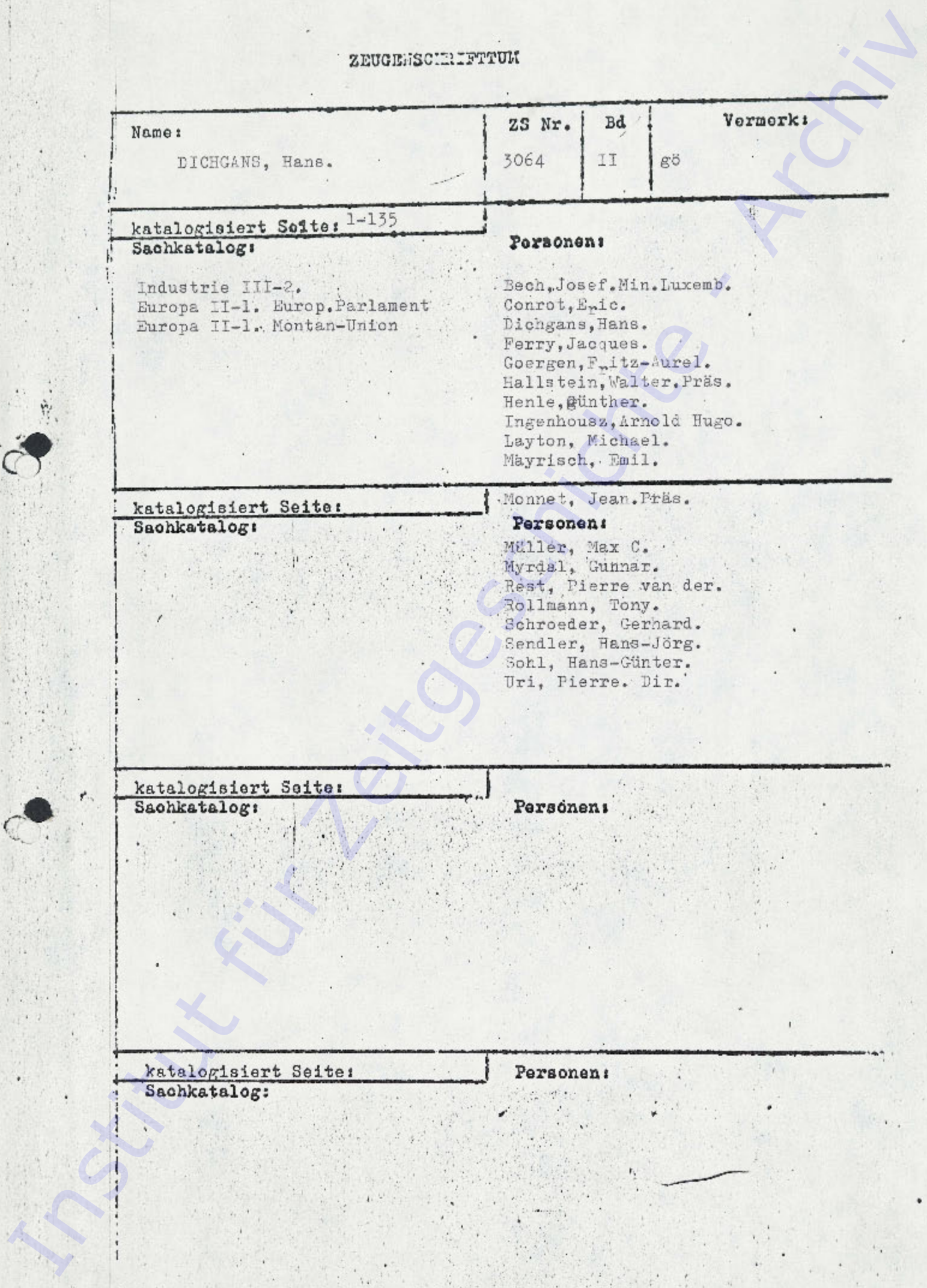
**Sachkatalog:**

**Personen:**

katalogisiert Seite:

**Sachkatalog:**

**Personen:**



Entwurf: 1. Februar 1977

## Die Stahl-Europäer

=====

Ein Beitrag zur Geschichte der Montanunion

von Hans Dichgans

Es handelt sich um eine Abschrift handschriftlicher Entwürfe, noch weit entfernt von der endgültigen Fassung, zusammengestellt, um die Absicht und die Gedankenführung deutlich zu machen. Die Schilderung der speziellen deutschen Verhältnisse enthält zu viele Einzelheiten und zeigt damit ein Übergewicht, das durch Kürzungen, aber auch durch Anreicherungen der Berichte über die Entwicklung in anderen Ländern ausgeglichen werden muß.

Der Entwurf beruht auf zahlreichen Besprechungen insbesondere mit den Herren Conrot, von Fisenne, Funck, Kuhn-Regnier, Rollmann und Terrel. Ich bin für diese Hilfen sehr dankbar.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 5857/78	Best. 25 3064 / I
Rep. -	Kot. 10 <sup>7</sup>

Hilfsmaterial v. 7.2.77 ed. (A VIII)

Die Stahleuropäer  
=====

	<u>Seite</u>
<u>Vorwort</u>	10
<u>Die Bedeutung der Person</u>	15
<u>Die Vorgeschichte der Montanunion</u>	20
Internationale Zusammenarbeit Stahl bis 1939	21
Emil Mayrisch	21/3
Vom Kriegsende bis zur Verkündung des Schumann-	
plans	22
Der Marshall-Plan	22/2
Der Stahlausschuß der ECE	23
Tony Rollmann	23/2
Eric Conrot	23/5
Sieger und Besiegte	24
Die Internationale Ruhrbehörde	25
Alain Poher	25
<u>Der Schumannplan</u>	31
Die Verkündung des Schumannplanes	31
Robert Schumann	31
Die Saarfrage	32
Die Reaktion der Betroffenen	33
Nationale Vorbereitungen	34
Die Beteiligung der Deutschen Stahlindustrie	35
Die Formulierung des Vertrages über die Montanunion	36
Jean Monnet	36/3
Walther Hallstein	36/6
Max C. Müller	36/7
Die Streitpunkte	37
Ratifizierung und Wahl des Sitzes	38
Die Besetzung der Hohen Behörde	39
Franz Etzel	39
Heinz Potthoff	39
Albert Coppé	39/2
Léon Daum	
Enzo Giacchero	
Dirk Spierenburg	02

Albert Wehrer  
Paul Finet

<u>Europäische Verwaltung/Europäisches Parlament</u>	40
Kalendarium Montanunion	41
Beginn der Arbeit	42
Die Beamten	43
Residenz in Luxemburg	44
Supranationale und nationale Souveränität	45
Das Europäische Parlament	46
Fusion der Gemeinschaften	47
Der Beratende Ausschuß	48
Helmuth Burckhardt	48/3
<u>Vom Club der Stahlindustrie zu Eurofer</u>	50
Männer und Nationalitäten	50/3
Die Belgier	50/3
Pierre van der Rest	50/3
Pierre Delville	
Die Briten	50/4
Lord Michael Layton	
Alec Mortimer	
Ronald Smith	
Frank Holloway	
Gordon Sambrook	
Die Dänen	50/4
Erland Thrane	50/4
Die Deutschen	54
Hans-Günther Sohl	54/1
Karl Barich	54/5
Bruno Fugmann	54/5
Hans-Jörg Sandler	54/5
Gerhard Buns	54/7

	<u>Seite</u>
Fritz-Aurel Goergen	54/7
Gerhard Schroeder	54/8
Hans Dichgans	54/8
Herbert W. Köhler	54/8
Gerhard Elkmann	54/9
Egon Overbeck	54/9
Dieter Spethmann	54/10
Ernst Röchling	54/10
Kurt Schluppkotten	54/10
Juergen Krackow	54/10
Die Franzosen	55
Jacques Ferry	55/1
Jean Raty	
Pierre Ricard	
Georges Thedrel	
Jean-Arthur Varoquaux	
Albert Labbé	
René Terrel	
Die Iren	
Patrick Mortimer	56
Die Italiener	57
Alberto Capanna	
Demonic Taccone	
Mario Einaudi	
Die Niederländer	58
Arnold Ingen Housz	
Pieter Bentz van den Berg	
Evert van Veelen	
Nachfolger van Veelen	
Die Luxemburger	59
Felix Chomé	
Léopold Bouvier	
Eric Conrot	23/5
Albert Meyer	
Frank Meyer	
André Robert	
Paul Metz	
Emmanuel Tesch	

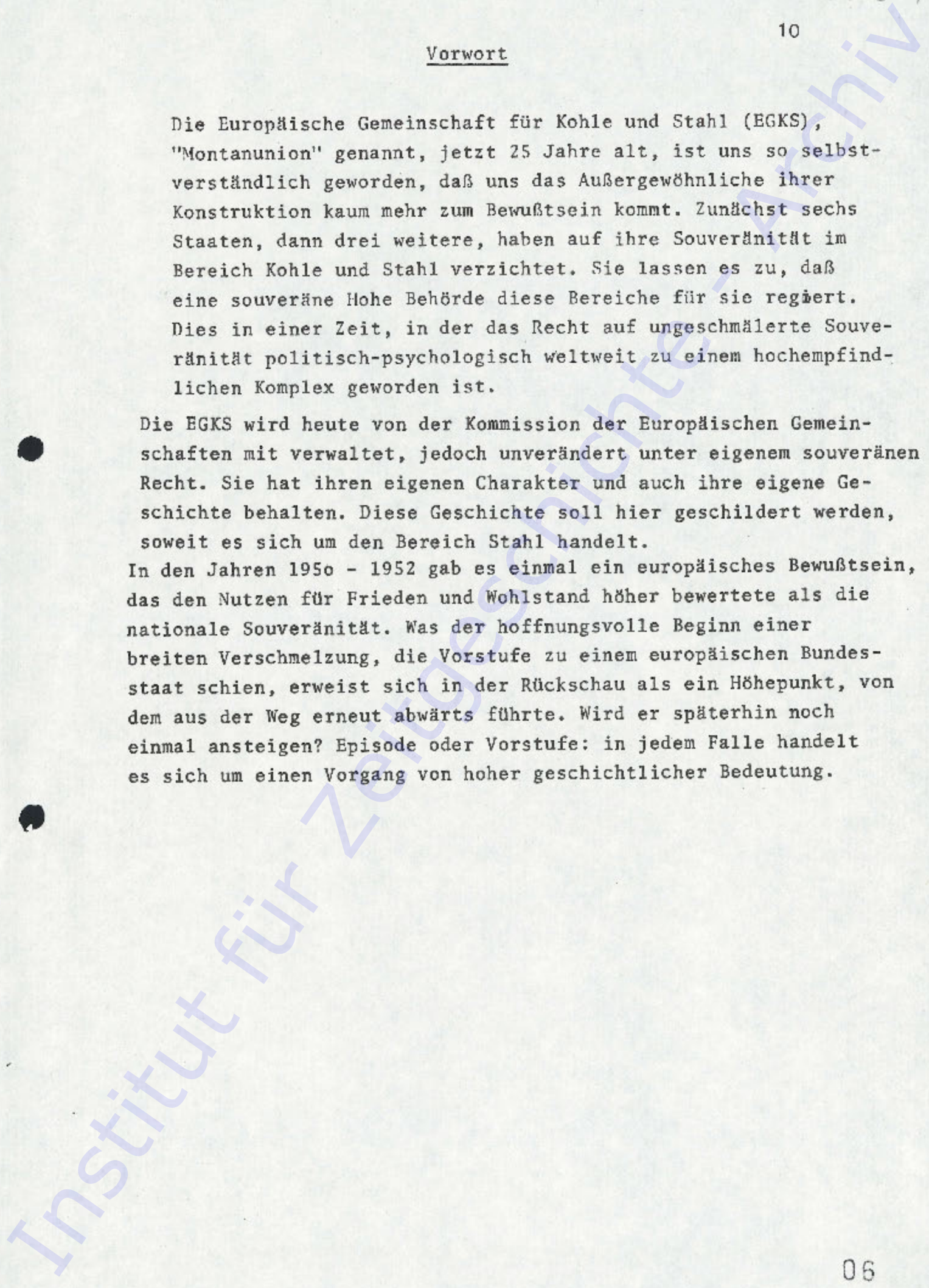
	<u>Seite</u>
<u>Europäische Stahlpolitik</u>	60
Schrott	61
Eisenerz	62
Kohle für die Stahlindustrie	63
Investitionen und Finanzierung	64
Krisenmanagement	65
Mangellage	66
Harmonisierung der Steuern	67
Aufkommen der Mittel	68
Verwendung der Mittel	69
 <u>Nationale Verbände</u>	 70
 <u>Weltweite Zusammenarbeit im International Iron and Steel Institute</u>	 80
 <u>Literatur</u>	 90
 <u>Register</u>	 100

Vorwort

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), "Montanunion" genannt, jetzt 25 Jahre alt, ist uns so selbstverständlich geworden, daß uns das Außergewöhnliche ihrer Konstruktion kaum mehr zum Bewußtsein kommt. Zunächst sechs Staaten, dann drei weitere, haben auf ihre Souveränität im Bereich Kohle und Stahl verzichtet. Sie lassen es zu, daß eine souveräne Hohe Behörde diese Bereiche für sie regiert. Dies in einer Zeit, in der das Recht auf ungeschmälerte Souveränität politisch-psychologisch weltweit zu einem hochempfindlichen Komplex geworden ist.

Die EGKS wird heute von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften mit verwaltet, jedoch unverändert unter eigenem souveränen Recht. Sie hat ihren eigenen Charakter und auch ihre eigene Geschichte behalten. Diese Geschichte soll hier geschildert werden, soweit es sich um den Bereich Stahl handelt.

In den Jahren 1950 - 1952 gab es einmal ein europäisches Bewußtsein, das den Nutzen für Frieden und Wohlstand höher bewertete als die nationale Souveränität. Was der hoffnungsvolle Beginn einer breiten Verschmelzung, die Vorstufe zu einem europäischen Bundesstaat schien, erweist sich in der Rückschau als ein Höhepunkt, von dem aus der Weg erneut abwärts führte. Wird er späterhin noch einmal ansteigen? Episode oder Vorstufe: in jedem Falle handelt es sich um einen Vorgang von hoher geschichtlicher Bedeutung.



## Die Bedeutung der Person

Solange Geschichtsschreibung auf mündliche Oberlieferung, auf Inschriften und Handschriften angewiesen war, schilderte sie Personen und deren Handlungen. In einer Zeit jedoch, die Tag für Tag riesige Mengen von Dokumenten produziert, wird Historie zunehmend eine Nacherzählung von Erzeugnissen der Druckerpresse. Soweit die Personen nicht in den vordersten Linien von Politik oder Wissenschaft gestanden haben, bleiben sie schemenhaft. Von der menschlichen Substanz vieler gewichtiger Personen, deren Namen sich in zahlreichen Niederschriften und Anwesenheitslisten finden, wissen wir kaum etwas.

Im vorigen Jahrhundert schrieben Industrielle Memoiren. Das ist aus der Mode gekommen. Festschriften zu Firmenjubiläen bringen oft manches über längst verstorbene Gründer, aber kaum ein Wort über die Leute, welche das Unternehmen in den letzten 30 Jahren geführt haben.

Das kann die Vermutung nähren, die Unternehmer, früher einmal farbige Persönlichkeiten, seien heutzutage durchweg blasse Erben oder überarbeitete Funktionäre, die persönlich nichts erlebt und deshalb nichts zu erzählen hätten. Zuweilen regt sich der Verdacht, sie schwiegen, weil sie etwas zu verbergen wünschten. Diese Meinung ist völlig falsch. Die Zahl der Industrieführer, deren Väter schon Millionäre waren, ist verschwindend klein.

Die europäische Stahlindustrie wird nicht von Nachkommen alter Industriefamilien, nicht von den Erben alten Reichtums beherrscht, sondern durchweg von Männern, die allein durch ihre Intelligenz und ihre Tatkraft durch eine Verkettung von Verdienst und Glück zur Führung gelangt sind. Viele von ihnen sind auch außerhalb des Bereichs der Wirtschaft bemerkenswerte Persönlichkeiten.

Wo alte Industriefamilien vor der Alternative standen, einen schwachen Mann ihres Namens oder einen tüchtigen Mann von außen zum Generaldirektor zu machen, haben sie sich durchweg für den tüchtigeren entschieden, zuweilen erst nach bitteren Erfahrungen mit der anderen Alternative.

Es läge im Interesse der Industrie, die kraftvolle menschliche Substanz, die in der Führung unserer großen Unternehmen wirkt, deutlicher erscheinen zu lassen.

Die meisten Führer der Industrie scheuen jedoch die Publizität. Das eigene Schwimmbad, das eigene Auto, das eigene Flugzeug haben Ghetto-Existenzen gefördert und Kontakte erschwert, die sich noch in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts in öffentlichen Verkehrsmitteln zwanglos ergaben.

Was die Unternehmen der Stahlindustrie in Europa produziert, verdient und verloren haben, ist in den Geschäftsberichten der Hüttenwerke, den Jahresberichten der Verbände und den Dokumenten der Hohen Behörde Kohle und Stahl nachzulesen. Dabei gibt es vorzügliche Arbeiten, z.B. den "Wagenführbericht": "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952 - 1962". Aber dieser Bericht zeigt auch besonders deutlich die Lücke der Information im menschlichen Bereich. In seinen 640 Seiten enthält er nicht ein Wort über die Persönlichkeiten, die mitgearbeitet haben. Diese Literatur, die sich allzu vordergründig auf die Fakten beschränkt, sollte durch eine Darstellung der menschlichen Zusammenarbeit ergänzt werden, die diese Entwicklung getragen hat, der Mechanismen der Kooperation, aber auch der Individualitäten, deren Handlungen, Freundschaften und Gegensätze die notwendigen Impulse lieferten.

Diese menschliche Substanz aufzuhellen und festzuhalten, ist das Ziel meiner Arbeit.

## Die Vorgeschichte der Montanunion

Eisen wurde in Europa schon in vorgeschichtlichen Zeiten erschmolzen und geschmiedet. Die Kenntnis des jeweiligen Standes der Technik verbreitete sich rasch über den ganzen Raum. Als Bücher gedruckt wurden, entstand bald auch eine Literatur des Eisenhüttenfachs, lateinisch geschrieben, allen interessierten Europäern verständlich. Georg Agricola "De re metallica libri XII," Basel 1556 schrieb das berühmteste Fachbuch dieser Art. Fertigerzeugnisse hoher Qualität wurden über weite Entfernungen abgesetzt. Schon im Mittelalter gab es eine Vorstufe des gemeinsamen Marktes Stahl.

Die britischen Erfindungen im Bereiche der Stahlherstellung und Stahlverarbeitung im 18. und 19. Jahrhundert befruchteten die Stahlindustrie des Europäischen Kontinents. Johansson schrieb darüber in seiner "Geschichte des Eisens": "Im 18. Jahrhundert und im Anfang des 19. Jahrhunderts war die Technik der außer-englischen Länder so rückständig, daß die allgemeine Geschichte von diesen Ländern nur zu berichten braucht, wann und wo die englische Technik dort eingeführt wurde (S.341)".

Britisches Kapital half beim Aufbau der kontinentalen Stahlindustrieen. Das ist mancherorts in den Firmennamen sichtbar geblieben. Die Engländer John und Charles James Cockerill aus Lancashire stammend, bauten im Gelände des ehemaligen fürstbischöflichen Lustschlosses Seraing bei Lüttich das damals größte Hochofenwerk der Welt, dessen erster Hochofen 1823 eine Rekordleistung von 10 t Roheisen je Tag erreichte. Der englische Name hat sich bis heute erhalten.

Auch im Ruhrgebiet finden sich heute noch angelsächsische Namen: Hibernia, Erin beispielsweise. Der erste Präsident des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen Interessen von Rheinland und Westfalen, des bedeutendsten deutschen Industrieverbandes der

damaligen Zeit, war der Ire William Thomas Mulvany, Leiter der Zeche Hibernia. Er verkehrte mit seiner deutschen Geschäftsführung in englischer Sprache. Das englische Kapital dieser alten Gründungen ist längst in nationale Hände übergegangen. Aber immer wieder gibt es in Europa neue Kapitalbeteiligungen über nationale Grenzen hinweg, neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit in einer Montanunion, deren erste Ansätze in der Expansion englischer Technik und englischen Kapitals gelegen hatten.

Internationale Zusammenarbeit Stahl bis 1939

Massenstahl wird nach Gewicht gekauft und verkauft, ohne daß die Provenienz von einem bestimmten Hersteller dabei eine große Rolle spielte. Der Stahlverbraucher sucht das billigste Stahlangebot, weil im Markt der Fertigerzeugnisse die Kalkulation auf dem jeweils billigsten Stahl aufbaut.

Massenstahl ist also sehr wettbewerbsempfindlich. Gewiß spielen auch Zuverlässigkeit und Service des Lieferers eine bedeutsame Rolle. Aber im Wettbewerb zwischen Hüttenwerken hohen Ranges gibt es am Ende nur ein einziges Verkaufsargument, den Preis.

Nun ist die Stahlindustrie wie alle kapitalintensiven Großindustrien sehr empfindlich gegen Einbrüche der Beschäftigung. In Krisenzeiten kämpfen die Hüttenwerke deshalb erbittert um Beschäftigung, sie müssen dann im Preis nachgeben und das führt jeweils rasch zum Preissturz, unverändert bis heute:

Das Dokument III 1365/76 der Europäischen Gemeinschaften "Konjunkturindikatoren" enthält folgende Tafel 5 zur Preisentwicklung für Stabstahl (in % von Nov. 1974):

	Allgemeine Marktpreise	Exportpreise
Nov. 1974	100,0	100,0
Nov. 1975	72,0	54,7
Nov. 1976	89,6	60,6

Bei der Auswertung dieser Tabelle ist zu bedenken, daß die Kosten, insbesondere die Lohnkosten in dieser Zeit ständig stiegen.

Das klassische Gegenmittel waren Kartellabreden, in denen die Produzenten sich untereinander zur Einhaltung von Mindestpreisen, zur Beschränkung der Liefermengen verpflichteten. Aus den Einzelaktionen, Gründungen neuer Stahlwerke im Ausland, wurden Gemeinschaftsaktionen aller europäischen Stahlwerke zur Verteidigung einer bestehenden Produktions- und Marktstruktur, zur Verhinderung eines hemmungslosen Wettbewerbs mit immer niedrigeren Preisen, die die Existenz der Unternehmen bedrohten.

Verkaufssyndikate boten einen noch besseren Schutz gegen Umgehungen. Sie schnitten die Verbraucher von dem direkten Kauf beim Erzeuger ab und zwangen sie, ihre Aufträge dem Verband zu geben, der damit eine Monopolstellung erhielt, und die Lieferungen dann nach den Quoten auf seine Mitglieder verteilte. Das klassische Beispiel eines solchen gemeinsamen Kampfes war die International Wire Export Company, die IWECO in Brüssel, gegründet von den großen europäischen Produzenten von gezogenem Draht.

Die meisten anderen internationalen Kartelle, deren es in den Zwanziger und Dreissiger Jahren viele gab, hatten jedoch nur Verabredungen über Produktions- oder Lieferquoten, über die Aufteilung von Märkten, über Territorial-Schutzabkommen. Die Mitglieder hatten für Überschreitung ihrer Quoten Buße zu zahlen, verkauften aber unmittelbar an ihre Kunden.

Der Beginn einer breit organisierten Zusammenarbeit der Stahlindustrie in Europa knüpft sich an den Namen des Luxemburgers Emil Mayrisch. Er war am 10. November 1862 in Eich als Sohn eines Arztes geboren, der diesen Beruf schon in der fünften Generation ausübte. Emil Mayrisch studierte Ingenieurwissenschaften in Aachen. Er begann seine Laufbahn in Dudelange und betrieb sehr bald einen Zusammenschluß der Luxemburger Montanindustrie, die am 30. Oktober 1911 zur Gründung der Acieries Reunies Burbach-Eich-Dudelange, der ARBED, führte.

Schon 1881 hatte es lose Vereinbarungen zwischen deutschen und britischen Röhrenherstellern gegeben. Im Jahre 1905 entstand ein internationales Schienen-kartell mit dem Namen IRMA (International Railmakers Association). 1912 fanden sich deutsche und französische Roheisenwerke zu einem Kartell zusammen.

Aber erst im Jahre 1926 entstand auf Betreiben von Emil Mayrisch die Internationale Rohstahlgemeinschaft, IRG, gegründet am 30. September 1926 in Brüssel von Stahlproduzenten aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und der Saar. Wer seine Quote überschritt, hatte 4 Dollar je Tonne Ausgleich zu zahlen, zur Entschädigung der Produzenten, die ihre Quote nicht hatten erreichen können.

Am Rande dieses Abkommens verständigten sich die deutschen Produzenten auch mit den lothringisch-saarländisch-luxemburgischen Eisenrevieren über deren Importquote, die in ein festes Verhältnis zum deutschen Inlandsverbrauch gebracht wurde. Diese Importe wurden durch die deutschen Verkaufsverbände zu deren Preisen abgesetzt. Das ermöglichte zugleich den Abschluß eines neuen deutsch-französischen Handelsvertrages, der auch den französischen Markt wieder für die deutsche weiterverarbeitende Industrie öffnete, abgeschlossen 1927.

Der deutsche Stahlmarkt wurde damals beinahe vollständig vom Stahlwerksverband beherrscht. Die Walzstahlmengen, die am Stahlwerksverband vorbei an deutsche Verbraucher gelangten, lagen unter drei Prozent des deutschen Verbrauchs.

1927 traten die österreichischen, ungarischen, tschechoslowakischen und die jugoslawischen Werke der IRG bei. In die Quoten waren ursprünglich auch die inländischen Märkte einbezogen. Nach der großen Krise 1929 -1932 entschloß man sich jedoch, nur noch den Export zu regeln, und so gründeten die belgischen, deutschen, französischen und luxemburgischen Stahlverbände am 25. Februar 1933

die Internationale Rohstahl-Export-Gemeinschaft (IREG), die ihre Tätigkeit am 14. Juni 1935 aufnahm.

Zum 1. Juli 1935 kam ein Vertragswerk über die Kontingentierung der IREG-Einfuhren nach England und über eine Regelung der britischen Stahlausfuhr zustande.

In den Jahren 1935 - 1938 schlossen sich die Stahlindustrien Polens, der Tschechoslowakei, Südafrikas, Ungarns, Österreichs, Finnlands, der Niederlande und der Schweiz dem System der IREG an. Mit der nordamerikanischen Stahlindustrie wurde ein "modus vivendi" vereinbart.

Bei Beginn des zweiten Weltkrieges standen von der Weltstahlerzeugung nur Italien, Schweden, Spanien, Kanada, Indien, Australien, Rußland und Japan außerhalb des Kartells. Die Einzelheiten sind nachzulesen bei: "Günther Kiersch" Internationale Eisen- und Stahlkartelle, Essen 1954.

Stahlkartelle dieser Art gelten heute als schlechthin verwerflich. Die Emotionen gegen solche Lösungen stammen von schlimmen Mißbräuchen in den USA aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, Mißbräuche, die es in dieser Form in Europa nie gegeben hat. Die Preisentwicklung zeigt das am besten. In Deutschland veränderte sich der Preis von Stabstahl Handelsgüte von 1925 bis 193 nur wenig (er sank von auf t) und blieb von da an bis 1945 unverändert. Kartelle und Preisvorschriften sorgten für Preisstabilität.

Als später sowohl Kartelle wie Preisvorschriften verschwanden, näherte sich der Eisenpreis rasch der kurvenreichen Entwicklung des internationalen Metallmarktes, wie die erwähnte Tabelle ..... 21/11 zeigt.

## Vom Kriegsende bis zur Verkündung des Schumannplans

Nach dem zweiten Weltkrieg waren trotz der schrecklichen Zerstörungen noch viele Industrieanlagen betriebsfähig oder ließen sich jedenfalls leicht wieder betriebsfähig machen. Es fehlte jedoch an Rohstoffen, Brennstoffen und Transportmöglichkeit.

Schon Anfang 1946 hatte sich in London die European Coal Organisation, ECO, konstituiert, die sich mit der Verteilung der europäischen Kohle befassen sollte, in erster Linie mit der Verteilung der Ruhrkohle. Die Franzosen hatten dazu ihren Wirtschaftsminister André Philippe geschickt. Von den Persönlichkeiten, die später in der Europäischen Gemeinschaft Kohle und Stahl eine Rolle spielten, nahmen damals Pierre Delville, Jean Picard und Eric Conrot an den Verhandlungen teil. Die äußeren Umstände waren noch schwierig. Der Weg vom Londoner Flughafen zur Stadt führte durch Trümmerfelder. Hotelunterkunft und Verpflegung waren knapp. Indonesische Restaurants waren beliebt, weil es dort wenigstens reichlich Reis gab.

Bevor die Londoner Kohleverhandlungen richtig in Gang gekommen waren, hatten die Vereinten Nationen, 1945 gegründet, in der vierten Sitzung ihres Wirtschafts- und Sozialrates im März 1947 die Gründung einer Economic Commission for Europe (ECE) beschlossen. Sie erhielt ihren Sitz in Genf in Gebäuden des früheren Völkerbundes. 18 Staaten beteiligten sich als Gründungsmitglieder, aber auch Vertreter der Weltwährungsorganisation FAO, der Weltbank, der Flüchtlingsorganisation UNRRA und der Kulturorganisation UNESCO nahmen daran teil.

Die ECE nahm das schon 1945 gegründete Emergency Economic Committee for Europe in sich auf. Die Leitung erhielt der Schwede Gunnar Myrdal. Die ECE trat zu ihrer ersten Sitzung vom 2. bis 15. Mai 1947 zusammen. Weil die ECE eine Tochter der UNO war, arbeiten darin bis heute auch östliche Nationen mit.

Die ECE holte die ECO von London nach Genf. Es zeigte sich bald, daß die Kohlenversorgung nicht nur ein Problem der Förderung, sondern mehr noch ein Problem des Transportes war: Güterwagen, die der Krieg über Europa verstreut hatte, mußten repariert und rationell eingesetzt werden. Dazu wurde in Genf neben der Kohleorganisation eine Europäische Transportorganisation geschaffen, die ECITO.

### Der Marshall-Plan

Inzwischen hatte der Marshallplan, am 5. Juni 1947 verkündet, dem europäischen Wiederaufbau einen neuen Impuls gegeben. Die Amerikaner überließen den westeuropäischen Staaten (die östlichen hatten eine Beteiligung abgelehnt), die Erlöse, die durch den Verkauf der amerikanischen Sachlieferungen, insbesondere des amerikanischen Getreides in den Empfängerländern erzielt wurden. Weitere Mittel wurden durch die "Droits de tirage" flüssig gemacht, Ziehrechte, die amerikanische Guthaben in einem Lande für ein anderes nutzbar machen sollten. Für die Einzelheiten muß auf die Fachliteratur verwiesen werden.

Die Amerikaner lieferten ferner Maschinen, Fahrzeuge, Anlagegüter aller Art, jedoch unter der Bedingung, daß sich die europäischen Nationen über Verteilung ein Einsatz freiwillig verständigen.

Das erforderte einen Abbau der nationalen Egoismen und des gegenseitigen Mißtrauens.

Im Juli 1947 kam daraufhin im Grand Palais in Paris eine erste europäische Wirtschaftskonferenz zusammen. 16 Staaten waren vertreten. Den Vorsitz führte der Engländer Oliver Franks. Die Franzosen Robert Marjolin und Etienne Hirsch waren wichtige Akteure.

Als belgische Experten nahmen teil Paul Boland, später Kabinettschef bei Albert Coppé in der Hohen Behörde und Pierre van der Rest.

Die Konferenz hatte die Aufgabe, ein Bild von der Größenordnung amerikanischer Hilfsmaßnahmen zu gewinnen, die notwendig sein würden, um die europäische Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Aber zugleich mußten in Europa selbst die Bedingungen geschaffen werden, die eine fruchtbare Ausnutzung dieser vielfältigen Hilfen ermöglichten. Dazu waren die Hindernisse abzubauen, die den freien Verkehr erschwerten, die Maßnahmen der Alliierten zu überprüfen, die einer Ausnutzung der Kapazitäten entgegenstanden, z.B. in der Form von Produktionsgrenzen für die deutsche Stahlindustrie.

Die Konferenz tagte bis zum 22. September 1947. Sie schätzte das Ausmaß amerikanischer Hilfe, die für den Wiederaufbau Europas notwendig wäre, auf 22 Milliarden Dollar. Sie bildete einen Stahlausschuß unter dem Vorsitz der Engländerin Betty Ackroyd, die damals erst 34 Jahre alt war. Der Luxemburger Tony Rollmann wurde Berichterstatter dieses Ausschusses. Unter den Experten, die dort mitwirkten, befanden sich die Franzosen Albert Bureau und Alexei Aron, der Belgier Paul Boland, die Italiener ..... Vignuzzi (der von der staatlichen italienischen Stahlgesellschaft Finsider kam) und Domenico Taccone, Direktor der FIAT, ein Mann, der sich bald zum besonderen Experten für europäische Schrottprobleme entwickelte. Der Luxemburger Eric Conrot, der Niederländer Poul L. Justman-Jacob der Brite ..... Henderson, gehörten ebenfalls zu diesem Kreis. Die deutschen Interessen wurden von Michael Layton vertreten, den die Verwaltung der englisch-amerikanischen Bizone entsandt hatte.

Aus dieser Konferenz entstand die OEEC, später in OECD umbenannt, der europäische Teil des Marshallplanes, eine Verwaltung unter dem Franzosen Robert Marjolin, der sich zunächst vorzugsweise mit den allgemeinen Kredit- und Währungsproblemen befaßte. Die OEEC schuf Abteilungen für Kohle, Energie, Stahl, Nicht-Eisen-Metalle und Transporte.

### Der Stahlausschuß der ECE

Während die OECD nur die europäischen Empfänger von Marshall-Plan-Hilfe betreute (der Ostblock hatte solchen Hilfen ja abgelehnt), führte die ECE weiterhin alle Stahlindustrien Europas zusammen,

Auch sie gründete im September 1947 einen Stahlausschuß. An diesen Arbeiten nahmen seit Ende 1952 auch die Sowjetunion und die übrigen Länder des Ostblocks teil.

Wie es damals in der europäischen Stahlindustrie aussah, zeigten die Zahlen der Statistik. Im Jahre 1946 hatten die sechs Gründungsmitglieder der späteren Kohle - und Stahlgemeinschaft, die 1937 insgesamt 39 Mio t Stahl erzeugt hatten, nur noch 12 Mio t produziert.

Der Stahlausschuß der ECE erhielt den Auftrag, die Stahlproduktion zu erhöhen, den Verbrauch zu rationalisieren. Außerdem sollte er:

1. dem Kohleausschuß Informationen über den Koksbedarf der europäischen Stahlindustrie liefern, soweit diese noch betriebsbereit war,
2. Vorschläge über die Wiederherstellung von Hochöfen und Walzwerken vorlegen,
3. die Möglichkeiten der Versorgung mit Koks, Eisenerz, Schrott und feuerfestem Material zu prüfen und für eine möglichst rationelle Ausnutzung aller Anliegen zu sorgen.

Zur ersten Sitzung waren 23 Länder erschienen (in Paris nur 18). Gunnar Myrdal eröffnete die Versammlung, die dann auf französischen und amerikanischen Vorschlag den völlig überraschten Tony Rollmann einstimmig zum Vorsitzenden wählte.

Tony Rollmann, geboren 1899 in ..... (Luxemburg), war in jungen Jahren zur ARBED gekommen. Mit 27 Jahren sandte ihn sein Unternehmen in den Fernen Osten, mit dem Auftrag, dort eine Verkaufsorganisation aufzubauen. In kurzen Abständen reiste er bei dieser Tätigkeit dreimal um die Welt. Nach dem Kriege schickte ihn die luxemburgische Regierung zunächst als ihren Vertreter zur Einkaufskommission der belgischen Regierung. Dann wurde er zum Wirtschaftsrat (Conseiller industriel) bei der Luxemburger Gesandtschaft in Brüssel ernannt. Von dort war er zu den Verhandlungen über den Marshallplan nach Paris gekommen.

Seine Leistung als Vorsitzender machte so großen Eindruck, daß Gunnar Myrdal ihm für zwei Jahre die Position des Direktors der Stahlabteilung anbot. Die ARBED gewährte ihm Urlaub.

Rollmann befaßte sich zunächst mit den Problemen des engsten Querschnitts, der Koksversorgung. Er stellte fest, daß aus dem Ruhrgebiet kostbarer Hüttenkoks nach Schweden geliefert wurde und dort zerkleinert in den Hausbrand ging. In Großbritannien gab es zur gleichen Zeit einen Überschuß an Hausbrandkoks. Der ECE gelang es, einen Teil dieses Kokes nach Schweden zu leiten und auf diese Weise im ersten Quartal 1948 500.000 t Hüttenkoks für die Hochöfen freizumachen.

Wie sollte man die Kohlen und den Koks verteilen? Die Interessensgegensätze lagen auf der Hand. Die Produktionsländer beanspruchten die Kohle in erster Linie für die eigene Versorgung. Die reinen Konsumentenländer, die Schweiz, Schweden und Dänemark durften jedoch nicht leer ausgehen.

Die ECE lehnte eine Verteilung durch politischen Machtspruch, den man ihr nahelegen wollte, ab. Sie verlangte, daß alle Beteiligten sich einigen müßten. Die Einigungsbereitschaft wurde durch amerikanische Hilfen gefördert, deren Gewährung von dieser Einigung abhing.

Das Prinzip der totalen freiwilligen Einigung zwischen den Beteiligten wurde erfolgreich durchgehalten, übrigens auch später in der Hohen Behörde, als es um die Verteilung von amerikanischem Einfuhrschrott ging.

Nun war allen Praktikern klar, daß ein System der Zuteilung von Rohstoffen, Brennstoffen und Transportmitteln, so intelligent es gestaltet sein mochte, für sich allein den großen Aufschwung der europäischen Industrie, notwendig für eine rasche Wiederherstellung eines akzeptablen Lebensstandes in Europa, nicht bringen konnte. Verteilung des Mangels, so hat es Ludwig Erhard formuliert, konnte die Produktion nicht steigern, Staatliche Maßnahmen reichten nicht aus. Eine Vielzahl mutiger privater Initiativen mußte hinzukommen. Solange jedoch die Grenzen gesperrt, alle wichtigen Operationen von einer Vielzahl von Genehmigungen abhängig blieben, solange niemand wußte, was späterhin aus Europa werden würde, ging die Planung des einzelnen Unternehmers kaum über den engen lokalen Bereich hinaus. Ein Projekt, das für einen großen europäischen Markt höchst nützlich gewesen wäre, erschien für einen engen lokalen Markt sinnlos.

Ende 1949 lud Gunnar Myrdal in Genf den französischen Minister André Philipp und den Luxemburger Tony Rollmann zu einem Abendessen ein, um die Möglichkeiten zu besprechen. Die lebhaftige Diskussion gab Einigkeit darüber, daß der große Impuls nur von einer großen Nachfrage eines großen Marktes kommen könne. An eine ausreichende Versorgung mit Kühlschränken, damals besonders knapp - Rollmann brachte dieses Beispiel - war nicht zu denken, solange man mit lokalen Mitteln nur den lokalen Bedarf decken wollte. Nur eine Großproduktion konnte rationell und billig arbeiten. Das Beispiel der Vereinigten Staaten regte an. Hinzu kam, daß die Amerikaner, deren Industrie den Krieg unbeschädigt überstanden hatte, ihre riesige Kapazität auf Friedensfertigung umstellen und damit früher oder später auch in den europäischen Markt eindringen würden. Ein gemeinsamer deutsch-französischer Markt, von allen Wirtschaftsgrenzen befreit, könne, so meinte man in der Diskussionsrunde, die notwendige Größe haben; die Benelux-Länder würden sich vermutlich anschließen, vielleicht auch Italien. 20

Ein Beitritt Großbritanniens sei natürlich erwünscht, aber der Plan habe selbst dann einen Sinn, wenn er im Anfang bei einer deutsch-französischen Verständigung bliebe. Und man sprach auch darüber, daß man wohl schrittweise vorgehen müsse. Vielleicht solle man mit Kohle und Stahl beginnen, wo die Zahl der Produzenten verhältnismäßig klein und gut überschaubar war.

Die Diskussion nach dem Abendessen wirkte anregend. André Philipp unterrichtete in Paris Jean Monnet, der sofort lebhaftes Interesse zeigte. Monnet bat Rollmann einige Tage später nach Paris und ließ sich die Ideen noch einmal genau vortragen. Die Publikation des Schumann-Plans am 9. Mai 1950 zeigte, wie rasch diese Vorstellungen Gestalt angenommen hatten.

Gewiß war der Anstoß, der aus Genf gekommen war, nicht die Hauptursache der Gründung der späteren Montanunion. Überlegungen ähnlicher Art waren schon früher angestellt worden, ohne konkrete Ergebnisse. Aber erst 1950 war eine allgemeine politische Lage entstanden, die eine reale Grundlage für kühne europäische Pläne lieferte. Die Genfer Initiative gab diesen politischen Überlegungen eine tragfähige wirtschaftliche Substanz.

Mit der Begrenzung auf Westeuropa verließ die Entwicklung den Rahmen des Stahlausschusses der ECE, in dem sie ihre Quellen gehabt hatte. Der Stahlausschuß hat weiterhin nützliche Arbeit geleistet, unter anderem als wichtiger Weg der Verbindung zwischen Ost und West, der auch in den Zeiten des kalten Krieges offenblieb: Informationsreisen, Symposien der Fachleute aus Ost und West.

Als Rollmann, zum Direktor des Ausschusses berufen, den Vorsitz abgab, wurde der Holländer Bentz van den Berg sein Nachfolger.

Ihm folgten der Franzose Leon Daum, der Belgier Pierre van der Rest, der die Präsidentschaft sieben Jahre führte, von 1952 bis 1959. Dann kamen der Engländer Bill Waring, der Franzose Albert Denis. Später folgten Ne Kressow, Domenico Taccone und ..... Andrejevic.

Als der Ausschuß im Jahre 1973 in sein 25. Jahr ging, entschloß er sich, den Luxemburger Eric Conrot außerhalb der Reihe zum Präsidenten zu wählen. Die Russen, die an der Reihe gewesen wären, verzichteten zu seinen Gunsten. Conrot, geb. 1909, war bei der Gründung das jüngste Mitglied gewesen und in 25 Jahren zum dienstältesten Mitglied aufgerückt. Er hatte am staatlichen "Institut Supérieur de Commerce", einer Handelshochschule in Antwerpen mit 21 Jahren seine Licence commerciale et financière erworben. 1930 war er auf Veranlassung der ARBED in das Büro der Internationalen Rohstahlgemeinschaft IRG in Luxemburg eingetreten, wo er unter dem Präsidenten Aloys Meyer und dem Generalsekretär Auguste Michaelis seinen Dienst für die Zusammenarbeit der Europäischen Stahlindustrie begann. Sein Chef, Michaelis, Luxemburger, Ingenieur, hatte übrigens seine Laufbahn beim Schienensyndikat des Stahlwerksverbandes in Düsseldorf begonnen.

Als Conrot im Jahre 1975 in den Ruhestand trat, war er mit 45 Dienstjahren bei weitem der dienstälteste Stahleuropäer. Er hatte in seinem Wesen, übrigens auch physisch eine gewisse Ähnlichkeit mit dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Joseph Bech: eine in Jahrhunderten Luxemburger Geschichte erworbene Fähigkeit, auf eine unauffällige Weise Auswege aus schwierigen Lagen zu finden und vielerlei Querverbindungen zu vielen Menschen und vielen Gruppen zu unterhalten. Im Ruhestand machte ihn die luxemburgische Regierung noch zu ihrem Sprecher in den Pariser Nord-Süd-Besprechungen über Rohstofffragen. Im ersten Halbjahr 1976 wurde er dort Präsident und Stimmführer der Delegation der Europäischen Gemeinschaft.

Sieger und Besiegte

Welche Stellung sollten nun die Deutschen in einem neuen System europäischer Zusammenarbeit erhalten?

Der Morgentau-Plan hatte Deutschland industriell demontieren und auf dem Stand eines Agrar- und Rohstofflandes halten wollen. Die deutsche Stahlerzeugung sollte nach der ersten Planung 5 Mio t im Jahr nicht übersteigen. Die Amerikaner erkannten jedoch bald, daß eine solche Politik die Deutschen in die Arme der Russen hätte treiben müssen.

Aber es waren nicht nur sachliche Erwägungen, welche die Einstellung der Siegermächte zu den besiegten Deutschen rasch veränderten. Auch die allgemeine Stimmung der Bevölkerung entwickelte sich nach dem zweiten Weltkrieg ganz anders als nach dem ersten.

Als ich mich 1926 in Paris zu einem Sprachkurs bei der Alliance Française einschreiben wollte, sagte mir die Empfangsdame, nicht unfreundlich, eher leicht verlegen, Deutsche seien bisher nicht zugelassen; sie wolle jedoch meinen Antrag der Direktion vorlegen (die dann nach einiger Zeit positiv entschied). Im gleichen Jahr erlebte ich in Paris, wie ein Franzose erregt zwei deutschen Studenten verbot, in einer Pariser Straßenbahn miteinander Deutsch zu sprechen "Deutsch ist eine Sprache, die ich hier nicht hören möchte".

Nach dem zweiten Weltkrieg wandelte sich die Stimmung weit rascher. Winston Churchill sprach schon am 19.9.1946 in Zürich mit großer Überzeugungskraft für ein Vereintes Europa das auch Deutschland gleichberechtigt einschließen sollte: Es werde keine Wiedererweckung Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland geben. Der Bau der Vereinten Nationen von Europa, solide errichtet, werde die Frage der materiellen Macht des einzelnen Staates weniger wichtig erscheinen lassen.

Für die Bundesrepublik Deutschland änderte sich langsam die Rechtslage. Am 21. September 1949 legte das Besatzungsstatut die Stellung der Besatzungsmächte in der neuen Bundesrepublik fest. Die Militärregierungen wurden für beendet erklärt. Die Kontrollbefugnisse gingen auf die Hohen Kommissare der drei Westmächte über, die sich als Alliierte Hochkommission im Hotel Petersberg gegenüber Bad Godesberg konstituierten.

Die internationale Ruhrbehörde

Am 28. 12. 1948 war das Ruhrstatut geschaffen worden, durch eine Vereinbarung zwischen den Beneluxländern, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, mit dem Ziel, für die Überwachung und Lenkung der Schwerindustrie an der Ruhr neue Mechanismen zu entwickeln.

Am 28. April 1949 wurde daraufhin in London die Internationale Ruhrbehörde gegründet. Ihr Reich umfaßte 36 namentlich bezeichnete Stadt- und Landkreise. Im Rat der Behörde hatten Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Deutschland je drei Stimmen, Belgien, die Niederlande und Luxemburg je eine.

Folgende Vertreter ihrer Länder wurden dort tätig:

- Belgien ..... de Smaele
- Frankreich Alain Poher
- Deutschland Franz Blücher
- Luxemburg ..... Kugener
- Niederlande ..... Looman
- Großbritannien Sir Vaughan Berry
- USA ..... Parkmann

Der Generalsekretär hieß ..... Kaeckenbeek. Er war nach dem ersten Weltkrieg in der Oberschlesien Kommission tätig gewesen und hatte sich dort den Ruf eines ehrlichen Maklers erworben.

Aus diesem Kreise war Alain Poher auch späterhin an der europäischen Entwicklung intensiv beteiligt. Geboren am ..... in ..... hatte er die école des mines ehrenvoll absolviert. Seine Tätigkeit im Beruf hatte er ..... begonnen. Früh war er in die Politik gelangt. .... wurde der Mitglied des Parlaments. Von ..... bis ..... war er Minister

der Handelsmarine, was seinem bretonischen Seemannstypus durchaus entsprach. Im Europäischen Parlament, dessen Mitglied er bis heute geblieben ist, war er seit .....dabei. .... bis ..... war er Präsident des Parlaments, von ..... bis ..... Vorsitzender der Christlich demokratischen Gruppe dieses Parlaments. Als Bürgermeister von Orly in der Zeit von ..... traute er nach französischer Übung Samstags mit seiner Amtsschärpe die Ehepaare. Mitglied des französischen Senats seit ..... Präsident des Senats seit ..... wurde er der Gegenkandidat gegen Giscard d'Estaing für das Amt des französischen Staatspräsidenten. Er spricht fließend deutsch und ist ein guter Kenner auch der übrigen europäischen Länder.

Die Ruhrbehörde bezog Büros in Düsseldorf. Ihre Akten, 35 Pakete, liegen in den Archiven der Europäischen Kommission in Luxemburg. Sie zeigen eine intensive Einzelarbeit, insbesondere im Bereich der monatlichen Verteilungspläne Kohle, für 23 Gruppen von Verbrauchern, bis zu den Wäschereien, abgerundet auf 100 t, erst später auf 1000 t. Ein umfangreicher Schriftwechsel mit der Bundesregierung bezog sich insbesondere auf die Kohlenmengen, die zu exportieren waren. Sie berücksichtigen, wie Konrad Adenauer in hart formulierten Sätzen schrieb, den notwendigen Bedarf Deutschlands nicht.

Am 3. April 1951 schlossen die Alliierten eine Vereinbarung über die Lockerung der internationalen Kontrollen in Deutschland. Am 21. Dezember 1951 vereinbarten sie, daß die Ruhrbehörde ihre Tätigkeit beenden solle, sobald die Hohe Behörde der Gemeinschaft Kohle und Stahl ihre Arbeit aufnehme. Am 20. September 1952 teilte Jean Monnet, Präsident der Hohen Behörde dem Ratspräsidenten der Ruhrbehörde mit, daß das nunmehr der Fall sei. Die Kohleverteilung, die damals noch eine große Rolle spielte - so hieß es in dem Brief - sollte erst zum 1. Januar 1953 nach Luxemburg übergehen, aber das Verbot der Diskriminierungen, das der Vertrag enthielt, sollte sofort in Kraft treten.

## Der Schumannplan

### Die Verkündung des Schumannplanes

Robert Schumann, 1886 in Luxemburg geboren, in seiner Jugend Rechtsanwalt im damals deutschen Metz und deutscher Offizier, wollte die Montanindustrie aus der nationalen Souveränität herauslösen und unter eine neue europäische Souveränität stellen. Französischer Ministerpräsident von 1947 - 1948, war er 1948 Außenminister geworden und verkündete in dieser Eigenschaft am 9. Mai 1950 seinen Plan. Konrad Adenauer erhielt ihn wenige Stunden vor der Publikation durch einen Sonderkurier. Er war völlig überrascht, stimmte aber noch am gleichen Tage im Grundsatz zu.

Etwa zwei Wochen später bat Jean Monnet Tony Rollmann, sich an dem Arbeitsausschuß zu beteiligen, der in Paris einen ersten Entwurf anfertigen sollte. Mit Zustimmung von Gunnar Myrdal nahm er seinen Stellvertreter Philipp de Selliers mit. In Paris fand er Etienne Hirsch, einen hochintelligenten Ingenieur, ferner den Professor Pierre Uri vom Commissariat du plan, später Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Hohen Behörde, übersprudelnd von neuen Ideen, vielleicht gelegentlich etwas theoretisch, aber als Diskussionspartner unschätzbar, und den juristischen Professor Paul Reuter. Diese fünf Männer fertigten <sup>in</sup> drei Wochen den ersten Vertragsentwurf, von dem später die große Konferenz ausging.

Der Schumannplan hatte vier Aspekte

- ein langfristiges, allgemein politisches Ziel
- ein wirtschaftspolitisches Ziel allgemeiner Art
- ein spezielles Interesse der deutschen und der französischen Stahlindustrie
- die Notwendigkeit einer dauerhaften Regelung der Saarfrage.

Die allgemein-politische Überlegung ging dahin, man müsse nach der Katastrophe zweier Weltkriege aus den Fehlern lernen, die beim Ende des ersten Weltkrieges gemacht worden waren. Damals

hatte man sich darauf verlassen, daß das militärische Übergewicht der Sieger für lange Zeit die Machtverhältnisse in ihrem Sinne stabilisieren könnte. Aber es zeigte sich bald, daß das eine Illusion gewesen war. Konflikte können nur vermieden werden, wenn man die Konfliktursachen beseitigt.

Der erste Weltkrieg hatte auch gelehrt, daß internationale Organisationen von der Art des Völkerbundes nicht in der Lage sind, Konflikte zu verhindern. Man durfte also auch der neugeschaffenen Organisation der Vereinten Nationen nicht zuviel Hoffnungen entgegenbringen. Notwendig war eine Arbeit an der Basis, im Bereich der einzelnen möglichen Konflikte. Es lag auf der Hand, daß das deutsch-französische Verhältnis, dessen Spannungen immer wieder zu Kriegen geführt hatte, einer gründlichen Bereinigung bedurfte. Ein Zusammenrücken im wirtschaftlichen Bereich, nicht durch diplomatische Verträge, sondern durch eine echte Gemeinsamkeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen war offenbar der richtige Weg.

Diese Überlegungen gewannen nun in der besonderen Situation des Nachkriegseuropa um die Jahrhundertmitte ein zusätzliches Gewicht. Offensichtlich hatte der notwendige Aufbau die besten Chancen, wenn er sich von vorne herein großräumig orientierte und den Protektionismus aller gegen alle vermied, der die Ursache der Weltwirtschaftskrise im Anfang der 30er Jahre gewesen war.

Im deutsch-französischen Verhältnis gerade mit Kohle und Stahl anzufangen, lag deshalb nahe, weil es in diesem Bereich eine enge Zusammenarbeit der Wirtschaft schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gegeben hatte.

Was die spezielle Lage der Stahlindustrie anlangt, so ging es für die deutsche Stahlindustrie darum, von den Mengenbegrenzungen loszukommen, die von den Alliierten zunächst verfügt worden waren. Die Möglichkeit, wieder normal zu produzieren, war für die deutsche Industrie so überwichtig, daß sie bereit war, große Konzessionen zu machen.

Bei der französischen Stahlindustrie handelte es sich in erster Linie um die Versorgung mit Koks. Die inländische Erzeugung reichte nicht aus. Es ging um eine gesicherte Versorgung auch mit Ruhrkoks. (Daß man eines Tages billigen Koks aus den Vereinigten Staaten nach Europa würde schaffen können, daran hat damals noch niemand gedacht).

Solange das Ruhrgebiet von den Alliierten militärisch besetzt war, konnte man diese Lieferungen notfalls erzwingen. Aber schon der sogenannte Ruhrkampf des Jahres 1923 hatte gezeigt, wie schwierig das werden kann. Es ging also um ein System, das diese Versorgung verlässlich sicherte.

Die französische Stahlindustrie war <sup>ferner</sup> daran interessiert, einen Teil ihrer Erzeugung ungehindert in Deutschland abzusetzen.

Institut für Zeitgeschichte

Die Saarfrage

Das Saarproblem, dessen Lösung offenbar zu den Voraussetzungen einer dauerhaften deutsch-französischen Entspannung gehörte, war formell nicht Gegenstand des EGKS-Vertrages.

Das Saarland, wie Luxemburg ein typisches Grenzland, hatte eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Französische Zeiten, deutsche Zeiten. Nach dem ersten Weltkrieg hatte es noch 16 Jahre einen Sonderstatus gehabt, bis es, nach einer Volksabstimmung, am 1.1.1935 zum Deutschen Reich zurückkehrte. Auch die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg begann wiederum mit einem Sonderstatus, der das Land eng an Frankreich anschloß.

Die Stahlindustrie an der Saar war auf der Basis der lothringischen Erzvorkommen und der saarländischen Kohleförderung entstanden. Der Absatz ging zu allen Zeiten teils nach Frankreich, teils nach Deutschland. Die französische Stahlindustrie verbrauchte Saarkohle. Diese Verflechtungen drückten sich auch in den Besitzverhältnissen aus. Röchling war deutscher Besitz, ebenso Neunkirchen, von dem Freiherm von Stumm, genannt "König Stumm" erbaut, wobei jedoch ein Teil der Erben Stumm französische Staatsangehörige waren. Dillingen in französischem Besitz. Diese Situation verwies die Männer der Saarindustrie darauf, sich um gute Kontakte zu beiden Seiten zu bemühen. Das Beherrschen beider Sprachen wurde die selbstverständliche Voraussetzung für führende Positionen in der Industrie dieses Landes. Im Vorstand und im Aufsichtsrat von Dillingen wurde und wird französisch gesprochen.

Als sich nach höchst schwierigen, zeitweise als hoffnungslos abgebrochenen Verhandlungen Frankreich und Deutschland über eine Saarregelung einigten, welche das Saarland am 1.1.1957 an die Bundesrepublik anschloß, mit Sonderrechten für Frankreich, hatte die Mentalität des Schumannplans dabei helfend mitgewirkt. Das Saarland vorher Zankapfel, wurde erneut Bindeglied.

## Die Reaktion der Betroffenen

Der Schumannplan traf Regierungen wie öffentliche Meinungen völlig überraschend. Die Protokolle der Sitzungen der nationalen Stahlverbände verzeichnen ebenfalls Überraschung, anfänglich auch Ratlosigkeit. Politiker hatten zwar vorher bereits Zusammenschlußpläne verschiedener Art publiziert. Günter Henle hat berichtet, schon im November 1949 habe für Adenauer festgestellt, daß die Europäisierung der Kohle- und Stahlmärkte sein besonderes Anliegen sein müsse. Es gab sogar einen Adenauerplan über eine deutsch-französische politische Union vom März 1950. Aber alle diese Pläne waren als Utopien bewertet worden. Der amerikanische Hochkommissar Mc Cloy nannte den Schumannplan eine "kleine Atombombe".

Für die Deutschen lag die Situation am einfachsten. Ihnen mußte, wie erwähnt, daran gelegen sein, sachlich und menschlich gleichberechtigt in eine neue europäische Gemeinschaft einzutreten. Bei einer Fülle von Bedenken im einzelnen zeigte sich im Ganzen weitgehende Zustimmung. Im politischen Raum opponierten allerdings die Sozialdemokraten. Sie fürchteten, der Vertrag könne die Wiedervereinigung Deutschlands erschweren. In der Debatte war sogar von einer "kalten Ruhrbesetzung" die Rede gewesen. Aber der Bundestag ratifizierte ihn am 12. Januar 1952 mit großer Mehrheit (232 gegen 143 Stimmen bei 3 Enthaltungen).

Die französische Hüttenindustrie war von dem Plan nicht begeistert. Verwunderung, Skepsis und Mißtrauen zeigten sich. Frankreich war ebenso wie Italien traditionell ein Land des Schutzzolles, und die Stahlindustriellen dieser Länder nahmen daher die Idee, die Stahlbinnenzölle in Europa abzuschaffen, zunächst kritisch auf.

In Frankreich lag ferner die Befürchtung nahe, eine Europäisierung der Stahlindustrie könnte vielleicht zu neuen Verteilungsschlüsseln für die begehrten Marshallplan-Mittel führen, von denen die Franzosen besonders große Beträge erwarteten. Aber die französische Stahlindustrie war in so vielen Punkten von dem Wohlwollen ihrer Regierung abhängig, daß sie kaum in der Lage war, einen offenen Kampf aufzunehmen. In der offiziellen Delegation für die Verhandlungen zur Formulierung des Vertrages war sie nicht vertreten.

In Luxemburg, wo bei der Verkündung des Plans natürlich noch niemand damit rechnen konnte, daß die Hohe Behörde eines Tages ihren Sitz dort einnehmen würde, überwog bei der Industrie die Skepsis: "Qu'est-ce que tout cela veut dire: Quatsch ", so lautete angeblich einer der ersten Kommentare. Die Luxemburger Industrie wollte sich in ihre Preis- und Investitionspolitik nicht hineinreden lassen. Sie verwies darauf, daß es schon genügend internationale Organisationen gäbe. Der Ministerpräsident Joseph Bech fragte seine Stahlindustrie, ob er die Unterschrift ablehnen solle: er sei bereit das zu tun, wenn die Experten ihm dazu rieten. Aber das mochte sie nun auch nicht auf sich nehmen.

Der Vorschlag, daß die europäischen Binnenzölle für Stahl wegfallen sollten, entsprach den Interessen der Luxemburger Stahlindustrie, die auf Export angewiesen und damit am freien Warenverkehr interessiert war.

In Belgien lag die Situation ähnlich. Im Prinzip wollten die einzelnen Hüttenwerke ein Maximum an individueller Freiheit behaupten. Aber sie wollten nicht offen gegen einen Plan opponieren, der die französische wie die deutsche Zustimmung fand. Sie hatten wohl erfahren, daß die ursprünglichen Überlegungen auch eine nur deutsch-französische Montanunion als eine mögliche Minimallösung anvisiert hatten und fürchteten, sich am Ende ausgeschlossen zu sehen. Am 15. Juni 1950 formulierte die belgische Stahlindustrie eine vorsichtige Zustimmung mit Vorbehalten. Die Einführung eines freien Warenflusses werde bei den gegebenen Verhältnissen der Löhne und des Unterhaltungszustandes, solange kein Ausgleich geschaffen werde, " in Kürze zum Ruin der belgisch-luxemburgischen Industrie" führen. Die Niederländer dachten vermutlich ähnlich.

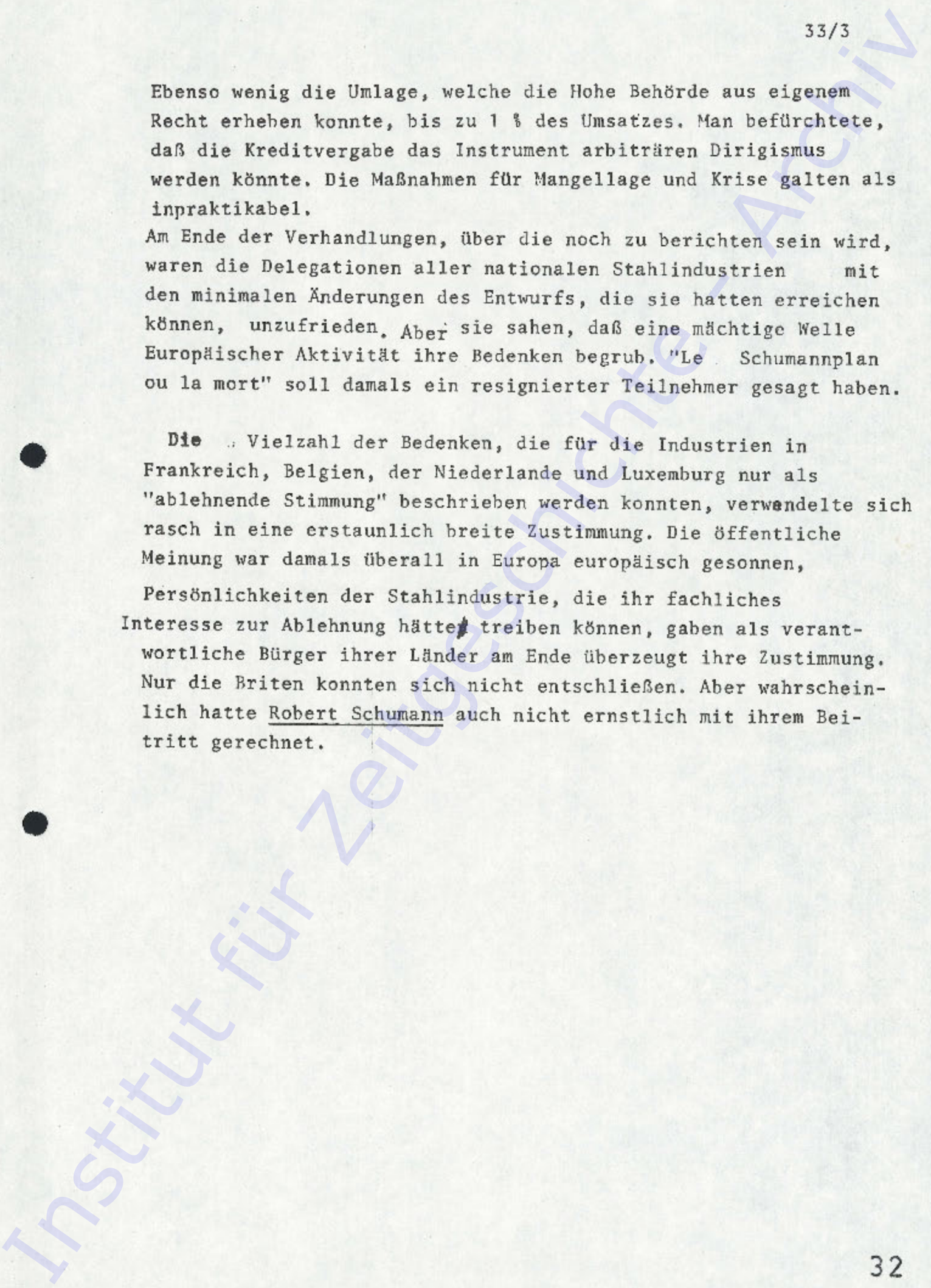
Die Italiener hatten Sonderwünsche, die sich jedoch in einer Gemeinschaft eher erfüllen ließen als außerhalb: Schutz ihres Marktes, Möglichkeit des Einkaufs von billigem Schrott, Kredite.

Die Stahlindustrien aller sechs Länder kämpften intensiv gegen viele Einzelbestimmungen des Vertrages. Die amerikanische Kartellfeindlichkeit, welche die Philosophie des Vertrages bestimmte, stieß auf den Widerstand alter europäischer Kartelltradition. Daß die Hohe Behörde die Stellung eines mächtigen Bankiers erhalten sollte, gefiel den Stahlindustrien nicht.

Ebenso wenig die Umlage, welche die Hohe Behörde aus eigenem Recht erheben konnte, bis zu 1 % des Umsatzes. Man befürchtete, daß die Kreditvergabe das Instrument arbiträren Dirigismus werden könnte. Die Maßnahmen für Mangellage und Krise galten als inpraktikabel.

Am Ende der Verhandlungen, über die noch zu berichten sein wird, waren die Delegationen aller nationalen Stahlindustrien mit den minimalen Änderungen des Entwurfs, die sie hatten erreichen können, unzufrieden. Aber sie sahen, daß eine mächtige Welle Europäischer Aktivität ihre Bedenken begrub. "Le Schumannplan ou la mort" soll damals ein resignierter Teilnehmer gesagt haben.

Die Vielzahl der Bedenken, die für die Industrien in Frankreich, Belgien, der Niederlande und Luxemburg nur als "ablehnende Stimmung" beschrieben werden konnten, verwandelte sich rasch in eine erstaunlich breite Zustimmung. Die öffentliche Meinung war damals überall in Europa europäisch gesonnen, Persönlichkeiten der Stahlindustrie, die ihr fachliches Interesse zur Ablehnung hätte treiben können, gaben als verantwortliche Bürger ihrer Länder am Ende überzeugt ihre Zustimmung. Nur die Briten konnten sich nicht entschließen. Aber wahrscheinlich hatte Robert Schumann auch nicht ernstlich mit ihrem Beitritt gerechnet.



Nationale Vorbereitungen

Die nationalen Regierungen mußten ihre Entscheidungen rasch treffen. Am 9. Mai war der Plan verkündet worden, am 20. Juni sollten die Vertragsverhandlungen in Paris beginnen.

Für die französische Regierung lag die Problematik am einfachsten. Es war ihr Plan. Sie besaß im Commissariat du plan eine Organisation, die auf die Vorbereitung eines planmäßigen Verhaltens eingerichtet war, mit Experten aus allen Industriezweigen und eingespielten Querverbindungen zu den Verbänden der Wirtschaft.

In Deutschland lag das anders. Ludwig Erhard betrieb seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in einem entschieden Plan-feindlichen Sinne. Selbst das Wort "Plan" blieb lange Zeit verpönt. Erhard hatte stets eine Sammlung spektakulärer Fehlprognosen greifbar, wenn er auf "Plan" angesprochen wurde. Die Bearbeitung des Themas Schumannplan lag deshalb ganz im Bundeskanzleramt. In einem Kabinettsausschuß nahm Adenauer selbst den Vorsitz.

Leiter des Schumannplan-Referats beim Bundeskanzleramt wurde der spätere Botschafter ..... Sahn. Mit ihm zusammen arbeitete ..... Pauls, später Botschafter bei der NATO in Paris. Im Bereich des Wirtschaftsministeriums Professor Erhard lag die Federführung bei Dr. von Mangold-Rheinboldt, Generalsekretär der deutschen OEEC-Delegation.

Adenauer rief eine Mammutbesprechung von Wirtschaftsführern zusammen und beauftragte dann seinen Freund, den Bankier Robert Pferdmenges für einen ständigen Informationsfluß zwischen der Verhandlungsdelegation und der Wirtschaft zu sorgen. Er sollte auch darüber wachen, daß die Delegation in Paris nicht zu selbständig arbeitete. Ein Ausschuß für wirtschaftlich-technische Fragen und ein Rechtsausschuß entstanden, besetzt mit führenden Köpfen der deutschen Wirtschaft. Die Führung zur Montanindustrie organisierte der Industrielle Günter Henle, damals Mitglied des Bundestages. Er hat darüber einen anregenden Aufsatz geschrieben: "Vom Ruhrstatut zur Montan-Union".

Aber auch die Engländer beteiligten sich zunächst lebhaft an der Diskussion und legten der Konferenz umfangreiche Papiere vor.

In den übrigen Ländern gab es ebenfalls nationale Aussprachekreise, welche die Arbeiten der Pariser Kommission begleiteten.

Die Beteiligung der Deutschen Stahlindustrie

Nach dem Ende des Krieges blieb die deutsche Stahlindustrie längere Zeit ohne legitimierte deutsche Sprecher. Die Vorstände der großen Stahlunternehmen wurden von den Militärregierungen durchweg aus ihren Ämtern entfernt, mit dem Verbot ihre Werke zu betreten. Im November 1945 wurden dann noch alle früher leitenden Männer von Kohle und Stahl verhaftet, darunter auch Personen, die sich von Anfang an klar vom Nationalsozialismus distanziert hatten, z.B. Günter Henle. Auch der letzte Generaldirektor des Stahlwerksverbandes, Paul Maulick, und der letzte Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Wilhelm Ahrens, gehörten zu den Verhafteten. Die Militärs hatten gründliche Arbeit geleistet. Die Haft dauerte 12 - 18 Monate.

Die britische Militärregierung, in deren Bereich der größte Teil der deutschen Stahlindustrie lag, hatte in der Control Commission for Germany Economic Division Metallurgy Branch eine Abteilung North German Iron and Steel Control, die von Harris Burland geleitet wurde. Soweit überhaupt Entscheidungen zu treffen waren, lagen sie vorerst dort.

Theoretisch war in diesen ersten Zeiten für alles und jedes, schon für eine Reise von einer Stadt zur anderen eine besondere Genehmigung erforderlich. Das führte schon wenige Tage nach der Besetzung des Rheinlandes zu formlosen Kontakten leitender Angestellter der Stahlunternehmen, die zunächst in ihrem Amte belassen worden waren, zum Austausch von Informationen darüber, was man tun könnte, um die Lebensmittelversorgung für die Arbeiter zu sichern, Benzinzuteilungen für Fahrten zu erhalten und die Versorgung mit Rohstoffen wieder in Gang gebracht werden könnte.

Sprecher dieses Kreises war zunächst ..... Homberg, der aus dem Bereich der Vereinigten Stahlwerke stammte.

Institut für  
Geschichte

Aus diesem Kreis entwickelte sich nach einiger Zeit ein vertraulicher, nicht genehmigter, wahrscheinlich unzulässiger Gesprächskreis der "Nicht-Verhafteten". An diesen Gesprächen nahmen teil ..... Bungeroth (Mannesmann), ..... Polenz (Vereinigte Stahlwerke) Gerhard Schroeder (Klöckner), Wilhelm Engel (Hoesch), Hans-Jörg Sandler (damals Eisen- und Hüttenwerke AG, Köln - Otto Wolff). Hans Gero Vosgerau (Troisdorf), Kenner der Verhältnisse im Saargebiet. Man tagte heimlich alle 2 - 4 Wochen in dem Restaurant der Witwe Pauly in Hasslinghausen oder in der Wohnung von Teilnehmern, z.B. bei Polenz oder bei Vosgerau.

Da die Probleme der deutschen Eisen- und Stahlindustrie offensichtlich von britischen Fachleuten allein nicht zu bewältigen waren, schuf man neue Organisationsformen.

Am 1. Oktober 1945 gründete die Militärregierung das Verwaltungsamt für Stahl und Eisen, zuständig für alle Fragen, die in diesem Bereich einer behördlichen Genehmigung bedurften. Der erste Leiter wurde der alte Otto Petersen. Am 1. März 1946 wurde K. P. Harten sein Nachfolger, der am 30.6.1946 von Max C. Müller abgelöst wurde. Das Verwaltungsamt wurde am 14.8.1946 Teil des neugebildeten Zentralamts für Wirtschaft in Minden, das am 1.1.1947 in ein Zentralamt für Wirtschaft der Bi-Zone ausgeweitet wurde. Es war die erste Vorstufe des späteren Bundeswirtschaftsministeriums.

Aber auch die kaufmännische und technische Führung der Werke, die sich in den ersten 15 Monaten nach Kriegsende individuell durchgewurstelt hatten, wurde neu organisiert. Am 20. August 1946 beschlagnahmte die britische Militärregierung alle diese Werke und unterstellte sie der Verwaltung der North German Iron and Steel Control . Dieser Iron and Steel Control wurde nun ebenfalls ein deutscher Apparat nachgeschaltet, die Stahltreuhändervereinigung,

unter Leitung von Heinrich Dinkelbach, früher Mitglied des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, Fachmann für Finanz- und Betriebswirtschaft. Dieses Gremium, aus 12 Personen bestehend (der von den Gewerkschaften nominierte Dr. Heinrich Deist war der stellvertretende Vorsitzende) nahm nach der juristischen Konstruktion die Funktionen der Eigentümer wahr. Diese Stahltreuhändervereinigung begründete eine große Anzahl neuer Gesellschaften mit je 100.000 M Kapital, allein für den Dortmunder Raum vier Gesellschaften, die jeweils die Betriebsführung kleinerer Werksgruppen übernahmen.

Diese "Entflechtung" wurde mit der Begründung betrieben, man müsse mit allen Mitteln eine übermäßige Konzentration verhindern. Die Stahlindustrie wurde von ihrem Kohlenbesitz getrennt. Wie weit die Zerkleinerung ging, zeigt etwa der Fall Klöckner. Die Klöckner-Hütten hatten damals eine Kapazität von 1,2 Millionen Tonnen Rohstahl im Jahr. Sie wurden, um "übermäßige Konzentration zu verhindern" aufgeteilt, in einer Zeit, in der ein amerikanisches Hüttenwerk damals bereits 30 Millionen Tonnen Rohstahl im Jahr produzierte. Die neuen Gesellschaften hatten anfänglich alle einen dreiköpfigen Vorstand: einen Kaufmann, einen Techniker und einen Arbeitsdirektor.

Am 7. März 1946 war mit Genehmigung der Militärregierung auch eine "Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie" gegründet worden, zunächst nur für die britische Zone. Sie war zu Anfang im Grunde nur ein Treffpunkt für die Eigentümer der alten Hüttenwerke, die sonst völlig ausgeschaltet waren, eine Möglichkeit über gemeinsames Vorgehen zu diskutieren. Allmählich gelang es jedoch, auch die neuen Gesellschaften, die sogenannten Einheitsgesellschaften mit in die Arbeit einzubeziehen. Alle internationalen Verhandlungen, also das Wahrnehmen der deutschen Interessen beim Aushandeln der Wirtschaftsabkommen hatte sich die North German Iron and Steel Control vorbehalten. Deutsche waren daran zunächst nicht beteiligt, später als Berater.

Die Beziehungen zwischen der Militärregierung und den deutschen Sprechern der deutschen Stahlindustrie waren, wie nicht anders zu erwarten, zunächst ziemlich frostig. Aber wenn man sich erinnert, daß noch Konrad Adenauer, mit dem die Besatzungsmächte im Anfang nur stehend verhandelten, sich gewaltsam das Recht erkämpfen mußte, wenigstens auf dem gleichen Teppich stehen zu dürfen wie seine Alliierten Gastgeber, so waren auch die Anfangsschwierigkeiten im Bereiche der Stahlindustrie nicht verwunderlich.

Das änderte sich jedoch rasch. Große Verdienste hatte Michael Layton, später Lord Layton, der bei der North German Iron and Steel Control die ausländischen Beziehungen bearbeitete. Er machte seinen Schutzbefohlenen Besuche und hatte ein offenes Ohr für deren Klagen und Wünsche.

Als die OEBC gegründet wurde, ging es um die Bestellung eines ständigen deutschen Stahlexperten, der den Amtsträger der Bi-Zone begleiten sollte. Dafür wurde zunächst ..... Monden ernannt, dessen Nachfolger später Hans-Gero Vosgerau wurde (Vertreter Hans-Jörg Sandler). Die Herren hatten zwar vorerst theoretisch nur Beobachterstatus, stimmten aber in den Abstimmungen mit.

Die Frage von deutschen Experten wurde erneut akut, als im Juni 1951 die Schumannplan-Konferenz beschickt werden mußte. Dafür wurden zunächst Gerhard Bruns und Fritz-Aurel Goergen benannt. Es kam jedoch zu Spannungen mit Professor Hallstein, der die Führung der Verhandlungen nicht den Sprechern der deutschen Stahlindustrie überlassen wollte, um keine Ressentiments auszulösen. Die Tatsache, daß auch die Chefs der französischen Stahlindustrie nicht mehr zur französischen Delegation gehörten, mochte dabei eine Rolle gespielt haben.

Im September 1951 trat Hans-Jörg Sandler an die Stelle von Bruns und Goergen. Sandler kam gut mit Hallstein aus. Er fuhr Woche für Woche von Dienstag bis Freitag nach Paris und nahm gelegentlich weitere Experten für Fachfragen mit. Die deutschen Industrieexperten wohnten im Hotel Celtic in der Nähe des Triumphbogens, Professor Hallstein dagegen im Hotel du Quai d'Orsay, wo die Delegation auch Verhandlungsräume hatte. Hallstein traf sich am Morgen jeden Verhandlungstages mit Sandler und den etwa mitgekommenen deutschen Experten, zusammen mit Max C. Müller, der ja der Verhandlungsdelegation angehörte. Die Experten wurden dann allabendlich von Hallstein oder einem anderen Mitglied der Dele- 37  
gation unterrichtet und berichteten ihrerseits über die Ergebnisse fachlicher Unterkommissionen.

Die Querbeziehungen zwischen Delegation und Experten war im deutschen Bereich im Ganzen gut, besser als bei einigen anderen Ländern. Die Experten der französischen Hüttenindustrie, schon damals geführt von Jacques Ferry, waren gelegentlich auf freundschaftliche Informationen aus anderen Delegationen (auch aus der deutschen) angewiesen, die bereitwillig geliefert wurden. Daraus entwickelten sich rasch persönliche Beziehungen.

Von den Besatzungsmächten her vollzog sich ebenfalls allmählich eine Konzentration. Die Franzosen hatten ihre Zone lange Zeit getrennt verwaltet. Noch die Währungsreform mußte, wenn auch am gleichen Tage, durch einen besonderen Gesetzgebungsakt eingeführt werden. Der Stahlsachbearbeiter in Baden-Baden ~~Hoff~~ Denis arbeitete unter General König. Denis war von Hause aus Bergrat. Als Verbindungsmann zu dem Franzosen Denis und der französischen Militärregierung war Rolf Hartge tätig, inzwischen Vorstand bei den Dillinger Hüttenwerken. Die Verbindung zur britischen Zone hielt ..... Ferrieu x.

In der Ruhrbehörde arbeitete Vizekanzler Franz Blücher mit, der zunächst nur den Status eines Beobachters hatte, aber dort großen Einfluß ausübte.

Das Saarland wurde damals noch von Frankreich verwaltet, getrennt von der französischen Besatzungszone. Die Aufsicht über die beschlagnahmten Hüttenwerke führte als Sequester Georges Thedrel, in Rechtsformen, die für jedes dieser Hüttenwerke individuell gestaltet waren.

Vosgerau, der im Auftrage der Düsseldorfer Wirtschaftsvereinigung Kontakt mit Thedrel aufnehmen sollte, benötigte dazu eine Genehmigung aus Paris, die nach einiger Zeit erteilt wurde.

Die Formulierung des Vertrages über die  
Montan-Union

20. Juni 1950 nachmittags im Uhrensaal des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay: Beginn der Verhandlungen über den Vertrag. Die nationalen Delegationen waren wie folgt besetzt:

Frankreich:

Jean Monnet (Delegationsführer, zugleich  
Präsident der Konferenz)  
Hervé Alphand (Generaldirektor Wirtschaft,  
Finanzen und technische Fragen  
im französischen Außenministerium)  
..... Clappier  
..... Desrousseaux  
Etienne Hirsch  
Pierre Uri

Daneben hatte die französische Regierung eine umfangreiche Liste von Experten aufgestellt, die ständig zu konsultieren waren:

Alexis Aron  
..... Botherau (F.O. Gewerkschaften, C. F. T.C)  
Lucien Hubert  
..... Jouhaux (Vorsitzender des Conseil  
Economique)  
Jean Ripert  
..... Terssier (F.O. Gewerkschaften C.F.T.C)  
Jean Villiers (Patronat)

Zu beteiligen waren ferner die Vorsitzenden der zuständigen Kommissionen des Senats und der Kammer, sowie die Direktoren der Ministerien. Die anderen Länder hatten ähnliche Beraterkreise, aber weniger fest fixiert.

Deutschland:

Walther Hallstein (Delegationsführer)  
Herbert Blankenhorn (Diplomat)  
Max Boden (Generaldirektor der AEG)  
Hans von Dewall (Ruhrkohle)  
Hans vom Hoff (DGB)  
Walter Much (Jurist)  
Max C. Müller (Stahl)  
..... Ophüls (Diplomat)

Italien: ..... Taviani (Delegationsführer) 36/2  
 Cesare Balladore-Fallieri  
 Alberto Capanna  
 ..... Rosse

Belgien: Max Suetens, Ambassadeur, Chef de la Délégation  
 Ferdinand Seynaeve, Ministre Plénipotentiaire  
 Adjoint à M. Suetens  
 Fernand Muuls, Chef du Service Juridique du  
 Ministère des Affaires Etrangères  
 Frans Vink, Directeur Général de l'Energie,  
 Ministère des Affaires Economiques  
 Albert Biernaux, Directeur du Département Acier,  
 Ministère des Affaires Economiques  
 Pierre van der Rest ) Industrie sidérurgique  
 Paul Boland )  
 Pierre Delville, Industrie charbonnière,  
 André Renard, Syndicats

Niederlande: Dirk Spierenburg (Diplomat, Delegationsführer)  
 Richard Hamburger  
 Arnold Ingen Housz  
 Max Kohnstamm  
 ..... Wimmers

Luxemburg: Albert Wehrer (Botschafter, Delegationsführer)  
 Eric Conrot (Stahl)  
 ..... Henckes (Columeta)  
 Nicolas Hommel  
 Charles Reichling  
 Tony Rollmann (Arbed)

Die meisten der Delegierten gehörten der jüngeren Generation an. Die französische Regierung hatte keinen der überlebenden Vertreter der älteren Generation in ihre Delegation eingereiht. Offenbar war man entschlossen, keinesfalls die alten Stahlkartelle wieder zu beleben und wollte das auch in der Zusammensetzung der Delegationen zum Ausdruck bringen.

Immerhin brachten Aron, Boland, Conrot, Ingen Housz und Max C. Müller eigene Erfahrungen aus älterer europäischer Zusammenarbeit in die Verhandlungen ein.

Die stärkste Persönlichkeit in diesem Kreis war Jean Monnet, der später auch der erste Präsident der Hohen Behörde für Kohle und Stahl wurde.

Er war 1888 in Cognac geboren, als Sohn eines Händlers, der den Absatz der kleinen Weinbrenner erfolgreich gegen die Marktmacht der großen Namen organisiert hatte: er vertrieb deren Erzeugung unter dem Namen J.G. Monnet, einer Marke, die sich bis heute erfolgreich behauptet hat.

Als sein Sohn 16 Jahre alt geworden war, schickte er ihn für 2 Jahre in das Haus seines Londoner Vertreters, der ein Büro in der City unterhielt. Dort lernte er nicht nur perfekt Englisch, sondern wurde auch mit der englischen Mentalität vertraut. Als er mit 18 Jahren in das väterliche Geschäft zurückkehrte, wurde er von seinem Vater auf große Reisen gesandt: nach Kanada, in die Vereinigten Staaten, nach Schweden, nach Rußland und Ägypten. Im Vorderen Orient lernte er, daß Geduld im Wiederkommen besteht, eine Erfahrung, die er späterhin auch auf seine politische Tätigkeit übertrug.

Als der erste Weltkrieg ausbrach, verschaffte ihm ein Rechtsanwalt, der Familie befreundet, eine Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten Viviani, der die Regierung von Paris nach Bordeaux verlegt hatte. Er trug dem Ministerpräsidenten vor, die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England müsse intensiver organisiert werden, wenn man den Krieg gewinnen wolle, über die gegenseitigen Informationen hinaus zu einer einheitlichen Willensbildung, nicht nur in militärischen, sondern auch in wirtschaftlichen Fragen. Dazu wies er u.a. auf die chaotischen Verhältnisse beim Seetransport hin, die zu schwacher Leistung und hohen Frachten geführt hätten, Entwicklungen, die sich durch ein entschlossen planendes Vorgehen zum Besseren wenden lassen. Dem Ministerpräsidenten waren diese Überlegungen neu, aber er reagierte sofort. Im November 1914 wurde Jean Monnet, 26 Jahre alt, zu der kleinen Delegation versetzt, welche in London die französisch-britische Zusammenarbeit fördern sollte. Seine Arbeit hinterließ dort bei allen Personen, die mit ihm in Berührung kamen, einen so tiefen Eindruck, daß er fünf Jahre später, mit 31 Jahren, zum stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes wurde.

1923 kehrte er in das väterliche Unternehmen zurück, wo er sich wiederum dem Absatz von Cognac zuwandte, mit großen Reisen bis nach China. Dort lernte er, das Geduld schlicht im Warten bestehen kann und auch das ging in seine politische Philosophie ein.

Bei Beginn des zweiten Weltkrieges wurde er erneut im Bereich der französisch-britischen Zusammenarbeit tätig. November 1939, 25 Jahre nach seinem ersten Einsatz, übernahm er in London den Vorsitz des französisch-britischen Koordinationskomitees. In seinen Memoiren schildert er die verzweifelten Bemühungen, die er damals in täglichen Besprechungen mit de Gaulle und Churchill im Juni 1940 daran wandte, die französische Regierung von einer totalen Kapitulation abzuhalten. Vergebliche Bemühungen. Eine Unterschrift von Churchill machte den französischen Staatsangehörigen zum Mitarbeiter des britisch-amerikanischen Verbindungsbüros in Washington, das die Koordination der wirtschaftlichen Anstrengungen organisieren sollte.

1943 schloß er sich dem französischen Widerstand an und wurde in Aögier Mitglied der ersten provisorischen französischen Regierung. Als der zweite Weltkrieg zu Ende ging, war er weltweit der erfahrenste Fachmann auf dem Gebiet internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

1946 wurde er Leiter des Commissariats du Plan, das den Wiederaufbau Frankreichs mit einer wirksamen Mischung von Planwirtschaft und Privatinitiative steuerte. 1950 Präsident der Schumannplan-Konferenz. Seine Erfahrungen und seine Weltläufigkeit gaben ihm von Anfang an eine unbestrittene Autorität. Im persönlichen Umgang zeigte er stets größte Höflichkeit. Als Präsident der Hohen Behörde ließ er, vor dem Aufzug wartend, der jüngsten Sekretärin den Vortritt. Wenn er seine Mitarbeiter nachts anrief (was nicht selten vorkam) entschuldigte er sich wortreich. Aber er wußte, was er wollte. Schon als Plankommissar in Paris hatte er seine Behörde als eine Art von Überministerium verstanden, das seine Autorität gegenüber den Ministern dem Vertrauen des Ministerpräsidenten verdankte. Auch bei der Schumann-Plan-Konferenz führte er sein Amt, in den besten Umgangsformen, autoritär. Die Vorschläge welche die Delegierten im ersten Konferenzabschnitt 20. Juni - 10. August 1950 ausgearbeitet und formuliert hatten, kamen soweit sie Monnet mißfielen, im September gar nicht mehr auf die Tagesordnung. Monnet hatte sie schlicht "vergessen".

Seine Arbeitskraft, stets ganz rationell auf die akuten Aufgaben konzentriert, überstieg die aller seiner Mitarbeiter. Seine nächtlichen Einfälle, wurden schon erwähnt. Auch die notwendige Ruhe verschaffte er sich rationell und unorthodox. Gelegentlich schloß er sich im Büro ein, breitete einige Zeitungen auf den Boden, um ein wenig zu schlafen. Für seine Mitarbeiter sorgte er nach Kräften. Er schenkte ihnen wohl auch eine der vorzüglichen blonden Havana-Zigarren, die er zu rauchen pflegte. Als er einmal fand, daß sein führender Volkswirt, der Direktor Pierre Uri, schlecht aussah, stellte er ihm seine Villa in Südfrankreich zur Verfügung und ließ ihn sofort mit seiner Familie dorthin abreisen.

Sein souveränes Selbstbewußtsein gestattete es ihm, auch Fehler offen zuzugeben. Er hatte einmal einen Bericht eines der Direktoren als "nicht seriös" bezeichnet und diesen Kommentar auch den übrigen Mitgliedern der Hohen Behörde übermittelt. Der Direktor wehrte sich. In der folgenden Vollsitzung der Hohen Behörde erklärte Monnet darauf, er habe allen Anlaß, den Direktor zu dem vorzüglichen Bericht zu beglückwünschen.

Obwohl er sehr großen Einfluß besaß und komfortabel lebte, hatte er keine Prestigebedürfnisse. Er trat stets sehr einfach auf.

Es ging ihm immer nur um die Sache. Man hat von ihm gesagt, er würde jeden wichtigen Auftrag auch unter der Bedingung übernommen haben, der Name Monnet dürfe in diesem Zusammenhang weder jetzt noch später genannt werden.

Monnet, dessen Berufung zum Präsidenten der Konferenz von Anfang an festgestanden hatte, nahm unbefangenen Einfluß auf die Besetzung der nationalen Delegationen. Schon am 23. Mai 1950 suchte er Adenauer in Bonn auf. Er schlug ihm vor, zur Konferenz keine technischen Sachverständigen zu entsenden, sondern Persönlichkeiten mit einem weiten wirtschaftlichen Horizont, die europäisch dächten. Erst wenn die Parlamente im Grundsatz zugestimmt hätten, sei das Feld offen für technische Berater. Adenauer schloß sich dieser Auffassung an.

Bevor Robert Schumann am 20. Juni 1950 die Beratungen der Konferenz eröffnete, ließ er Journalisten und Fotografen in den Saal. Sie drängten sich insbesondere um Professor Walther Hallstein, weil das gleichberechtigte Auftreten eines deutschen Regierungsvertreters in einer internationalen Konferenz damals noch als Sensation empfunden wurde. Es dauerte einige Zeit, bis die Huissiers des Ministeriums die Fotografen aus dem Saal drängen konnten.

Hallstein, Professor für internationale Rechtsbeziehungen in Frankfurt, geboren 1901 in Mainz, war dem Bundeskanzler Adenauer vom Bundesbankpräsident Vocke empfohlen worden. Er war vom ..... bis zum ..... in den Vereinigten Staaten gewesen, war jedoch weder in der Politik, noch in der Öffentlichkeit sonderlich hervorgetreten und deshalb weitgehend unbekannt. Seine Ernennung hatte offenbar den Sinn, in diese Position einen Mann zu bringen, dessen Anschauungen nicht durch eigene Erfahrungen geprägt waren, so daß er alle Möglichkeiten unvoreingenommen prüfen konnte. Die hohe Intelligenz, mit der er seine Aufgaben bewältigte verschaffte ihm von Anfang an allgemeinen Respekt. (Biografie ausbauen).

Generalsachverständiger für Eisen- und Stahlfragen in der deutschen Delegation wurde Max C. Müller, damals Leiter des Verwaltungsamtes für Eisen und Stahl in Düsseldorf, das die britische Militärregierung geschaffen hatte. Müller war 1894 in Bordeaux geboren, als Sohn des deutschen Konsuls. Er war in Frankreich ausgewachsen und beherrschte die Sprache dieses Landes mit literarischer Perfektion.

Nachdem er in Berlin sein Abitur bestanden hatte, wurde er Soldat. Am ersten Weltkrieg nahm er als Artillerieoffizier teil. Dann begann er seine Lehrzeit beim Hamburger Handelshaus Coutinho, Caro und Co., wo er zum Direktor aufstieg. 1933 ging er als Generaldirektor zum oben erwähnten Internationalen Drahtausführverband, der IWECO nach Brüssel. 1939 - 1945 war er Mitglied des Vorstandes der Berghütte Berg- und Hüttenwerksgesellschaft in Teschen/Oberschlesien, einem der bedeutendsten Stahlkonzerne dieses Gebiets.

Nach der Gründung der Montan-Union kehrte er zum Stahlgeschäft zurück und wurde geschäftsführender Gesellschafter der Eisen- und Stahlexport GmbH in Düsseldorf. Die deutsche Bundesregierung verlieh ihm das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, die französische Regierung das Ritterkreuz der Ehrenlegion. Er ist ..... gestorben.

(Hier folgen kurze Biografien einiger anderer Mitglieder der Verhandlungsrunde. Die Auswahl muß noch getroffen werden).

An der ersten Sitzungsperiode, die vom 20. Juni bis zum 10. August 1950 dauerte, nahmen noch alle Mitglieder der nationalen Delegationen teil. Man tagte oft bis in den Abend hinein. Die Sitzungen fanden von Montagmittag bis Freitagmittag statt, im Comissariat du Plan, in der Rue Martignac; südlich des Palais Bourbon, "im Schatten von St. Clothilde", wie es ein Lied festhält, das Pierre van der Rest damals dichtete, zu sinden nach der Weise eines alten Studentenliedes. Nur acht Zeilen haben sich erhalten.

"A l'ombre de Ste Clotilde  
 Là-haut, là-haut,  
 A l'ombre de Ste Clotilde  
 Vivait Monsieur Jean Monnet (bis)

Il ne voyait personne  
 Là-haut, là-haut,  
 Il ne voyait personne  
 Sauf Helmont, Hirsch, Uri (bis)

Un jour il leur demande  
 Là-haut, là-haut,  
 .....

Die Delegationen blieben durchweg unter sich. Die Delegationsführer trafen sich zu Besprechungen, die den Gang des Verfahrens fixieren sollten. Sonst kam es kaum zu persönlichen Kontakten. Tony Rollmann zog sich einmal eine Rüge zu, weil er zu unbefangenen mit seinem französischen Kollegen Pierre Uri konferiert hatte, ohne seinen Delegationsleiter vorher zu unterrichten.

Man begann rasch mit der Arbeit und machte sich auch gleich daran zu formulieren. Einige der Entwürfe sind erhalten. Aber es gab keine amtliche Niederschrift.

Die französische Delegation hat als einzige über die Arbeit berichtet: "Rapport de la delegation française des negotiations qui ont conduit a la creation de la Ceca". Der Bericht kommentiert jedoch nur die Bestimmungen des Vertrages, wie er am Ende formuliert wurde. Über den Verlauf der Verhandlungen berichtet er nichts.

In dieser ersten Periode konnten die Experten, die aus dem Kreis der Industrie kamen, ihre Ideen nicht nur vortragen, sondern auch bereits in Formulierungen bringen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der Verträge blieb jedoch gering. Monnet wollte sie anhören, um der Form zu genügen, aber er hatte von Anfang an klare Vorstellungen über das, was er erreichen wollte. Eric Conrot hat einmal diese Konsultation der Experten als Komödie bezeichnet.

Pierre van der Rest faßte seine Eindrücke in einem Vortrag vor der Handelskammer Brüssel am 11.1.1952 wie folgt zusammen:

Deux périodes se sont cependant nettement marquées au cours de ces négociations. Pendant les deux premiers mois, les experts des industries intéressées, dont j'avais l'honneur de faire partie, ont participé activement aux négociations et l'évolution de celles-ci semblait permettre de trouver aux problèmes qui nous préoccupaient plus particulièrement des solutions satisfaisantes.

A partir du début du mois de septembre, un revirement complet s'est produit. Les experts privés n'ont plus été en mesure de suivre directement les négociations, mais ont uniquement pu garder le contact dans la coulisse par l'intermédiaire des négociateurs officiels. "

### Die Streitpunkte

Bei der Formulierung der Verträge ging es zunächst um das System der Preise: Ab-Werk-Preise, Franko-Preise, Preise auf Frachtgrundlagen. Die Interessen divergierten. Ab-Werk-Preise hätten jedem Hüttenwerk Vorteile im eigenen geografischen Raum gegeben, aber wirksamen Wettbewerb ~~xxxx~~ behindert. Der Streit verlief heftig. Die Übernahme von Frachten, die "freight absorption" (die Kartellspezialisten verwendeten diese amerikanische Vokabel), eine Maßnahme, erforderlich, um entfernt gelegenen Hüttenwerken den Wettbewerb mit Kunden-näheren Lieferwerken zu ermöglichen, wurde von Monnet zeitweise als "Dumping" bekämpft.

Die Philosophie des reinen Wettbewerbs wollte sogar alle Verständigungen verbieten, in denen Produzenten sich gegenseitig auch nur zur Einhaltung ihrer veröffentlichten Preislisten verpflichteten. Die Möglichkeit einer vertraulichen Unterbietung, so hieß es, sei ein unentbehrliches Mittel des Preisdrucks. Aber soviel Perfektionismus stieß nicht nur auf Widerstand der Produzenten, sondern auch auf den der Verbraucher. Die kleineren und mittleren Stahlverbraucher fürchteten nämlich, daß die geheimen Rabatte nur den großen Verbrauchern zugute kommen und den Wettbewerb zu Lasten der Kleineren verzerren würden.

Mit dieser Auffassung setzten sie sich durch. So kam der Art. 60 in den Montanunionsvertrag hinein, der die Produzenten von Kohle und Stahl an ihre veröffentlichten Preislisten bindet und sie damit zwingt, neue Preislisten zu hinterlegen, wenn sie die Preise senken wollen. Zugleich wurde der Eintritt in fremde Preise gestattet, das "alignement". Luxemburg wäre ohne diese Konzession dem Vertrag nicht beigetreten. Im Ganzen war die Regelung der Preisprobleme in Art. 60 ein deutlicher Sieg der Pragmatiker über die Ideologen.

Der Streit ging jedoch weiter. Im Wettbewerbsrecht der Europäischen

Wirtschaftsgemeinschaft, also im ganzen Bereich der Wirtschaft mit Ausnahme von Kohle und Stahl gilt eine Verabredung über die Einhaltung veröffentlichter Preislisten, ein Verhalten also, das bei Kohle und Stahl unter Strafdrohung vorgeschrieben war, als unter Strafdrohung verboten, und das ist übrigens auch die Regelung des bundesdeutschen Wettbewerbsrechts. Mit dieser Diskrepanz müssen wir leben.

Auf der anderen Seite wurde späterhin in der Montanunion eine gewisse Auflockerung des Art. 60 anvisiert, das Zulassen vertraulicher Rabatte in bestimmten Grenzen. Aber diese Lockerung, die dem EG-Recht nähergekommen wäre, wurde vom Hohen Europäischen Gerichtshof als unzulässig bezeichnet.

Schwierig war die Regelung der Grenzfälle: was sollte in Zeiten der Krise, d.H. der unzureichenden Beschäftigung der Produzenten geschehen, was in Zeiten einer Mangellage, in der die Ansprüche der Verbraucher nicht voll erfüllt werden könnten? Es bestand Einverständnis darüber, daß diese Probleme im Vertrag behandelt und gelöst werden müßten.

Die Experten, die aus dem Bereich der Wirtschaft kamen: Boland, Conrot, Delville, Heukes, Ingen Housz, Müller, van der Rest und Rollmann, wollten diese Probleme durch Verständigung der Beteiligten lösen, durch Kartelle also, mit der Maßgabe, daß

- diese Kartelle nur im Hinblick auf eine bestimmte Lage befristet abgeschlossen werden dürften, und
- - in jedem Einzelfall einer Genehmigung der Hohen Behörde bedürften und ihrer ständigen Aufsicht unterstehen sollten.

Die Experten waren der Auffassung, daß die Verständigung der Interessenten untereinander zu einer sachgerechteren Lösung führen werde, als die Festsetzung von Produktions- oder Verteilquoten durch eine Behörde. In diesem Sinne wurden auch Formulierungen ausgearbeitet und vorgelegt, die ähneln dem System der Krisenbekämpfung, das die Kommission am 1.1.1977 in Kraft setzte.

Wie zu erwarten, stießen diese Ideen auf starken Widerstand der Amerikaner, die zwar an der Konferenz nicht teilnahmen, sich jedoch über den Verlauf genau unterrichteten und ihre Auffassungen den Delegationsführern immer wieder vortrugen. Kartelle in einen solchen Vertrag ausdrücklich zuzulassen, das sei unerträglich. Monnet, der in den Vereinigten Staaten gelebt hatte, war kein Freund der "congrégations économiques" wie er das nannte. Die Stahlindustrie, das war, wie Conrot berichtet, zuweilen kurz "der Feind". Kohlensyndikat, Stahlwerksverband, Comité des Forges, galten als kapitalistische Mächte die nicht wieder aufleben sollten. Monnet und die meisten seiner Mitarbeiter waren in ihrer Grundhaltung Sozialisten, die wirtschaftspolitisch wichtige Entscheidungen nicht privaten Kartellen überlassen wollten

In seinem französischen Plansystem an Regelungen durch Behördenerlaß gewohnt, wollte Monnet sich mit den Amerikanern gewiß nicht über Kartellphilosophie streiten. Hallstein, der liberalen Universität Frankfurt zugehörig, war auch kein Freund von Kartellen. Die deutsche Bundesregierung wollte die Verhandlungen keinesfalls an deutschen Kartellwünschen scheitern lassen. Sie hätte sich das psychologisch nicht leisten können.

So verschwanden die Pläne der Experten vom Konferenztisch.

Artikel 58 schuf am Ende für den Fall der offenbare Krise (Crisis manifeste) die Möglichkeit, mit einhelliger Zustimmung des Ministerrates Produktionsquoten zu fixieren, ferner mit der Möglichkeit, bei Überschreitung dieser Quoten zusätzliche Abgaben zu erheben. Für den Fall der Mangellage kann sie nach Artikel 59 wiederum mit einstimmiger Zustimmung des Ministerrates die Produktion verteilen. Sie kann bei Krisen Mindestpreise festsetzen, in einer Situation überhöhter Preise auch Höchstpreise (Artikel 61).

Diese Artikel sind in den 25 Vertragsjahren niemals angewandt worden, obwohl mehrmals krisenhafte Lagen entstanden, die Anträge in dieser Richtung auslösten, zuletzt noch ein Antrag auf Festsetzung von Mindestpreisen im Frühling 1976. Aber es verbreitete sich die Überzeugung, daß das Instrumentarium des Vertrages zur Bekämpfung von Krisen starr, kompliziert, und deshalb nicht wirksam genug ist. In diesem Sinne suchte man 20 Jahre später nach neuen Formen, die an Gedanken aus der ersten Phase der Vertragsverhandlungen anknüpften. Die Vorausschätzungen (previsions) erhielten eine neue Qualität und es wurden auch neue Formen des Krisenmanagements entwickelt. Sie werden noch zu behandeln sein.

Neben den Verhandlungen, die sich mit der Gestaltung der wirtschaftlichen Mechanismen befaßten, liefen getrennt davon und parallel dazu Verhandlungen der nationalen Regierungen mit ihren Gewerkschaften über die Gestaltung der sozialen Klauseln. Monnet koordinierte am Ende diese Besprechungen und führte diese Ergebnisse dann als Block in den Vertragstext ein.

Als die Delegationen Mitte September 1950 zur zweiten Periode zusammenkamen, teilte Monnet mit, er könne nunmehr nur noch mit Beamten verhandeln. Die Experten aus der Industrie mußten draußen bleiben und trafen ihre Regierungsvertreter nur noch in nationalen Sonderbesprechungen.

Nur den Luxemburgern gelang es, die ständige Beteiligung von Conrot an den Verhandlungen durchzusetzen.

Ratifizierung und Wahl des Sitzes

Die Ratifizierung wurde am 16.7.1952 mit der noch ausstehenden Zustimmung des italienischen Parlamentes abgeschlossen.

Die Ratifikation ließ wichtige Fragen offen, insbesondere die Frage des Sitzes und die Frage der ersten Besetzung der Hohen Behörde. Beide Fragen wurden in einer Sitzung der Regierungschefs am 25. Juli 1952 in Luxemburg behandelt, die sich bis tief in die Nacht hinzog.

Was den Sitz anging, so war man sich im Grundsatz darüber einig, daß eines der kleinen Länder gewählt werden sollte. Die Belgier bemühten sich. Sie wollten jedoch diesen Punkt in den schwierigen flämisch-wallonischen Ausgleich einbeziehen und schlugen deshalb Lüttich im französischen Sprachgebiet vor. Zur entscheidenden Sitzung brachten sie einen Bildband von der Stadt und der Umgebung mit. Aber niemand konnte sich dafür erwärmen. Brüssel, das große Chancen hätte haben können, wurde damals nicht vorgeschlagen.

Die Entscheidung für Luxemburg wurde, wie es im französischen Text heißt, "a titre precaire" gefällt, was noch weniger bedeutet als provisorisch. Aber jedem nüchternen Betrachter mußte klar sein, daß der Beschluß einen Tatbestand schuf, der sich nicht wieder beseitigen ließ.

Die Frage des Sitzes der Europäischen Gemeinschaften ist bis heute nicht **endgültig** gelöst. Es besteht aber auch kaum Aussicht, daß sich daran in naher Zukunft etwas ändern liesse.

Das Schwergewicht der Verwaltung liegt in Brüssel. In einem rationellen System wäre es zweckmäßig, auch das Europäische Parlament und den Beratenden Ausschuß in Brüssel tagen zu lassen, um den Mitgliedern und den Beamten der Kommission zeitraubende Reisen zu ersparen und die örtlichen Kontakte mit dem Aktenmaterial zu sichern, das bei überraschenden Anfragen ans Parlament und Beratenden Ausschuß rasch greifbar sein müßte. Aber Luxemburg besteht auf der Erhaltung seines Besitzstandes. Versuche, die Luxemburger anderweitig abzufinden, etwa durch Verlegung der geplanten Europäischen Universität nach Luxemburg, schlugen fehl. Luxemburg hielt es für besser seine jungen Leute in einem anderen Lande studieren zu lassen, um einen gefährlichen Provinzialismus zu verhindern. (Übrigens scheiterte dann der ursprüngliche Plan einer Europäischen Universität an der Eifersucht der vorhandenen Hochschulen, die keine Superuniversität entstehen lassen wollten). 1957, bei Gründung der neuen Europäischen Gemeinschaften, hätte sich vielleicht noch eine Lösung finden lassen, weil damals die Amtsgebäude der EGKS noch einen ziemlich provisorischen Charakter trugen. Aber inzwischen ist auf dem Kirchberg bei Luxemburg eine neue Stadt entstanden, .. mit Riesenbauten, ein betonierter Besitzstand.

Der dritte Sitz, Strasburg, wird durch seine gewichtige europäische Geschichte und die energische Haltung Frankreichs geschützt.

Rational ist das gegenwärtige System der örtlichen Verteilung gewiß nicht. Aber Rationalität ist nicht in allen Fällen der Wert mit der höchsten Priorität. Es könnte sein, daß eine Konzentration an einem Ort, etwa in Brüssel, einen Verlust an europäischer Substanz mit sich bringen könnte.

### Die Besetzung der Hohen Behörde

In der Frage der Besetzung der Hohen Behörde war man sich rasch einig. Es blieb jedem Land überlassen, seinen Kandidaten zu benennen. Daß die drei großen Länder je zwei Mitglieder entsenden durften, erleichterte die innenpolitischen Situationen. So konnte die deutsche Bundesregierung neben dem Vizepräsidenten Franz Etzel, der als Abgeordneter der CDU im Deutschen Bundestag Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses war, den Gewerkschaftsman Heinz Potthoff nominieren, der politisch zur Opposition gehörte. Diese Besetzung trug entscheidend dazu bei, den inneren deutschen Konflikt über die Europapolitik beizulegen.

Vizepräsident wurde Franz Etzel, geboren 1902 in Wesel, Rechtsanwalt mit einer Industriepraxis in Duisburg. Er war eine Persönlichkeit, die auf der deutschen politischen Bühne, aber auch in der Wirtschaft großes Vertrauen genoß.

Den Besuch der Schule hatte er für eineinhalb Jahre unterbrechen müssen, um sein Brot als Lehrhauer in einem Bergwerk zu verdienen. Auch sein juristisches Studium mußte er durch Arbeit als Werkstudent finanzieren. Gleichwohl fand er Zeit für eine höchst aktive Tätigkeit in der Selbstverwaltung der Studenten, die ihn in führende Positionen der Studentenschaften Frankfurt und Münster brachte. 1939 bis 1945 war er Soldat gewesen. 1945 gehörte er zu den Mitgründern der Christlich Demokratischen Union CDU. Im Bundestag war er einer der führenden Redner. Eine schwere Krankheit führte ..... zu einem frühen Tod.

Monnet und Etzel hatten sich, wie Günter Henle berichtet, an einem Wochenende im Jagdhaus Henle im Westerwald kennengelernt, bei einer Zusammenkunft, an der auch Professor Hallstein teilnahm. Die Zusammenarbeit zwischen Monnet und Etzel verlief von Anfang an reibungslos und freundschaftlich.

Konrad Adenauer hatte den zweiten Sitz in der Hohen Behörde der Sozialdemokratischen Opposition angeboten, obwohl diese gegen den Montanunions-Vertrag gestimmt hatte. Wie erwähnt, gewann er dafür Heinz Potthoff, Vertrauensmann des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Heinz Potthoff war 1904 in Bielefeld geboren, als Sohn eines Malermeisters und einer Dienstmagd, wie es in der Heiratsurkunde hieß. Er hat sein Leben in seiner anregenden Selbstbiografie "Zwischen Schlosserlehre und Europapolitik", Bielefeld 1973 beschrieben. 54

Nach dem Besuch der Mittelschule kam er mit 16 Jahren als Lehrling in eine Gießerei. Die Arbeitszeit sechsmal 9 1/2 Stunden in der Woche, die Vergütung im ersten Lehrjahr 5 Pfennig in der Stunde.

Er ging dann in die Gewerkschaftsbewegung und wurde Redakteur einer Gewerkschaftszeitung. Im Jahre 1932 bestand er beim Preussischen Kultusministerium in Berlin die Sonderprüfung zur Zulassung zum Universitätsstudium. Dafür meldeten sich alljährlich etwa 300 Kandidaten. Etwa 90 wurden zugelassen, etwa 30 bestanden die Prüfung. Potthoff studierte dann Volkswirtschaft, zunächst in Köln, dann, vor den Nationalsozialisten fliehend, in Zürich, wo er im Jahre 1936 magna cum laude zum Doktor der Volkswirtschaft promoviert wurde.

Nach Deutschland zurückgekehrt, fand er eine Stelle bei der Fachgruppe Textilmaschinen in Chemnitz. Später wurde er Verwaltungsdirektor der Fieseler Flugzeugwerke in Kassel. 1950 kam er als Ministerialdirektor in das Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen. Er wurde dann deutsches Mitglied in der Ruhrbehörde in Essen, zunächst neben dem Vizekanzler Blücher, dann nach dessen Ausscheiden zeitweise als alleiniger deutscher Vertreter. Am 10. August 1952 trat er sein Amt als Mitglied der Hohen Behörde an.

Der Sprecher der SPD in Wirtschaftsfragen Heinrich Deist, Mitglied des Bundestages, übernahm den Vorsitz im Wirtschaftsausschuß der Beratenden Versammlung der Montan-Union und diese Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition ebnete dann den Weg zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik.

Die belgische Kandidatur war wiederum eine Frage des flämisch-wallonischen Ausgleichs. Man hatte den Belgiern nahegelegt, einen Industriellen zu benennen, und sie bemühten sich, einen flämischen Industriellen von genügendem europäischen Gewicht zu suchen. Aber es fand sich keiner. So fiel die Wahl am Ende auf Albert Coppé, Professor an der flämischen Universität in Löwen, der früher einmal Wirtschaftsminister gewesen war. Er wurde von dem Angebot in einem schottischen Urlaub überrascht und es bedurfte einiger Mühe, seine Zustimmung noch rechtzeitig zu beschaffen.

- folgen Biografien der übrigen Mitglieder

In den folgenden Jahren, bis zur Verschmelzung der Hohen Behörde mit der Brüsseler Kommission wurden ausscheidende Mitglieder von folgenden neuen abgelöst:

- ..... Malvestiti
- Fritz Hellwig
- Karl Maria Hettlage
- .....
- .....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Europäische Verwaltung / Europäisches Parlament  
=====

Zur Übersicht wird der Zeitablauf noch einmal in folgendem Kalender festgehalten:

Kalendarium Montanunion

- 19. März 1951 Parafierung in Paris
- 18. April 1951 Unterzeichnung in Paris
- 31. Oktober 1951 Beginn der Ratifizierung

1952

- 16. 7. Letzte Ratifizierung in der italienischen Kammer
- 25. 7. Die Minister beschließen, daß der Vertrag in Kraft tritt. Sie wählen Luxemburg als Sitz und ernennen die ersten acht Mitglieder:

Jean Monnet  
Franz Etzel  
Albert Coppé  
Léon Daum  
Enzo Giacchero  
Heinz Potthoff  
Dirk Spierenburg  
Albert Wehrer

das neunte Mitglied Paul Finet wird kooptiert.

- 10. 8. Die Hohe Behörde nimmt in Luxemburg ihre Arbeit auf.
- 8. 9. Erste Sitzung des Ministerrates
- 10. 9. Eröffnungssitzung der Gemeinsamen Versammlung in Strasbu<sup>r</sup>e
- 15.10. Beginn einer Serie von Expertgesprächen.

1953

- 1. 1. Die Erhebung der Umlage beginnt.
- 26. 1. Erste Sitzung des Beratenden Ausschusses in Luxemburg.
- 10. 2. Beginn des gemeinsamen Marktes für Kohle.

15. 3. Beginn des gemeinsamen Marktes für Schrott mit einem Basispreis und einem Herabschleusen des Preises für Einfuhrschrott, zeitweise Ausgleichszahlungen für belgische und italienische Kohle.
1. 5. Beginn des gemeinsamen Marktes Stahl.

1954

1. 8. Beginn des gemeinsamen Marktes Edelstahl.

### Beginn der Arbeit

Die erste Sitzung der Hohen Behörde fand am 10. August 1952 in Luxemburg statt.

In seiner Eröffnungsansprache sagte Jean Monnet, daß jedes der sechs Mitglieder der Hohen Behörde nicht isoliert von der einen oder anderen Regierung, sondern von allen sechs Regierungen im gegenseitigen Einvernehmen ernannt worden wäre. Er fügte hinzu, sie seien die gemeinsamen Beauftragten der sechs Länder.

Am gleichen Tage empfing der luxemburgische Außenminister Bech die Hohe Behörde im Luxemburger Rathaus.

Am 11. August nahm ein "Comité de demarrage" bei der Hohen Behörde seine Arbeit auf.

Die Hohe Behörde fand schnell eine wirksame Arbeitsweise. Monnet brachte aus Frankreich die Organisationsform des Minister-Kabinetts mit, persönliche Vertrauensleute des Amtschefs, deren Mandat auf die Amtszeit des Ministers begrenzt ist. Diese Kabinettschefs und ihre Vertreter verhandeln mit den Beamten ihres Ressorts und bereiten die Entscheidungen der politischen Spitze vor. In einer solchen Organisation bildet sich rasch ein Arbeitskreis des Kabinettschefs. Wenn sie sich einigen, kann mit einer raschen Zustimmung auch des Spitzengremiums, hier der Hohen Behörde, gerechnet werden, deren Zeit auf diese Weise für die wichtigen streitigen Fragen frei bleibt.

Die Hohe Behörde tagte jeden Mittwoch als Plenum. Sie bildete aus ihrem Kreis Arbeitsgruppen für die großen Teilbereiche, besetzt mit je 3 Mitgliedern. Anfänglich gab es Sprachschwierigkeiten. Englisch war die einzige Sprache, in der sich alle Mitglieder der Kommission einigermaßen verständlich machen konnten.

Jean Monnet sprach Englisch perfekt, aber von seinen deutschen Kenntnissen hieß es, er habe im Anfang nur ein einziges deutsches Wort verstanden, das Wort "Schrott". Da es zunächst keine brauchbare Anlage zu Simultan-Übersetzungen gab, behalf man sich mit geflüsterten Übersetzungen. Etzel erweiterte rasch seine französischen Kenntnisse. Die Mitglieder lernten es bald, sich auch ohne Dolmetscher zu verständigen.

Das Verhältnis der meisten Mitglieder der Hohen Behörde zu den Vorgängen am Markt war von Hause aus ein eher dirigistisches. Für Jean Monnet lag das in der Philosophie des Planes. Die Diplomaten und die Professoren dachten ähnlich. Franz Etzel war dagegen ein überzeugter Anhänger der Marktwirtschaft, die von einer Vielzahl unabhängiger Unternehmerentscheidungen in Bewegung gehalten wird. Aber er war Anwalt, nicht Unternehmer. So mußte die Hohe Behörde lernen, daß ihre Erklärungen unmittelbar auf das Marktgeschehen wirkten. Eine Mitteilung, die Hohe Behörde halte bestimmte Stahlpreise für zu hoch, wurde dahin aufgefaßt, die Preise würden bald sinken und das führte plötzlich zu einer allgemeinen Zurückhaltung im Einkauf.

Die Beamten

Internationale Organisationen besetzen ihre Stellen heute meist mit Beamten nationaler Ministerien. Bei der ersten Besetzung des Apparates der neuen Hohen Behörde war das noch anders. Die Herkunft der Abteilungsleiter zeigt das deutlich:

- Sekretär: Kohnstamm
- Markt: Tony Rollmann,  
Vinck  
Dehnen
- Investitionen: Wilhelm Salewski, geb. (.....) in Ostpreussen. Dr. rer. pol. Journalist, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie
- Wirtschaft: Delcout  
Uri  
Regul
- Personal: Balladore
- Transport: Klaer, geb. am ..... in Hamburg (?), Eisenbahnjurist, Dr. jur. Ministerialrat und Leiter des Tarifreferats bei der Hauptverwaltung der deutschen Bundesbahn in Frankfurt  
Hutter
- Rechtsabteilung: Krawielicky  
Gaudet, Präsident einer Versicherungsgesellschaft ? damals oder jetzt ?
- Finanzen: Delouvier  
Guyot
- Produktion: Etienne Delarge (Kohle)  
Albert Schneider (Stahl)  
Biernaux  
Berding
- Statistik: Wagenführ
- Außenbeziehungen: Giretti
- Wettbewerb: Hamburger
- Sozial: Glisenti (Italien)

Fast alle diese neuen europäischen Beamten hatten anfänglich ihre Tätigkeit in Luxemburg als eine vorübergehende betrachtet. Den Beamten blieb ihre Stelle bei den Heimatbehörden offen, aber auch die Leute aus der Wirtschaft hatten sich zumeist Rückversicherungsverträge geben lassen. Zu ihrer Überraschung fanden sie jedoch durchweg Tätigkeit und Leben in Luxemburg weit attraktiver als sie sich das zu Hause vorgestellt hatten. Die Gehälter waren mit Recht so festgesetzt worden, daß sie als Anreiz wirkten. Wenn das europäische Experiment Erfolg haben wollte, mußte der Apparat mit guten Kräften besetzt werden. Das Prestige des Europäischen Dienstes war damals höher als späterhin. Die Familien freundeten sich über Sprachengrenzen hinweg an, was der Geselligkeit einen größeren geistigen Raum als zu Hause bot. Unternehmende Eltern schickten ihre Kinder kurzerhand auf die Luxemburger Schulen, und der eine oder andere erlebte zu seiner Überraschung, daß ein Sohn oder eine Tochter dort mit 16 Jahren eine auch in Deutschland gültige Hochschulreife erwarb. Später gab es dann eine vielsprachige europäische Schule, mit hochqualifizierten Lehrern aus den Mitgliedsländern besetzt, gegründet auf eine Initiative interessierter Eltern hin.

Residenz in Luxemburg

Die souveräne, supranationale Hohe Behörde, die Anfang Oktober 1952 ihre Arbeit in Luxemburg aufnahm, begann voller Hoffnungen. Sie fühlte sich als Vorhut eines neuen Europa und war fest entschlossen, eine beispielhaft exzellente Arbeit zu leisten, die zur Fortführung des europäischen Weges ermunterte.

Luxemburg, durch einen Kompromiß Hauptstadt des neuen Europa geworden, erwies sich als eine sehr glückliche Wahl. An jedem anderen Standort, in Paris, in Brüssel oder selbst in Straßburg hätte die Hohe Behörde gewichtige Institutionen vorgefunden, die ihr den ersten Platz in der Rangliste streitig gemacht hätten. In Luxemburg bestritt ihr niemand diesen Rang. Weder die Großherzogin Charlotte, noch der Ministerpräsident Josef Bech, seit 30 Jahren Außenminister des Landes, zeigten Prestigewünsche, die mit der Publizität der Hohen Behörde hätten kollidieren können. Sie waren klug genug zu sehen, daß der Glanz der neuen Institution auch ihnen zugute kommen mußte.

Die Stadt nahm die neuen Bürger freundlich auf. Die Luxemburger Eisenbahn räumte ihr repräsentatives Verwaltungsgebäude an der großen Brücke am Metzger Platz. Der Cercle Municipal, eine Art Konzertsaal, stand für Sitzungen des Beratenden Ausschusses und der Minister zur Verfügung. Das altbewährte Hotel Brasseur "nicht ersten Ranges, aber gut" schreibt der Baedeker von 1888, mit seinen roten Plüschmöbeln und seiner guten Küche verbreitete eine sympathische Atmosphäre, die der alten Generation der Stahlindustriellen aus internationalen Verhandlungen früherer Zeiten gut bekannt war.

Die Vielsprachigkeit der Luxemburger erleichterte den Zuwanderern das Einleben. Jedermann versteht dort Deutsch und Französisch. Aber auch italienische Kenntnisse sind weit verbreitet, wegen der vielen italienischen Arbeiter, die seit langem dort leben. Obwohl alle Luxemburger das deutsche Verhalten in den Kriegsjahren in schlimmster Erinnerung haben mußten, zeigte sich nichts von deutsch-feindlichen Ressentiments. Luxemburg war am 30. August 1942 gewaltsam dem Deutschen Reich eingegliedert und dem Gau Koblenz-Trier zugeschlagen worden. Das bedeutete Wehrpflicht für die Luxemburger Männer, Zwangsarbeit für die Mädchen und Frauen. Luxemburg, mit dem wir Vorstellungen von ländlichem

Frieden verbinden, hatte, auf seine Bevölkerungen bezogen, die meisten Kriegstoten in Westeuropa. Das war nicht vergessen. Aber in einem bewundernswerten europäischen Geist nahmen die Luxemburger auch die deutschen Beamten und Besucher freundlich auf.

Die kleinen Dimensionen förderten das Zusammenwachsen der Neubürger. Lebhaftige Bautätigkeit schuf rasch die notwendigen Wohnungen. Ein optimistisches Klima eines gesicherten Aufstiegs formte die Stimmung sowohl in der Stadt wie auch in der Hohen Behörde.

Supranationale und nationale Souveränität

Das Herauslösen von Kohle und Stahl aus der Souveränität der nationalen Regierungen war der Kernpunkt des Schumannplanes gewesen. Jean Monnet bemühte sich in seiner Eigenschaft als erster Präsident der Montan-Union nach Kräften darum, diese neue Souveränität zu verwirklichen. Seine natürlichen Gegner waren die Mitglieder des Ministerrates, die möglichst weitgehend mitentscheiden wollten. Er trat ihnen energisch entgegen. Er hatte die Absicht, die Befugnisse der Hohen Behörde späterhin noch über den Vertragstext hinaus auszubauen. Aber es zeigte sich bald, daß die Entwicklung eher in die Gegenrichtung lief.

Frankreich war nicht bereit, bei Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft der Regelung Kohle und Stahl zu folgen und ein weiteres Stück nationaler Souveränität einem weiteren europäischen Machtzentrum übertragen. Nicht eine neue Hohe Behörde wurde geschaffen, sondern eine Kommission, bei der schon die abweichende Bezeichnung klarstellen sollte, daß sie nur auftragsweise für die Gesamtheit der souveränen nationalen Regierungen tätig war. Nun wurde das Gewicht der Kommission von ihren faktischen Möglichkeiten, von der geistigen und materiellen Kapazität her stärker, als mindestens einige der Unterzeichner des Vertrages das beabsichtigt hatten. Zur Stärkung ihrer Haltung trug auch die wachsende Menge von Botschaftern aus aller Welt bei, die bei ihr akkreditiert wurden. Der erste Präsident der EWG, Walter Hallstein, tat sein möglichstes, die faktische Autorität der Kommission zu heben. Aber er stieß auf wachsende Widerstände, insbesondere von französischer Seite. Und die Franzosen erreichten sogar, daß auch in der EGKS, wo der Vertrag für gewisse Fälle Mehrheitsentscheidungen des Ministerrats vorsah, nur bei einstimmigen Beschlüssen gehandelt werden durfte, sobald eine Nation den Fall für besonders wichtig erklärte (Luxemburger Abkommen vom .....

Nach dem Wortlaut des Vertrages war die staatliche Befehlsgewalt, soweit sie das wirtschaftliche Verhalten der Eisenhüttenwerke lenkte, voll von den nationalen Regierungen auf die supranationale Hohe Behörde übergegangen. Nur diese Behörde hat das Recht, den Werken wirtschaftspolitische Anweisungen zu geben. Der Einfluß der Regierungen sollte auf ihre Mitwirkung im Ministerrat beschränkt sein. In den Fällen, in dem Vertrag Einstimmigkeit vorschreibt, hat jede einzelne nationale Regierung ein Vetorecht. Der Ministerrat hat nur in wenigen Fällen das Recht, eine bestimmte Aktivität der Hohen Behörde zu erzwingen, was dann jedoch Einstimmigkeit im Ministerrat voraussetzt.

In der Praxis ist der Einfluß der einzelnen nationalen Regierungen jedoch größer geblieben, als es im Wortlaut des Pariser Vertrages sichtbar wird.

In mehreren Ländern hat der Staat Eigentümerrechte: In Großbritannien wurden die Großbetriebe der Stahlindustrie zweimal hintereinander verstaatlicht (1975 ..... % der Produktion an Rohstahl) und dabei wird es wohl bleiben. In Italien kommt ..... % der Rohstahlerzeugung aus staatlichen Unternehmen. In Deutschland gehören die Hüttenwerke Peine-Salzgitter (..... % der Rohstahlerzeugung) der öffentlichen Hand. In allen diesen Ländern lassen die Regierungen den staatseigenen Unternehmen in der Gestaltung ihrer Geschäftspolitik im Grundsatz freie Hand. Aber in der Praxis können sich diese Werke bei wichtigen Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Wünschen des Eigentümers Staat nicht entziehen.

---

In Frankreich sind die großen Banken verstaatlicht. Wer große Kredite erwartet, muß sich daher an die Vorstellungen der staatlichen Planung anpassen. Daß das letzte große Hüttenwerk in Frankreich an die Mittelmeerküste und nicht an den Atlantik kam, beruht auf einem Wunsch der staatlichen Planung.

Aber auch im übrigen kann kein Großunternehmen die Wünsche ihrer Regierung schlicht ignorieren, unter Berufung auf die Rechtslage, die bei der Stahlindustrie nur Brüssel Eingriffsrechte gibt. In einem modernen Industriestaat ist jedes Großunternehmen auf ein bestimmtes Maß von Wohlwollen bei ihrer Regierung, aber auch bei der öffentlichen Meinung des Landes angewiesen. Das wird bei politisch heiklen Unternehmensentscheidungen, insbesondere bei Preiserhöhungen und bei Standortentscheidungen immer wieder sichtbar. In Deutschland hat sich zuweilen Bundeskanzler Adenauer persönlich eingeschaltet, um eine Verschiebung oder Verringerung einer geplanten Preiserhöhung zu erreichen. Fast alle anderen Länder haben ähnliches erlebt. Selbst in den freiheitlichen Vereinigten Staaten hat ja John F. Kennedy durch massive Drohungen, verbunden mit harten Beschimpfungen, die Rücknahme einer Preiserhöhung für Stahl erzwungen.

Wenn man jedoch die Gesamtheit der nationalen Interventionen betrachtet, so überschreiten sie nicht das Maß, das ihnen eine pragmatische Wertung zugestehen kann, ohne die Grundlagen des Pariser Vertrages aufzugeben.

Das Europäische Parlament

Der Vertrag hatte der EGKS zwei Körperschaften zugeordnet:

- eine parlamentsähnliche, beschickt mit Abgeordneten der 6 nationalen Parlamente, die "Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, später in das Europäische Parlament übergeleitet, und
- einen Wirtschafts- und Sozialrat, zu je einem Drittel besetzt mit Vertrauensleuten der Produzenten, der Arbeitnehmer und der Verbraucher.

In die erste gemeinsame Versammlung, die unter dem Namen "Montanparlament" bekannt wurde, hatten die nationalen Parlamente bekannte Abgeordnete der politischen Führungsschicht entsandt:

Die Bundesrepublik:

.....

Die Versammlung trat zum ersten Mal am 10. 9. 1952 in Straßburg zusammen. Wegen des Sitzungsraumes hatte es Schwierigkeiten gegeben. Der Europarat, seit ..... in Straßburg ansässig, wollte seinen Sitzungssaal nur zur Verfügung stellen, wenn man ihm auch das Sekretariat der Gemeinsamen Versammlung überliess. Monnet, der sich nicht vom Europarat abhängig machen wollte, lehnte ab und mietete kurz entschlossen den Sitzungssaal der Handelskammer. Daraufhin wich der Europarat zurück.

Das Parlament der EGKS tagte daraufhin von 1952 bis 1976 in den provisorischen Räumen, die man ..... in Straßburg an der ..... für den Europarat gebaut hatte, in einfacher Bauweise, berechnet nur auf eine kurze Nutzungsdauer. Das Gebäude, im Grunde eine überdimensionale Baracke, hatte gleichwohl eine sympathische Atmosphäre, einen Hauch von Idealismus und Jugendbewegung. Die Pappwände, welche die Büros voneinander trennten, die spartanischen Möbel,

schufen menschlichere Räume als die seelenlosen, auf Modernität und Funktionalismus ausgerichteten Ausstattungen, mit denen man späterhin Parlamentsneubauten versah, etwa im Deutschen Bundestag.

Der Plenarsaal mit seinem Glasdach, das Restaurant mit seinem Blick in den Garten, ein einziger Raum mit einer Bartheke (das andere Ende des Raumes wurde gelegentlich mit Spanischen Wänden abgetrennt, um prominente Gäste im engeren Kreis zu empfangen), ein ruhiger Leseraum mit einer guten Präsenzbibliothek, in dem mit den Abgeordneten auch einige fleissige Straßburger Studenten arbeiteten; gegenüber dem Parlamentsbau der schöne Park der Orangerie, in dem die Abgeordneten sich begaben, wenn die Plenardebatte zu einem Streit von Experten oder zu einem Forum für Fensterreden wurden. Europäische Atmosphäre.

Die ursprüngliche Versammlung hatte nur aus 78 Mitgliedern bestanden (je 18 Deutsche, Franzosen und Italiener, je 10 Belgier und Niederländer und vier Luxemburger).

Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaften durch den Vertrag vom 25. März 1957, wurde das Parlament auf 142 vergrößert, je 36 Deutsche, Franzosen und Italiener, je 14 Belgier und Niederländer, sechs Luxemburger. Der Beitritt von Großbritannien, Irland und Dänemark brachte eine weitere Vergrößerung: (einsetzen)

Die relativ geringe Zahl der europäischen Abgeordneten, zunächst 78, später 142 und nach der Vergrößerung der Gemeinschaft ..... Abgeordnete schuf eine Atmosphäre, wie sie die Mammutparlamente mit 500 Abgeordneten, der Normalzahl aller großen europäischen Parlamente, auch des amerikanischen Repräsentantenhauses, nicht haben können.

Die Zusammensetzung der deutschen Gruppe entsprach der politischen Gruppierung im Bundestag. In Rom und Paris wurden jedoch zunächst nur Abgeordnete der herrschenden Koalition entsandt, so daß die Kommunisten erstmals 1967 (?) im Europäischen Parlament erschienen.

Die Fraktionen der Christ-Demokraten, der Sozialisten und der Liberalen waren von Anfang an multinational; nur die Gaullistische Fraktion bestand lediglich aus Franzosen. Bei den großen Fraktionen erzeugte die gemeinsame politische Grundanschauung eine engere Bindung als der nationale Sprachkreis. Im Gegensatz zum Europarat, der aus nationalen Delegationen besteht, hat es in der Gemeinsamen Versammlung und später im Europa-Parlament niemals getrennte Sitzungen der nationalen Gruppen gegeben.

In den Sitzungen der Fraktionen pflegten die Abgeordneten der gleichen Sprache zusammensitzten, der Abgeordnete aus Meran bei den deutschen Kollegen.

Das Parlament in Straßburg hatte von Anfang an etwas von der Atmosphäre des amerikanischen Senats. Man kannte einander, die Fraktionen, in denen sich die Tagesarbeit der europäischen Integration vollzog, hatten nur die Dimension einer größeren Schulklasse. Auch die Sprachschwierigkeiten waren kleiner als erwartet. Wer Deutsch und Französisch verstand, konnte sich in der Zeit der Sechs der Gemeinschaft verständigen. In allen Fraktionen gab und gibt es sprachkundige Abgeordnete, die bei Tischgesprächen vermitteln können. Das Hinzutreten der Engländer hat die Situation etwas erschwert, weil einige Abgeordnete dort sich früher niemals mit einer fremden Sprache befaßt haben und selbst Eigennamen ausländischer Kollegen konsequent in britischer Phonetik aussprechen (Das erlebt auch der Beratende Ausschuß).

Die Stadt Straßburg, ihre Geschichte, ihre Atmosphäre, ihre Verwaltung (unter dem Oberbürgermeister Piërre Pflimlin, der einmal französischer Ministerpräsident gewesen war), förderten die Integration. Ein Standbild des jungen Goethe, im Rokoko-Kostüm, hatte seinen Platz vor der alten deutschen Universität beibehalten, auf der man auch nichts an den deutschen Inschriften geändert hatte. Die deutsche Zeit, von 1871 - 1918 lag so weit zurück, daß man sie als normalen Bestandteil in der Geschichte dieses Grenzlandes ansah. Die Dernieres Nouvelles d'Alsaces brachten täglich Spalten auch in deutscher Sprache. Straßburg wurde nach dem zweiten Weltkrieg rasch die Stadt, die am stärksten den Charakter des europäischen Gemeinwesens trug.

Außerhalb der touristischen Sommermonate war es eine ruhige Stadt. Die Zahl der Restaurants, in denen man die Abgeordneten traf, war nicht sehr groß. Im "Hailich Graab", au Saint Sepulcre saßen die Abgeordneten an den gescheuerten Tischen mit Straßburger Bürgern und Bauern aus der Umgebung, die den Einkaufstag dort beschlossen. Man kam ins Gespräch. Edelzwicker wurde getrunken, dazu gab es Zwiebelkuchen. Bei solchen Tischgesprächen konnte man viel von europäischer Mentalität lernen. Die neuen Abgeordneten sahen beim Einzug ins Straßburger Parlament die europäischen Fragestellungen aus dem Blickpunkt ihrer heimischen Parlamente und neigten in ihrer ersten Zeit unbefangen dazu, in Straßburg ebenso zu reden wie in Bonn oder Paris. Aber wer europäische Mehrheiten zusammenbringen wollte, mußte auch die Bewußtseins-schichten seiner europäischen Kollegen ansprechen. Wer einen Wahlkreis in Sizilien hinter sich hat, für den sehen die Probleme der Agrar-Politik anders aus als für den Bauern aus Schleswig-Holstein.

Der Zeitplan liess viele Jahre das Europäische Parlament an acht Monaten im Jahr je eine Woche tagen, zunächst ausschließlich in Straßburg.

Die Ausschüsse des Parlaments tagten meist in Brüssel, wo die Beamten arbeiteten, zuweilen aber auch in europäischen Hauptstädten Ein Parlament auf Reisen. Später erkämpfte auch Luxemburg ein Recht auf einige Plenarsitzungen im Jahr und so entstanden auch dort Parlamentsgebäude.

In den Plenarsitzungen waren die besten Reden durchweg die französischen. Man merkte die Leistungen des französischen Schulsystems, das die jungen Franzosen schon in frühem Alter dazu bringt, ihre Gedanken zu ordnen und plausibel vorzutragen. Redner aus anderen Sprachgebieten drückten sich meist weniger präzise aus. Wenn es Schwierigkeiten mit der Klarheit gab, konnte es sich empfehlen, die französische Übersetzung einzuschalten. Was man dort hörte, war oft wesentlich deutlicher als das, was man in der Originalsprache verstand, wobei offen bleiben mag, ob der französische Text immer den Intentionen des Sprechers gerecht wurde.

Die Briten pflegen mehr im Konversationston zu reden, wärmer, mit Erwägungen des gesunden Menschenverstandes und eingestreuten Scherzen. Die Deutschen, sachlich, mit vielen Zahlen und vielen Bemerkungen zu Einzelfragen, die den Hörer zuweilen überfordern. Die Italiener, zuweilen mit flammender Rhetorik. Aber bei allen nationalen Nuancen bleibt stets die europäische Gemeinsamkeit sichtbar. Auch etwa darin, daß ein Abgeordneter aus Meran, der im italienischen Parlament selbstverständlich die Landessprache benutzt, in Straßburg ebenso selbstverständlich deutsch spricht.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Reden war offenbar für die heimische Presse bestimmt, was bei der Öffentlichkeit der Verhandlungen unvermeidlich war.

Wohl alle Abgeordneten, die einige Jahre dem Europäischen Parlament angehört haben, empfinden diese Zeit als sehr fruchtbar. Sie hatten eine Mittlerfunktion. Sie brachten in die europäischen Diskussionen ihre nationalen Probleme hinein, hatten aber bei den nationalen Diskussionen genügend Kenntnis von der Europäischen Situation, um dafür<sup>zu</sup> sorgen, daß die nationalen Wünsche in ihrer Formulierung von vorne herein auf die europäischen Möglichkeiten Rücksicht nahmen.

So führten die Kohle- und Stahlprobleme zur Entstehung des ersten Europäischen Parlaments, das die besonderen Fragen, die sich bei diesen Wirtschaftszweigen ergeben, von vornherein nur als äußeren Anlaß betrachtete, europäische Politik zu betreiben.

Gleich zu Anfang seiner Arbeit hatte das Montan-Parlament einen weitreichend geplanten europäischen Vorstoss übernommen. Es hatte den Auftrag erhalten, den Entwurf für die Satzung einer europäischen politischen Gemeinschaft auszuarbeiten. Zu diesem Zwecke konstituierte sie sich unter der Bezeichnung "ad hoc-Versammlung" und diese Versammlung stellte am 10. März 1953 eine solche Satzung fertig. Aber es zeigte sich bald, daß jedenfalls Frankreich, damals repräsentiert durch den Vorsitzenden des Europarates, den französischen Außenminister Georges Bidault keinesfalls bereit war, in diesem Augenblick an einer so weitgehenden europäischen Einigung teilzunehmen.

### Fusion der Gemeinschaften

Am 1. Juli 1967 ging die Hohe Behörde in die Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf. Die Mitglieder der Kommission nahmen zugleich die besonderen Rechte wahr, die der Pariser Vertrag der Hohen Behörde einräumte, über die Rechte hinaus, die ihr nach den Römischen Verträgen für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft zustanden. In Luxemburg blieben nur einige Abteilungen zurück:

Kredit und Investitionen, Statistik, ein Teil der Sozialabteilung. Auch der Beratende Ausschuss Kohle und Stahl blieb mit seinem Büro in Luxemburg.

### Der Beratende Ausschuß

Der Beratende Ausschuß Kohle und Stahl, zu je einem Drittel mit Vertretern der Produzenten, der Arbeitnehmer und der Verbraucher besetzt, blieb das einzige Organ der Montanunion, das der Fusion mit den Organen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entging. Mit gutem Grund: Der Montan-Vertrag sieht in zahlreichen Spezialfragen eine Konsultation des Beratenden Ausschusses vor, z.B. hinsichtlich der Vorausschau auf die Produktion, der Verteilung der Mittel für die Forschung, Fragen also, die eine besondere Sachkunde der Mitglieder voraussetzen. Es hätte keinen Sinn gehabt, diese Konsultationen auf den Wirtschafts- und Sozialausschuß umzuschalten, in dem nur einzelne Mitglieder, wenn überhaupt, eine solche Sachkunde hätten haben können.

Der Beratende Ausschuß berät die Hohe Behörde. Er hat jedoch keine politischen Rechte, abweichend vom Status des Europäischen Parlaments, das durch ein Mißtrauensvotum die Hohe Behörde zum Rücktritt zwingen kann (was niemals vorgekommen ist). Der Einfluß des Beratenden Ausschusses liegt nur in der Kraft seiner Argumente: Wenn er mit guten Gründen Bedenken erhebt, hat das Einfluß auf die Haltung der nationalen Regierungen im Ministerrat.

Ursprünglich hatte der Beratende Ausschuß 51 Mitglieder. Zum 1. Januar 1973, der Erweiterung der Gemeinschaft durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands wurde die Mitgliedszahl auf 81 erhöht. Die 17 Sitze der Stahlerzeuger verteilten sich wie folgt:

Belgien	2
Dänemark	1
Deutschland	3
Frankreich	2
Irland	1
Italien	2
Luxemburg	2
Niederland	1
Vereinigtes Königreich	3

Der ständische Charakter schuf eine völlig andere Atmosphäre als im Europäischen Parlament. Im Europäischen Parlament wurden Parlamentsreden gehalten, mit oft beträchtlicher Rethorik. In Beratenden Ausschuß Bemerkungen zur Sache, auch gelegentlich weitschweifig, aber im Ganzen doch sehr viel stärker auf den jeweiligen Gegenstand bezogen als im Parlament.

Der Beratende Ausschuß hielt seine erste Sitzung am 26.1.1953 im Ratssaal des Luxemburger Stadthauses und wählte Helmuth Burckhardt, den Vorsitzenden der Deutschen Bergbauvereinigung zu seinem ersten Präsidenten.

folgt Kurzbiografie Burckhardt

Man einigte sich darauf, daß der Präsident abwechselnd von den Produzenten, den Arbeitnehmern und den Verbrauchern gestellt werden sollte, und innerhalb der Gruppen wiederum abwechselnd von Kohle und Stahl, so daß jede Untergruppe in jedem 6. Jahr den Präsidenten stellte. So ergab sich folgende Liste:

PK	PS	(Produzenten Kohle bzw. Stahl)		
A		(Arbeitnehmer)		
V		(Verbraucher)		
			<u>(Land)</u>	
		Burckhardt	D	PK
		Renard	B	AS
		Metral	F	VS
		van der Rest	B	PS
		Dahlmann	D	AK
		Picard	F	VK
		Baseillac	F	PK
		Baart	NL	AS
		Taccone	I	VS
		Conrot	L	PS
		Kegel	D	AK
		de la Valla Pounn(?)	B	VK
		Delville	B	PK
		Cavazzuti	I	AS
		Martin	F	VS
		Ferry	F	PS
		van Berk	D	AK
		Picard	F	VK
		Hawner	D	PK
		Davies	GB	AS
		Arnaud	F	VS
		Capanna	I	PS
		Gormley	GB	AK

Der Beratende Ausschuß hält planmäßig vier Vollsitzungen im Jahr, jeweils gegen Ende des Quartals. Zuweilen gibt es außerordentliche Vollsitzungen. Der Präsident, auf je ein Jahr gewählt, leitet zusammen mit dem Generalsekretär und einem neunköpfigen Büro, je ein Mitglied aus jedem Land) die Geschäfte.

Die Vollsitzungen werden in Unterausschüssen vorbereitet:

Unterausschuß	Allgemeine Ziele
"	Markt und Preise
"	Arbeitsfragen
"	Forschung

Die Stahlerzeuger entsandten folgende Mitglieder in den Beratenden Ausschuß:

.....

Die Regierungen entsandten als Vertreter der Stahlproduzenten folgende Mitglieder:

Beginn und Ende des Mandats

Stahlerzeuger

15.1.1953

Bruns, Gerhard (D)  
 Capanna, Alberto (I)  
 Chomé, Felix (L)  
 Delville, Pierre (B) +  
 Görge, Fritz (D)  
 Ingen Housz, Arnold (NL)  
 Raty, Jean (F)  
 Ricard, Pierre (F)  
 Thedrel, Georges (F)  
 van der Rest, Pierre (B)

+ ) erst Kohleerzeuger, ab 26.6.1974 Stahlerzeuger

13.1.1954

Bouvier, Léopold (L)

15.1.1955

Schroeder, Gerhard (D)

3.5.1956

Ferry, Jacques (F)

15.1.1957

Conrot, Eric (L)

Dichgans, Hans (D)

Labbé, Albert (F)

Mayer, Albert (L)

Sohl, Hans-Günther (D)

Röchling, Ernst (D)

10.5.1957

Bentz van den Berg, Pieter (NL)

15.1.1959

Köhler, Herbert W. (D)

28.5.1962

Schluppkotten, Kurt (D)

9.4.1964

van Veelen, Evert (NL)

24.1.1967

Elkmann, Gerhard (D)

5.5.1967

Overbeck, Egon (D)

17.10.1969

Einaudi, Maria (I)

23.3.1972

Lord Layton, Michael (GB)

24.1.1973

Mortimer, Alec (GB)

Mortimer, Patrick (Irl.)

Smith, Ronald (GB)

Thrane, Erland (DK)

Sendler, Hans-Jörg (D)

23.7.1973

Varoquaux, Jean-Arthur (F)

17.12.1973

Holloway, Frank (GB)

26.6.1974

Meyer, Frank (L)

Spethmann, Dieter (D)

Sambrook, Gordon (GB)

Krackow, Juergen (D)

Robert, André (L)

Metz, Paul (L)

23.1.1976

In den ersten Jahren liessen sich die Spitzen der nationalen Industrien in den Beratenden Ausschuss hineinwählen und nahmen auch regelmäßig an den Beratungen teil. Bei Verhinderung wurden Vertreter hohen Ranges entsandt. Als Gerhard Schröder damals Präsident der deutschen Stahlindustrie, an einer der Sitzungen, am 14./15. 1. 1957 in Luxemburg nicht teilnehmen konnte, übernahm Hans-Günther Sohl, Generaldirektor der August Thyssen-Hütte, sein Stellvertreter in der Wirtschaftsvereinigung, auch seine Vertretung in Luxemburg. Das hat sich gelockert. Die Präsenz ist schwächer geworden. Im Anfang verbanden auch internationale fachliche Organisationen ihre Sitzungen oft zeitlich mit Sitzungen des Beratenden Ausschusses. Auch das ist aus der Mode gekommen. Die Vollsitzungen des Beratenden Ausschusses sind jedoch wichtige Ansatzpunkte für persönliche Kontakte geblieben.

Der Beratende Ausschuss bemühte sich von Anfang an, Sachkunde von Experten möglichst rationell zu nutzen. Die Mitglieder der Unterausschüsse dürfen sich von einem Experten begleiten lassen und sie dürfen auch im Falle einer Verhinderung einen Experten als Vertreter in die Sitzung entsenden. Diese Experten sind nicht stimmberechtigt (nur Mitglieder des Beratenden Ausschusses können abwesende Kollegen stimmberechtigt vertreten). Aber die Experten haben volles Rede-recht und haben oft zu den Diskussionen klärend beigetragen.

Die Experten fanden sich rasch auch in besonderen Sitzungen zusammen, zu denen die Hohe Behörde sie einlud. So wurden die Vorausschätzungsprogramme, bevor sie in die Vollsitzung des Beratenden Ausschusses gelangten, seit langem vorweg mit den Experten der nationalen Verbände abgestimmt. Auch im Bereich des Unterausschusses Forschung wird der größte Teil der Arbeit in Vorbesprechungen erledigt.

Vom Club der Stahlindustrie zu Eurofer

Die Verhandlungen zur Vorbereitung des Montanvertrages und die Zusammenkünfte im Beratenden Ausschuß hatte die europäische Stahlindustrie rasch in persönliche Fühlung gebracht.

Bemerkenswert war dabei, daß die schlimmen Kriegserlebnisse, die persönlichen Beziehungen nicht ernstlich belasteten. Besetzung durch deutsche Truppen, deutsche Verwaltungen für Hüttenwerke in diesen besetzten Gebieten mit Entfernung der bisherigen Führungsspitze, Kriegsgefangenschaft im einen oder anderen Fall, auch jahrelanges Leben im Untergrund, das alles war gewiß nicht vergessen. Aber die Betroffenen machte ihre deutschen Gesprächspartner nicht dafür persönlich verantwortlich. Es zeigte sich auch, daß die deutschen Industriellen, die während des Krieges in die Verwaltung fremder Werke berufen worden waren, sich oft um Verständigung mit den legitimen Eigentümern bemüht und die Werke am Ende in einem erträglichen Erhaltungszustand zurückgelassen hatten, ohne sie auszuplündern oder gar zu zerstören. Das persönliche Klima war also von Anfang an weit besser, als man es nach den schrecklichen Ereignissen hatte vermuten sollen.

Als der Beratende Ausschuß seine regelmäßigen Beratungen aufnahm, wurden Besprechungen innerhalb der Fraktionen notwendig. Die Stahlproduzenten und die übrigen Gruppen setzten sich vor den Sitzungen zusammen, um zu versuchen, zu den Punkten der Tagesordnung zu einheitlichen Meinungen zu kommen. Eine solche Abstimmung war auch deshalb erforderlich, weil von Zeit zu Zeit die Gruppen das Recht hatten, Präsidenten vorzuschlagen; weil sie für eine ausgewogene Besetzung des Vorsitzes in den Unterausschüssen und der Bildung der zugehörigen Büros sorgen mußten.

Die Vertreter der Arbeitnehmer hatten sich von Anfang an regelmäßig getroffen.

Die Kohlenproduzenten gründeten einen Studienausschuß des westeuropäischen Kohlenbergbaus, dem neben den Produzenten der Gemeinschaft auch der spanische Kohlenbergbau angehörte. Er erhielt als internationale wissenschaftliche Vereinigung am 2.6.1958 die Rechtsfähigkeit nach belgischem Recht.

Die Stahlindustriellen scheuten jedoch eine feste Form und so entschloß man sich zu einem lockeren System Zusammenkünfte das die Bezeichnung "Club des Sidérurgistes" trug und ein kleines Sekretariat erhielt. Der Club traf sich etwa viermal im Jahr, dem Rythmus der Sitzungen des Beratenden Ausschusses entsprechend, jedoch nur selten in Kombination mit diesen Sitzungen. Zeitweise lud man dazu einmal im Jahr auch die Damen ein, um den persönlichen Charakter dieser Treffen zu unterstreichen. Folgende Sitzungen haben stattgefunden:

Im Jahre 1977 entschloss sich auch die europäische Stahlindustrie, die Form ihrer Zusammenarbeit zu konsolidieren. Als Basis gemeinsamer Information und europäischer Meinungsbildung gründeten sie Eurofer mit dem Sitz in Luxemburg. Nach einem Stadium der Vorbereitung wurden die Arbeiten unter dem Präsidenten Jacques Ferry am 1. Juli 1977 aufgenommen. Die ersten Sekretäre sind ..... (Auszug aus Satzung)

Institut für

## Männer und Nationalitäten

Die Männer der Stahlindustrie, welche die europäische Zusammenarbeit nach 1945 geprägt haben, spiegeln in ihren Unterschieden deutlich auch die M unterschiedlichen Nationalcharaktere. Als Berater für Walter Hallstein bei den Verhandlungen über die Formulierung des Vertrages hatte die deutsche Stahlindustrie Gerhard Bruns und Fritz Aurel Goergen benannt, die dann auch die beiden ersten Vertreter der deutschen Stahlproduzenten im Beratenden Ausschuß wurden.

Persönlichkeiten vom Typ harter Stahlverkäufer. Sie gaben ihrer Meinung laut Ausdruck, nicht immer mit diplomatischen Worten. Ein fröhlicher Umtrunk bis spät in die Nacht gehörte zu den Gewohnheiten ihres Lebens. Daß sie erfolgreiche Geschäftsleute waren, sprang in die Augen. Sie dürften ziemlich genau dem Bild entsprechen haben, das sich damals die Stahlkollegen der übrigen Länder von einem deutschen Stahlboß machten. Mit Gerhard Schröder und Hans-Günther Sohl kamen deutsche Industrieführer von einem ganz anderen Typus in den Beratenden Ausschuß. Aber auch sie wurden wegen ihrer treibenden Energie von ihren ausländischen Kollegen als "typisch deutsch" empfunden.

Der geschmeidige, hochintelligente Franzose Jacques Ferry, ein Mann der Chambre Syndicale de la Sidérurgique brachte demgegenüber den französischen Nationalcharakter bildhaft zum Vorschein, aber auch die französische Einstellung zur Zusammenarbeit. Sie war stärker auf Wirtschaftslenkung eingestellt, als die deutsche, deren Vertreter nicht nur an die Interessen ihres Verbandes, sondern auch an ihre Situation als souveräne Chefs großer Unternehmensgruppen dachten. Sie wollten deren Beweglichkeit nicht beschneiden lassen.

Der Belgier Pierre van der Rest, der wie Jacques Ferry vom Verband kam, nicht vom Tagesgeschäft des Stahlverkaufs, repräsentierte eindrucksvoll den belgischen Typus. Hochgewachsen, von mächtiger Statur, ein vorzüglicher Redner, sehr lebhaft, nichts von der

Schwerfälligkeit, die man zuweilen den Flamen nachsagt. Nicht im Physischen aber im Geistigen mochte man an die Beimischung spanischen Blutes denken. Daß er 28 Enkelkinder hatte und ein schloßartiges Anwesen in ..... bewohnte, paßte sehr gut zu seinem Bild.

Van der Rest nahm als belgischer Vertreter von Anfang an sowohl an den Verhandlungen des Stahlausschusses der ECE teil, dessen Präsidentschaft er von 1952 - 1959 führte, als auch des Stahlausschusses der OECD, dessen Präsident er von 1961 - 1963 war. (Biografie van der Rest in den Abschnitt "Die Belgier" versetzen).

Die Niederländer und Luxemburger, ruhige, welterfahrene Leute, die sich nicht an die Spitze internationaler Aktionen setzen lassen wollten, aber stets ein gewichtiges Wort mitzureden hatten, mit einer gleichmäßigen herzlichen Freundlichkeit.

Die Italiener verkörperten wiederum einen anderen Typ. Alberto Capanna erinnerte mit seinen weltweiten Interessen, die bis nach Goa und Liberia gingen, an die großen italienischen Bankiers aus der Renaissance-Zeit, die Europa mit Geld versorgten.

hatten  
Die Engländer mit Lord Michael Layton einen Veteranen der internationalen Zusammenarbeit ins Gefecht geschickt, der von der verstaatlichten englischen Stahlindustrie kam, einen beweglichen, welterfahrenen Mann.

Alec Mortimer ein typischer Vertreter der mittleren englischen Industrie, Repräsentant, der nicht verstaatlichten Werke.

Und auch Erland Thrane repräsentiert in einer besonderen Weise den dänischen Charakter in diesem Gremium ebenso wie Patrick Mortimer den irischen.

Hinter allen diesen **Männern** standen ihre Nationalindustrien, die gemäß der historischen Entwicklung und der besonderen Verhältnisse ihres Landes unterschiedliche Strukturen zeigten.

Den deutschen Hüttenwerken hatten sich bedeutende Verarbeitungs- und Handelsunternehmen angegliedert, deren Umsatz oft größer war als der des Stahlverkaufs. Ihre Wirtschaftsphilosophie war entschieden privatwirtschaftlich ausgerichtet.

In Großbritannien und in Italien dominieren die staatseigenen Stahlwerke. Sie sollen privatwirtschaftlich geführt werden, werden jedoch unvermeidlich in die politische Planung einbezogen, in Arbeitsmarktpolitik und Regionalpolitik.

Der Neubau des großen Werkes in Tarent, eines reinen Küstenwerkes, angewiesen auf ausländisches Erz und ausländische Kohle, erbaut in einer bis dahin industriefreien Landschaft, ist für diese Tendenz besonders charakteristisch. Ein Hüttenwerk als Element der Politik der "Mezzogiorne".

Auch in der französischen Stahlindustrie, betrieben von privaten Gesellschaften, ist der planende Einfluß des Staates größer als in den östlichen Nachbarländern, nicht zuletzt wegen der Finanzstruktur, die sich aus der Verstaatlichung der Banken ergeben hatte. Die Ansiedlung des neuen Hüttenwerks in Südfrankreich folgte regionalpolitischen Wünschen der französischen Regierung.

Das Stichwort "Küstenwerk" verbindet Italien mit den Niederlanden. Das Hüttenwerk Ymuiden, 1917 geplant, war das erste Stahlunternehmen, das sich von vornherein sowohl im Rohstoffbezug als auch im Absatz hauptsächlich auf die Verbindung zum Weltmarkt einstellte.

Belgien und Luxemburg sind ebenfalls vorzugsweise auf den Export ausgerichtet. Die Produktion übersteigt den eigenen Bedarf dieser Länder erheblich. In Luxemburg kann verständlicherweise nur ein minimaler Teil der Erzeugung im Inland abgesetzt werden.

Die belgischen Unternehmer zeichnen sich durch ein hohes Maß von Individualismus aus. Diese Stahlindustrie hat ihre alten privatwirtschaftlichen Strukturformen beibehalten.

50/d

Irland und Dänemark betreiben eine besondere Art von Stahlindustrie für den Hausbedarf, welche die Breite des europäischen Stahlspektrums sinnvoll erweitert.

In den folgenden Abschnitten wird je ein Stahlindustrieller jedes Landes ausführlich portraitiert. Kürze Biografien von Männern schließen sich an, die als Präsidenten der nationalen Vereinigungen oder als Mitglieder des Beratenden Ausschusses Kohle und Stahl hervorgetreten sind.

## Die Deutschen

Unter den Deutschen hatte Hans-Günther Sohl die längste Dienstzeit als Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und damit verbunden auch die größte Zahl der Dienstjahre im Beratenden Ausschuß. Er war am 2. Mai 1906 in Danzig geboren, aus einer Darmstädter Familie stammend und wuchs in Berlin auf, wo sein Vater als rechtskundiger Richter am Reichsmilitärgericht arbeitete. Die Mutter, die in der Familie Gesang und Hausmusik pflegte, führte ihn in die Welt der Töne ein. Sie förderte seine Neigungen zum Musizieren und zum Komponieren. Die Familie führte das geachtete und gesicherte Leben höherer Beamten der oberen Schicht. Aber mit dem Geld mußte man haushalten. Wer allwöchentlich mehrere Opern sehen wollte (der junge Enthusiast hatte schon als Schüler etwa 20 mal den "Tristan" gesehen), mußte jeden Sonntag um 4 Uhr aufstehen, um sich für seinen Stehplatz rechtzeitig in die Schlange vor dem Königlichen Opernhaus einzureihen. Der Vater hatte einige Mühe, seinen Pianisten-Sohn für ein Brot-Studium zu gewinnen. Der Abiturient entschloss sich für das Bergfach, weil er sich davon anregende Reisen versprach, die Erfüllung von Wünschen, die ihm sein Leben lang wichtig blieben.

Die Ausbildung des Bergmanns mit 300 Schichten im Bergwerk, dann ein vollständiges Ingenieurstudium, darauf Verwaltungsarbeit juristischer Prägung als Bergreferendar, endend mit neun Monaten am Oberbergamt Breslau.

Breslau brachte einen engen Kontakt mit vielfältiger Wirklichkeit, die ihm kaum ein anderes Studium hätte bringen können. Berliner Studentenjahre in der Verbindung "Schlägel und Eisen" ließen lebenslange Freundschaften entstehen.

Ehrenvolles Bergassessor-Examen 1932, Anfangsstellung in der Grube Mathias Stinnes in Essen, mit 200 Mark Monatsgehalt, das doppelte dessen, was man damals sonst jungen Bergassessoren bot. Der Assessor, dem jede persönliche Beziehung zum Ruhrgebiet fehlte, kam rasch nach oben. 1935 war er Leiter der Rohstoffabteilung der Kruppdirektion, 1941 übernahm er das Rohstoffdezernat im Vorstand der Vereinigte Stahlwerke, des größten europäischen Stahlproduzenten. 1942 wurde er Stellvertretender Vorsitzter dieses Vorstandes. 18 Monate Haft, vom Dezember 1945 bis zum Mai 1947. Diesen sogenannten "automatischen Arrest" teilte er, obwohl man keinerlei spezielle Vorwürfe gegen ihn erhob, mit den leitenden Leuten der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, sämtlich verhaftet. Von 1948 - 1953 Liquidator der Vereinigten Stahlwerke, dann im Mai 1953 Vorsitzter des Vorstandes der August Thyssen-Hütte, einer der vielen Nachfolgegesellschaften der Vereinigten Stahlwerke, von der deutschen Militärregierung geschaffen. Sein Werk, das im Jahre 1953 400.000 t Rohstahl erzeugte, stand damals noch auf der Demontageliste. Auf den zerfallenen Werkshallen hatten sich Sträucher angesiedelt, die Aussichten galten als höchst ungünstig. Aber mit einer weltweiten Mobilisierung von öffentlicher Meinung, gelang die Streichung von der Demontageliste. Die August Thyssen-Hütte nahm nach und nach andere Stahlerzeuger auf, die Niederrheinische Hütte, die Deutschen Edelstahlwerke, den Komplex Phoenix-Rheinrohr, das Hüttenwerk Oberhausen und am Ende die Rheinstahl AG. Dazu kam die Handels-Union. Ein Tausch mit Mannesmann überließ diesem Unternehmen Röhrenbetriebe und brachte dagegen der August-Thyssen-Hütte weitere Stahlkapazität.

Als Hans-Günther Sohl 1973 den Vorstand der August-Thyssen-Hütte verließ um den Vorsitz im Aufsichtsrat zu übernehmen, war das Demontageobjekt mit einer Rohstahlerzeugung von 15 Mio Jahrestonnen das größte private Stahlunternehmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geworden. Vorsitzender oder Mitglied in zahlreichen Aufsichtsräten größter Aktiengesellschaften, widmete er sich besonders der Tätigkeit im Verwaltungsrat der

Deutschen Bundesbahn und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die volkswirtschaftlich besonders wichtige Projekte planmäßig mit Kredit versorgt.

Sohl, seit 1954 Stellvertretender Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf, von 1956 - 1969 deren Vorsitzender, hatte sich frühzeitig um die europäische Zusammenarbeit bemüht. In dieser Zeit hatte er regelmäßig an den Besprechungen des Clubs der Stahlindustriellen teilgenommen. Von 1957 - 1969 war er Mitglied des Beratenden Ausschusses. Damit erreichte er mit 13 Amtsjahren die längste Amtszeit eines Vorsitzenden der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in diesem Gremium.

167 gehörte er zu den Gründern des International Iron and Steel Institute, IISI, über das noch zu berichten sein wird.

1967 - 1969 war er dessen erster Chairman.

1973 - 1977 war er Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, ein Amt, das ihn erneut in enge Berührung mit den europäischen Problemen brachte. Als deutscher Sprecher nahm er regelmäßig an den Sitzungen der UNICE teil, des Industrieverbandes der Europäischen Gemeinschaft. Aus dieser Arbeit heraus beteiligte er sich führend auch an europäischen Gesprächen, zu denen die Kommission der europäischen Gemeinschaften Unternehmen und Gewerkschaften einlud, eine Art von europäischer konzentrierter Aktion.

Über den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft hinaus, ging seine Tätigkeit in der Biac, welche die Industrien der OEEC Europas, der Vereinigten Staaten und Canadas zusammenführt. Dort leitete er den Ausschuß "Inflationstheoretisches Wachstum".

Seine Laufbahn beruhte auf seiner hohen Fähigkeit, die eigene Erkenntnis in eine breite Überzeugung zu verwandeln. Die Bildung seiner Ansichten bereitete er mit großer Sorgfalt vor. Umfangreiche Unterlagen, eingehende Vordiskussion mit Beratern seines Vertrauens. In der entscheidenden Besprechung wußte er stets ein Klima des Vertrauens zu schaffen, aus dem sich die Bereitschaft zum intensiven Zuhören entwickelte.

Alle grossen Entscheidungen stossen in Bereiche vor, in denen sich die Zweifel nicht mehr durch logische Argumentation hatten auflösen lassen. Die Entscheidung ist dann am Ende eine Frage der Interpretation und des Willens. In solchen Lagen setzt sich derjenige durch, der das stärkste Vertrauen inspiriert.

Bei schwierigen Verhandlungen kam Sohl immer wieder seine Gelassenheit zugute, die auch durch persönliche Polemik nicht zu erschüttern war. Rasche Reaktion verhalf ihm zu schlagenden Repliken, deren Schärfe er durch urbane Formulierungen überdeckte, oft gewürzt mit witzigen Wortspielen. Sein vorzügliches Gedächtnis, das nicht nur den Wortlaut wichtiger Erklärungen, sondern auch deren Datum und sogar den Wochentag festhielt, lieferte ihm immer wieder wirksam Munitio.

Seine europäische Tätigkeit wurde von der französischen Regierung geehrt, die dem Träger des Schulterbands zum großen Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland zum Offizier der Ehrenlegion machte, eine Kombination von Auszeichnungen, die es außerhalb des Regierungsbereiches kaum noch gibt. Die Technische Universität Aachen machte ihn zum Ehren-

doktor  
Bevor Sohl zum Vorsitzenden gewählt wurde, hatte die Präsidentschaft in der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie mehrmals gewechselt. Sie war am 7. März 1946 mit der Genehmigung der Militärregierung in bescheidenem Rahmen förmlich neu gegründet worden und wurde zunächst von Hermann Reusch geleitet, Berg-assessor und Doktor der Philosophie, Chef der Gutehoffnungshütte. Die Besatzungsmacht zwang ihn schon nach einem Jahr zum

Rücktritt. Sein Nachfolger wurde Karl Bungeroth aus dem Vorstand der Mannesmann-Röhrenwerke. Ihm folgte von 1948 - 1949 und von 1952 - 1954 Karl Barich.

Barich war am ..... 1901 als Bauernsohn in Dortmund geboren. Vom Volksschüler hatte er sich zum Volksschullehrer emporgearbeitet und späterhin noch Betriebswirtschaft studiert. Nach dem Kriege wurde er rasch Generaldirektor der Stahlwerke Südwestfalen AG, die er zu einem Edelstahlunternehmen von Weltruf ausbaute. Als er von 1949 - 1952 Mitglied der 12-köpfigen Stahltreuhändervereinigung wurde, über die oben berichtet worden ist, übernahm Bruno Fugmann die Leitung der Wirtschaftsvereinigung.

Bruno Fugmann war 1883 in Leipzig geboren. Lernbegierig studierte er als junger Mann bereits Russisch. Nach dem Real-schulabschluß und einer kaufmännischen Lehre kam er Herbst 1907 zur Friedrich-Alfred-Hütte nach Rheinhausen, deren kaufmännischer Direktor er 1932 wurde, für 20 Jahre. 1952 wurde er als fast 70-jähriger noch zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der neuen Hüttenwerk Rheinhausen AG gewählt, die er bis 1960 betreute. Insgesamt war er 53 Jahre im Hause Krupp tätig. Er war ein Mann der Praxis, gewohnt, in schwierigen Lagen geduldig nach Auswegen zu suchen. Mit Humor, gelegentlich auch unter scherzhaft übertriebenem Einsatz seines sächsischen Dialektes, stets mit Freude an gutem Wein und guten Zigarren, verstand er Spannungen zu lösen.

In die Barich/Fugmann-Zeit fielen die Verhandlungen zur Vorbereitung des Schumann-Plans. Das Schwergewicht der Arbeiten in Paris lag bei Hans-Jörg Sandler, der rasch zum Wortführer der Wirtschaftsvereinigung im internationalen Bereich aufgerückt war.

Was die allgemeine Tätigkeit im europäischen Raum anlangt, so hatte Hans-Jörg Sandler das höchste europäische Dienstalter. Im Herbst 1951 wurde er, nachdem Gerhard Bruns und Fritz-Aurel Goergen ihre Tätigkeit in Paris aufgegeben hatten, von der deutschen Stahlindustrie dem deutschen Chefdelegierten Walther Hallstein als Chefberater Stahl benannt. Sandler war damals Mitglied des Vorstandes der Eisen- und Hüttenwerke AG Köln, die zum Bereich Otto Wolff gehörten.

Vorher war er bereits Stellvertreter des Beraters gewesen, der den Amtsträger der Bi-Zone zu den Verhandlungen der OEEC begleitete.

Sandler wurde 1910 im damals deutschen Malmedy geboren, als Sohn eines Justizrates und Notars. Als seine Heimatstadt belgisch wurde, siedelte die Familie nach Düren über. Der Vater starb früh. Nach dem Abitur studierte Sandler zunächst einige Semester in Heidelberg und Köln. Dann volontierte er einige Jahre bei einer Bank und einigen kleineren Firmen. 1933 wurde er Verkaufsleiter für Qualitätsbleche bei Otto Wolff in Köln, 1935 Mitglied und Sprecher des Vorstandes bei der Deutschen Eisenhüttengesellschaft in Ratingen. 1939 Mitglied des Vorstandes der Eisenhüttenwerke Thale AG. Vor dem Einrücken der Russen in Thale transportierten die Engländer die leitenden Leute des Werkes noch in letzter Minute ab.

1946 wurde er Vorsitzender des Vorstandes der Eisenhüttenwerke AG Köln, 1947 Vorstand der Stahlwerke Bochum, 1956 Mitglied des Vorstandes der Klöckner AG in Duisburg, 1963 - 1974 Sprecher dieses Vorstandes. Wegen einer schweren Krankheit mußte er seine Tätigkeit, die ihn zuletzt auch zum Vorsitzenden der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und zum Mitglied des Beratenden Ausschusses gemacht hatte, vorzeitig abbrechen.

Sandler hatte das kaufmännische Geschäft durch Arbeit an der Basis genau kennengelernt. Er hatte Kunden besucht und Stahl verkauft. Das sicherte ihm eine genaue Kenntnis aller Einzelfragen und er zeigte sich bei allen Besprechungen immer als besonders gut informiert. Da er fließend Englisch und Französisch sprach, setzte ihn die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie rasch als ihren Sprecher für internationale Stahlverhandlungen ein, wo er sich viele Freunde erwarb, obwohl er vom Wesen her eher zurückhaltend blieb.

Als der Beratende Ausschuß konstituiert wurde, benannte die Wirtschaftsvereinigung die Vorsitzenden der Wahlstahlvereinigung und des Roheisenverbandes, Gerhard Bruns und Fritz Aurel Goergen.

Gerhard Bruns war am ..... 1889 in Oberhausen-Sterkrade geboren

1930 kam er in den Vorstand der sächsischen Gußstahlwerke Döhlen AG, die zum Bereich der Flick-Gruppe gehörten. 1939 wurde er Vorsitzender des Vorstandes in Döhlen, bis zum Ende des Krieges.

1947 wurde er kaufmännischer Vorstand des neuen Hüttenwerks Oberhausen. Er war einer der Mitbegründer der Walzstahlvereinigung in Düsseldorf im Verband der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und wurde der erste Vorsitzende der Walzstahlvereinigung. In dieser Eigenschaft ernannte ihn dann die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie für die Beratung von Walther Hallstein und später für den ersten Beratenden Ausschuß.

Fritz-Aurel Goergen war 1909 in Gelsenkirchen geboren, er hatte Rechts- und Staatswissenschaften studiert. Nach dem Studium begann er als Buch- und Betriebsprüfer beim Landesfinanzamt Berlin. Dann ging er zum Reichsverband der deutschen Luftwaffenindustrie, später zur Wirtschaftsvereinigung Feinmechanik und Optik. Für die Firma Otto Wolff erledigte er Aufgaben im Ausland. Nach dem Kriege wurde er kaufmännischer Vorstand der Hüttenwerke Phönix, einer der zahlreichen Nachfolgegesellschaften der liquidierten Vereinigten Stahlwerke. Die neue Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl beauftragte ihn damit, eine Gruppe Roheisen zu bilden, die er dann als Vorsitzender leitete. In dieser Eigenschaft wurde er in den Beratenden Ausschuß entsandt. Dort war er, wie die Niederschriften zeigen, in den ersten Jahren der Hauptsprecher der deutschen Stahlindustrie. Später wurde er Vorsitzender des Vorstandes der erweiterten Gruppe Phoenix-Rheinrohr. 1957 schied er aus dieser Tätigkeit aus, um die Leitung der altbekannten

Lokomotiven- und Maschinenfabrik Henschel A.G. in Kassel zu übernehmen, deren Mehrheit er erworben hatte. Er führte sie rasch aus einer schwierigen Lage zu einer neuen Blüte. Im Jahre 1964 verkaufte er seine Anteile an der Henschel A.G. an die Firma Rheinstahl und verlegte seinen Wohnsitz nach Genf. Seine geschäftlichen Interessen liegen seither außerhalb Deutschlands.

Als Barich den Vorsitz der Wirtschaftsvereinigung abgab, folgte ihm Gerhard Schroeder, von 1954 - 1956 Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und Mitglied des Beratenden Ausschusses. Er war am ..... in Bielefeld geboren, Sohn einer Familie, die einen mittleren Betrieb der Holzindustrie besaß. Als Prädikatsjurist war er in jungen Jahren ins Reichswirtschaftsministerium gekommen, in die Nähe des damaligen Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht. Peter Klöckner holte ihn im Jahre 1937 nach Duisburg. Bis zu seinem frühen Tode im 55. Lebensjahr war er Vorstandssprecher der Klöckner AG. Seine strahlende Persönlichkeit wurde die Grundlage des internationalen Ansehens, das die deutsche Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl rasch erwarb.

Im Jahre 1967 beschloß die Wirtschaftsvereinigung, einen ihrer Sitze im Beratenden Ausschuß einem Sprecher ihrer Hauptgeschäftsführung zu geben. Damit gelangte der Autor in dieses Gremium, Hans Dichgans, geboren am 16. 5. 1907 in Wuppertal-Elberfeld, Jurist. Er war Beamter in verschiedenen Wirtschaftsverwaltungen des Deutschen Reiches gewesen, zuletzt des Eisenreferats beim Reichskommissar für die Preisbildung. Er war im Jahre 1952 in das Verbandswesen der deutschen Stahlindustrie eingetreten und 1955 Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung geworden. Als er im Jahre 1961 Mitglied des Deutschen Bundestages wurde, trat Herbert W. Köhler in den Beratenden Ausschuß ein.

Köhler war 1919 in Preiskretzschau in Oberschlesien geboren, im 2. Weltkrieg Offizier der Luftwaffe. Als Student Sprecher der Studenten der Universität Göttingen, war er von der britischen Militärregierung ein Jahr zu Studienzwecken nach Oxford entsandt worden. Nach dem Abschluß seiner juristischen Studien war er bei verschiedenen Unternehmen der Chemischen- und der Stahlindustrie in leitender Stellung tätig, bevor er 1960 als Hauptgeschäftsführer zur Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie kam. Er verließ den Beratenden Ausschuß, als er seinerseits im Jahre 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages wurde. Daraufhin übernahm der Autor erneut die Vertretung der Geschäftsführung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie im Beratenden Ausschuß.

Im Mai 1967 kam Gerhard Elkmann

in den Beratenden Ausschuß. Er war 1904 in Burgsteinfurt in Westfalen geboren, hatte die Schule nach sechs Gymnasialjahren mit der mittleren Reife verlassen und war dann sechs Jahre bei einer Jutespinnerei tätig. Er bereitete sich privat für eine Aufnahmeprüfung an der Universität Köln vor, die ihm 1930 den Grad eines Diplom-Kaufmanns verlieh. Später wurde er dann Vorstand bei Orenstein und Koppel. Später trat er dann in den Vorstand der Hoesch AG ein und in dieser Eigenschaft wurde er Vorsitzender der Walzstahlvereinigung in der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie.

Den ersten deutschen Sitz in der Gruppe der Stahlproduzenten erhielt traditionsgemäß der jeweilige Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung.

Sohls Nachfolger im Vorsitz der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie wurde Egon Overbeck, der damit während seiner vierjährigen Amtszeit die Deutsche Stahlindustrie auch im Beratenden Ausschuß vertrat. Geboren 1918 in Heide/Holstein, wurde er nach seinem Abitur Soldat. Am Ende des Krieges war er Major im Generalstab. Dann studierte er Betriebswirtschaft und erwarb den Dr. rer. pol.. Bei der Metallgesellschaft AG

in Frankfurt/Main kam er rasch nach oben bis zum Mitglied des Vorstandes der Vereinigten Deutschen Metallwerke AG. Im Jahre 1962 wurde er Vorsitzender des Vorstandes der Mannesmann AG.

Ihm folgte im Vorsitz Hans Jörg Sandler. Nach dessen vorzeitigen, durch Krankheit bedingten Ausscheiden übernahm 1974 Dieter Spethmann den Vorsitz der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Vertretung im Beratenden Ausschuß. 1926 in Essen geboren, als Sohn eines Beamten von Krupp. Nachdem er 1955 seine Tätigkeit bei der August Thyssen-Hütte aufgenommen hatte, wurde er 1962 Mitglied des Vorstandes der Handelsunion, später Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Edelstahlwerke und im Jahre 1973 übernahm er den Vorsitz des Vorstandes der August Thyssen-Hütte AG.

Bei der Gründung des Beratenden Ausschusses waren den französischen und die deutschen Stahlindustrien je zwei Sitze zugestanden worden. Außerdem gab es noch einen Sitz für die Stahlindustrie des Saargebiets, den zunächst der französische Verwalter .....Thediel erhielt. Als das Saargebiet 1957 zur Bundesrepublik Deutschland kam, ging auch der zugehörige Sitz im Beratenden Ausschuß auf die deutsche Gruppe über. Er wurde zunächst mit Ernst Röchling besetzt, 1964 mit Kurt Schluppkotten und 1976 mit Jürgen Krackow.

Kurt Schluppkotten übernahm nach dem Ausscheiden von Ernst Röchling den Stahlproduzentensitz des Saarlandes. Er war 1905 in Wuppertal-Barmen geboren. An der Staatlichen Ingenieurschule in Elberfeld erwarb er das Zeugnis eines graduierten Ingenieurs. Dann studierte er an der Handelshochschule Mannheim und erwarb dort 1932 den Grad des Diplom-Kaufmanns. Mit 27 Jahren kam er zum Werk Homburg der Neun-

kircher Eisenwerk AG. vormals Gebrüder Stumm, wo er zum Vorsitzenden des Vorstandes aufstieg.

Während seiner Berufstätigkeit promovierte er 1934 in Mannheim zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften.

Im Kriege wurde ihm von der deutschen Militärverwaltung die Leitung und Überwachung verschiedener Werke und Werksgruppen in Frankreich und Belgien anvertraut. Dabei gelang es ihm, auch die Interessen der alten Eigentümer zu wahren. Dafs fand nach Kriegsende volle Anerkennung, und er konnte damit zur deutsch-französischen Aussöhnung und zur Förderung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen beitragen. In Anerkennung dieser Verdienste ernannte ihn der Präsident der französischen Republik im Jahre 1970 zum Ritter der französischen Ehrenlegion. In Deutschland erhielt er vom Bundespräsidenten das große Bundesverdienstkreuz.

Schluppkotten war 15 Jahre lang Präsident der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken, die ihn nach seinem Ausscheiden zum Ehrenpräsidenten ernannte. Er war ferner langjähriger Präsident der Saarländischen Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und Präsident des Saarländischen Industriellenverbandes. Die Universität des Saarlandes verlieh ihm 1966 den Titel eines Ehrensensors.

Von 1964 bis 1976 war er Mitglied des Beratenden Ausschusses.

## Die Franzosen

Jacques Ferry wurde 1913 im lothringischen Neuves Maisors als Sohn eines Ingenieurs geboren. Mit 21 Jahren war er Docteur en Droit der Faculté de Droit in Paris und besaß außerdem das Diplom de Ecole libre des Sciences Politiques. Von 1934 bis 1939 arbeitete er im Handelsministerium. Dann wurde er Offizier in der französischen Armee<sup>u.</sup> geriet in deutsche Kriegsgefangenschaft. 1945 wurde er Direktor der Wirtschaftsabteilung der Chambre Syndicale de la Siderurgie Française, die ihn im Jahre ..... zu ihrem Präsidenten berief. Er arbeitete in zahlreichen Finanzorganisationen mit. 1969 wurde er Mitglied des Wirtschafts- und Sozialrats, dem er von ..... als Präsident **vorstand**. 1970 wurde er Gründungsmitglied des Nationalkomitees für die Entwicklung der großen Schulen. Im Jahre ..... wurde er Leiter des Verwaltungsrates des neuen großen südfranzösischen Hüttenwerkes in Sollmer unter Beibehaltung seiner übrigen Funktionen.

Ferry wirkt als ..... Verkörperung<sup>eines</sup> französischen Typus: mittelgroß, beweglich, mit raschen Reaktionen und brillanten Formulierungen.

Seine Interventionen im Beratenden Ausschuss beginnen oft mit den Worten "sehr kurz". Wenn er seine Zustimmung ausdrücken will, so liebt er dafür die Formel das Problem sei "mit einem bemerkenswerten Realismus" behandelt worden. Das ist charakteristisch auch für seine Behandlung von Problemen. —

Nüchtern, jedoch mit einem starken Gefühl für literarische Perfektion und auch mit einer verdeckten Herzlichkeit.

Ferry ist Kommandeur der Französischen Ehrenlegion und Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland.

(auf die vierfache Länge ausbauen)

## Die Niederländer

In der niederländigen Delegation, die 1950 in Paris zu den Vertragsverhandlungen Schumann-Plan eintraf, hatte Arnold Hugo IngenHousz die längste europäische Erfahrung. Seit mehr als 25 Jahren gehörte er dem Vorstand der Königlich niederländigen Hochofenwerke an.

Arnold Hugo Ingen Housz, geboren am 22.8.1888 im Haag, Sohn eines Arztes, begann als 16-jähriger sein Studium des Maschinenbaus an der Technischen Hochschule in Delft.

Die Royal Dutch schickte den jungen Diplomingenieur 1911 nach Rumänien zu ihrem Erdölbetrieb. Dort erwarb er in rumänischer Sprache ein Staatsdiplom, das ihm das Recht gab, Betriebe zu führen.

Im Sommer 1913 ging er nach Hamburg zu einer niederländischen Hafenbaufirma. Anfang des Krieges kam er dann in die Niederlande zurück.

Im Jahre 1917 <sup>wurde</sup> ~~er~~ er zum Leiter der technischen Planung für das Werk Ijmuiden bestellt, das an der Einmündung des Nordsee-Kanals in die Nordsee, in einem Dünengebiet errichtet werden sollte, für Rohstoffversorgung und Absatz ganz auf die See ausgerichtet. Das Unternehmen erhielt die Bezeichnung "Königliche Hochofen-Gesellschaft", wobei das Adjektiv nach niederländischem Brauch die nationale Bedeutung des Unternehmens hervorhebt.

Die Gesellschaft hatte zu allen Zeiten privaten Charakter, die Beteiligung des Staates lag und liegt bei 30 %. Die Produktion begann Januar 1924. Ingen Housz wurde Mitglied des Vorstandes, 1945 dessen Vorsitzender.

Die Gesellschaft hatte im Jahre 1921 40 % der Aktien des Hörder Phoenix gekauft und diese späterhin

in 3,3 % des Aktienkapitals der Vereinigten Stahlwerke umgetauscht.

Im zweiten Weltkrieg verschafften gute persönliche Beziehungen zu leitenden Leuten der Vereinigten Stahlwerke dem von Ingen-Housz geleiteten Werk zunächst noch ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit und schützte ihn vor Auflagen, die er als Niederländer nicht hätte erfüllen dürfen. 1944 mußte er jedoch im Untergrund verschwinden. Im Mai 1945 kam er zu seinem Werk zurück. Es kam rasch wieder in Betrieb.

Auch die internationalen Beziehungen kamen schnell wieder in Gang. Als der Schumann-Plan verkündet wurde, berief die niederländische Regierung Ingenhousz in die Delegation, die der von ..... Hirschfeld, dem Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums im Haag, Dirk Spierenburg, später Mitglied der Hohen Behörde, Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, war der Sekretär der Delegation, der außerdem ..... Wimmers angehörte.

In die Eröffnungssitzung im Uhrensaal des Quai d'Orsay gehörte er, gleichaltrig mit Monnet, zu den wenigen Leuten, die das Europa der Zwanziger Jahre an leitender Stelle miterlebt hatten. Er fiel durch seine hohe schlanke Gestalt auf, eine Erscheinung, die eher einen Gelehrten als einen Geschäftsmann vermuten liess. Seine große persönliche Bibliothek zeigt sein besonderes Interesse für die Geschichte der Niederlande.

Ingenhousz wurde dann auch Mitglied des Beratenden Ausschusses, dem er von 1953 ..... bis zum Ende seiner Berufstätigkeit im Jahre 19.... angehörte.

### Die Luxemburger

Die Luxemburgische Stahlindustrie, das ist die ARBED. In diesem Unternehmen sind die leitenden Leute persönlich besonders eng untereinander verbunden. Die Mitglieder der Generaldirektion duzen sich und sprechen miteinander

luxemburgisch. Die Namen: Tesch (Generaldirektor), Buck, Metz, Meyer, Raus, Helven. Alle von Ausbildung Ingenieure. Tesch hat die Fenster gelüftet, ein neues Klima eingeführt, bei dem allerdings auch etwas Tradition auf der Strecke geblieben ist.

## Europäische Stahlpolitik

Im Bewußtsein des Zeitungslesers ist die Stahlindustrie Prototyp der Großindustrie. Die meisten der typischen Stahlerzeugnisse können rationell heute nur noch von Großunternehmen hergestellt werden, bei denen die Investitionen für einen Neubau auf der grünen Wiese, Hochöfen, ein Stahlwerk, eine Breitbandstrasse in DM oberhalb der Milliardengrenze liegen.

Größe erzeugt Vorstellungen von Macht und diese Vorstellungen erzeugen wiederum Furcht.

Nun kann heutzutage keine Stahlindustrie der Welt mehr ihre nationale Regierung unter Druck setzen. Dazu sind die Staaten inzwischen zu mächtig geworden. Aber die Furcht vor einer allzu mächtigen Großindustrie, berechtigt oder nicht, ist ein Element, das die politische Führung in ihre Überlegungen einbeziehen muß. Eine allzu starke Vergrößerung durch eine Vielzahl von Fusionen, ein starkes Absinken der Zahl der Unternehmen, die miteinander konkurrieren, erhöht erfahrungsgemäß die Tendenz zur Verstaatlichung. Wenn am Ende in einem Wirtschaftsraum nur noch ein einziger Produzent die Gesamtproduktion in seiner Hand hielte, verlören die Argumente für eine freie Wirtschaft in diesem Bereich ihren Sinn.

Europäische Stahlpolitik muß also dafür sorgen, daß Wettbewerb erhalten bleibt. Sie muß aber zugleich den Weg zur Bildung großer Produktionseinheiten öffnen, die allein dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt gewachsen sind. Sie muß verhindern, daß lebensfähige mittlere Unternehmen von den großen aufgekauft werden, die ihren Machtbereich erweitern wollen.

Die Europäische Gemeinschaft Kohle und Stahl hat diese Aufgabe gut bewältigt. Bei allen Produkten gibt es auf dem freien Markt genügend Erzeuger, die miteinander konkurrieren.

Eine Tabelle der jeweiligen Erzeuger, die über 10 % der europäischen Produktion in ihrer Hand haben, zeigt folgendes Bild:

Stabstahl		Grobblech	
-----------	--	-----------	--

Zahlen: Prozente der europäischen Erzeugung 1976

Name	%	Name	%
------	---	------	---

Es gibt auch noch wie vor kleinere Erzeuger. Die Stabstahl-erzeugung des Gebiets Brescia, die kleinen Elektrostahlwerke von Willi Korff, sind die bekanntesten Beispiele.

Daß es in diesem System gelungen ist, Wettbewerb genügender Stärke zu erhalten, zeigt die Entwicklung der Preise, die oben erwähnt wurde. Wenn die allgemeinen Marktpreise im Europäischen Inland für Stabstahl von 100 % im November 1974 binnen eines Jahres auf 72 % im November 1975 fallen, in einer Zeit, in der die Kosten sich erhöhen, so beweist das, daß es in dieser Zeit keine wirksamen Kartellabreden gegeben hat.

Was sollte nun die Hohe Behörde unternehmen, um die Aufgaben zu erfüllen, die der Pariser Vertrag ihr in Art. 3 zuwies:

- regelmäßige Versorgung des Gemeinsamen Marktes,
- gleichmäßiger Zugang der Verbraucher zu den Quellen der Produktion,
- niedrige Preise, die jedoch Abschreibungen und Kapitaldienst decken müssen,
- Anreiz zur Unterhaltung und Verbesserung der Produktionsanlagen,
- Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter,
- Förderung des Außenhandels,
- Erweiterung und Modernisierung der Produktion.

Jean Monnet war naturgemäß geneigt, die Vorstellungen der französischen Planwirtschaft, die eine wirksame Kombination von staatlicher Führung und privater Initiative erstrebte, in den Raum der Europäischen Montanindustrie zu übertragen. Aber er stieß auf Widerstand. Die deutschen Mitglieder der Hohen Behörde versprachen sich von den eigenen Initiativen freier Unternehmer in einem System des Wettbewerbs bessere Erfolge und sie wurden darin von den Belgiern und Luxemburgern unterstützt.

Wer die wirtschaftspolitischen Probleme betrachtet, mit denen sich die Hohe Behörde in 25 Jahren befaßte, und mit den Meinungen, die der Beratende Ausschuß in mehr als .... Sitzungen dazu geäußert hat, stellt folgendes fest:

1. Die Möglichkeiten dirigistischer Lenkung, die der Vertrag bot, wurden zu keiner Zeit voll ausgenutzt.
2. Die Neigung, diese Möglichkeiten auszunutzen, nahm bei der Hohen Behörde, über die Jahre hinweg ab, weil sie feststellte, daß die Regierungen einiger Mitgliedsstaaten, auf deren Zustimmung sie angewiesen war, insbesondere die deutsche, eine dirigistische Politik ablehnten. Die Hohe Behörde bemühte sich, ihre Ziele nicht mit Anordnungen, sondern mit Zureden zu erreichen.
3. Die Haltung der betroffenen Stahlindustrie zum Thema Dirigismus war unterschiedlich. Es gab zu allen Zeiten Gruppen, die mit dirigierenden Anordnungen der Hohen Behörde, mit einer Art europäischen Zwangskartells mit Höchst- und Minderpreisen, auch mit Produktionsquoten, einverstanden gewesen wären. Aber es gab auch zu allen Zeiten andere Gruppen, die solche Eingriffe grundsätzlich ablehnten. Wenn man die breite Zustimmung in Betracht zieht, die das System der Schrottausgleichskasse in den ersten Jahren der EKGS trug, und damit die Tatsache vergleicht, daß sich eine ähnliche Zustimmung später niemals mehr herstellen liess, wird man sagen dürfen, daß auch die Bereitschaft der Stahlindustrie, dirigistische Eingriffen zustimmend hinzunehmen, im Laufe der Jahre sank.
4. Überraschend viele Themen europäischer Stahlpolitik, über die Hohe Behörde und Beratenden Ausschuß zeitweise leidenschaftlich diskutierten, erledigten sich schlicht durch Zeitablauf, durch eine Änderung der Verhältnisse

Schrott

Am deutlichsten zeigte sich das beim Thema Schrott. In den ersten Jahren der EGKS litten alle sechs Länder der Gemeinschaft unter einem strukturellen Schrottdefizit. Wenn man also dem Handel innerhalb des Gemeinsamen Marktes völlige Freiheit gelassen hätte, wären die Schrottpreise rasch auf das viel höhere Preisniveau des Weltmarktes angestiegen.

Schon im November 1952 beschloß die Hohe Behörde, sich intensiv mit den Schrottproblemen zu befassen. Sie berief eine Gruppe von Sachverständigen aus den sechs Ländern, unter Vorsitz von Fritz Aurel Goergen.

Mit einem Brief vom 5.2.1953 berichtete Goergen der Hohen Behörde von dem Ergebnis der Beratungen. Um Verzerrungen des Wettbewerbs zu vermeiden, sollte der eingeführte Schrott auf einen Preis von 36 Dollar frei Empfangshafen oder Bahnhof der Europäischen Gemeinschaft herabgeschleust werden, mit der Maßgabe, daß die zur Verbilligung notwendigen Beträge durch eine Umlage aufgebracht werden sollten.

Die Hohe Behörde erteilte nach eingehenden Beratungen ihre Genehmigung mit der Maßnahme, daß eine gemeinsame Schrotteinfuhrstelle (office commun) gegründet werden durfte, auf freiwilliger Grundlage. Diese Stelle durfte aber keine Einfuhrverträge abschließen. Sie hatte nur das Recht, die Verträge abschlußreif vorzubereiten und sie dann den einzelnen Unternehmen zuzuleiten, für die der Schrott späterhin bestimmt war.

Ein Verbot der Schrottausfuhr sicherte den Schutz.

Im April 1954 machte die Hohe Behörde den Beitritt zu diesem Preisausgleichsmechanismus allen schrottverbrauchenden Unternehmen zur Pflicht. Die Entscheidung zweier Genossenschaften belgischen Rechts (eine für die Organisation der Schrotteinfuhr, eine zweite für den Mechanismus des Preisausgleichs), erhielten den Charakter verbindlicher Entscheidungen der Hohen Behörde, getroffen aufgrund des Artikels 53 b des Vertrages. Dieses System funktionierte bis Juli 1958.

Der Hohe Gerichtshof stellte dann in einem Urteil vom Juli 1958 fest, daß die Hohe Behörde unrechtmäßig Befugnisse an die Brüsseler Organe übertragen habe. Daraufhin wurde die vollständige Freiheit des Schrottmarktes ab Dezember 1958 wiederhergestellt. Die beiden Genossenschaften wurden liquidiert. Aus der Schlußabrechnung zum 31.12.1975 ergibt sich, daß die Genossenschaften einen durchschnittlichen Ausgleich von 29,03 Rechnungseinheiten (europäischer Dollar) je Tonne importierter Schrott gewährt hatten. Insgesamt war ein Betrag von 544,6 Millionen Rechnungseinheiten bewegt worden. Die Tatsache, daß der inländische Schrottpreis der Gemeinschaft nicht auf Stand des Weltmarktes stieg, hat der europäischen Stahlindustrie einen Vorteil von etwa 1,2 Milliarden Rechnungseinheiten gebracht.

Die Ausgleichszahlungen wurden nach Fracht-Dokumenten geleistet, die sich, wie sich bald herausstellte, verhältnismäßig leicht fälschen liessen, mit Hilfe gefälliger Eisenbahnbeamten an kleinen Grenzstationen oder auch ohne solche Hilfen. In gleicher Weise liessen sich auch Bescheinigungen über das Abwracken bestimmter Schiffe vervielfältigen. Ein angeblich ordnungsgemäß abgewracktes Schiff tauchte alsbald ein zweites oder auch ein drittes Mal auf, unter neuem Namen, und lieferte erneut ausgleichsfähige Bescheinigungen. Die Schilderung

einzelner Vorgänge erfüllt die Leser mit Hochachtung vor dem Reichtum an Einfällen, mit denen findige Köpfe öffentliche Kassen zu schröpfen wußten.

Der Wertbetrag der Unregelmäßigkeiten, die insgesamt vorgekommen sind, wird auf 1,7 % der Ausgleichsbelastung geschätzt.

Das Liquidatorenkollegium strengte eine Anzahl von Prozessen vor verschiedenen nationalen Gerichtshöfen an, mit unterschiedlichem Erfolg. Der letzte dieser Prozesse wurde erst 1976 erledigt, mit einer Entscheidung zugunsten der Liquidatoren. Durch diese Prozesse wurden etwa 5,2 Millionen Rechnungseinheiten des Schadens wieder hereingebracht.

Nun war es nicht nur die Unmöglichkeit, Betrügereien zu verhindern, die zum Ende des Ausgleichssystems führten, sondern auch eine Veränderung in den Produktionsverfahren.

Die Aufblasverfahren der großen LD-Konverter und ähnlicher Einrichtungen verdrängten die schrottfressenden alten SM-Stahlwerke, und die gesunkene Nachfrage nach Schrott reichte aus, ein übermässiges Steigen der Schrottpreise zu verhindern. Die Schrottpreise sind seither aus den Tagesordnungen des Beratenden Ausschusses verschwunden. Die Erfahrungen mit der Schrottausgleichskasse haben jedoch einen heilsamen Schrecken hinterlassen, der die EGKS vermutlich noch lange Zeit vor Ausgleichskassen bewahren wird.

Institut für Wirtschaftsgeschichte Archiv

### Eisenerz

Vor hundert Jahren stammte das verhüttete Eisenerz meist aus nahegelegenen Gruben. Da der Erzverbrauch des Hochofens je Tonne Roheisen gerechnet, meist ein mehrfaches des Koksverbrauchs betrug, wanderte die Eisenerzeugung in die Nähe der Erzgruben. Noch 1910 gründete August Thyssen ein Hüttenwerk in Caen in der Normandie, 1911 ein Hüttenwerk in Hagendingen in Lothringen.

Die Engländer hatten jedoch schon 1863 mit der Verhüttung reicher spanischer Erze begonnen. 1891 erbauten sie in Cardiff das erste neuzeitliche Hüttenwerk an der Küste, ganz auf Verhüttung von Oberseeerzen eingestellt. Als 1902 die Lofotenbahn die schwedischen Erzgruben mit dem eisfreien Hafen Narvik verband, kamen von dorthin steigende Mengen auf den Weltmarkt. Erze, deren Erzgehalt hoch über dem der zentraleuropäischen lag. Die Vorteile des hohen Eisengehalts glichen die vermehrten Transportkosten problemlos aus.

Das Zurückdrängen der heimischen Erze verstärkte sich nach dem zweiten Weltkrieg, als die riesige Vergrößerung der Erzschiffe die Transportkosten je Tonne beträchtlich senkten. Das wiederum machte den Bezug von Eisenerz aus weitentfernten Lagerstätten, aus Indien, aus Liberia, aus Venezuela, rentabler, wo die Löhne der Bergarbeiter weit unter den europäischen lagen. ———  
Traditionsreiche Erzgruben, das ganze

Siegerland etwa, auch der Raum von Salzgitter, mußten stillgelegt werden. Im Jahre 1976 stammte nur noch ..... % des Eisenerzverbrauchs in Fe gerechnet, aus Erzgruben der Gemeinschaft.

In der Gemeinschaft wird Eisenerz in größerem Maßstabe nur in Lothringen und in England gefördert: In manchen Fällen werden arme inländische Erze angereichert, indem man ihnen im Hochofen billigen Schrott, insbesondere Späne, zusetzt.

Das Stilllegen der Erzgruben verlief aus mehreren Gründen überraschend glatt. Zunächst standen die Erzgruben durchweg im Eigentum der Hüttenwerke. Die sonst widerstrebenden Interessen der Produzenten und der Abnehmer wurden also hier Gegenstand eines unternehmensinternen Ausgleichs. Freiwerdende Mitarbeiter aus dem Bergbau konnten dann oft in anderen Bereichen des Unternehmens eingesetzt werden. Das war umso leichter möglich, als die Stilllegung der Erzgruben in eine Zeit fiel, in der die Industrien der Gemeinschaft, von Italien abgesehen, noch durchweg Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften hatten. So zeigte sich überraschend, daß die Mittel, welche Sozialpläne der Gemeinschaft als Übergangshelfer für arbeitslose Bergarbeiter bereitstellten, nur zum Teil, in manchen Fällen nur zu einem sehr kleinen Teil abgerufen wurden: Die meisten der freigesetzten Bergarbeiter hatten so rasch einen neuen Arbeitsplatz gefunden, daß sie in eine längere Arbeitslosigkeit, die mit Gemeinschaftsmitteln überbrückt werden sollte, gar nicht hineingerieten.

In den ersten Jahren der EGKS wurde im Beratenden Ausschuss mehrmals die Frage gestellt, ob diese hohe Abhängigkeit vom Weltmarkt nicht die Erzversorgung der europäischen Stahlindustrie in Krisenzeiten gefährden könnte. Diese Gefahr liegt auf der Hand. Aber sie stellte sich nicht nur beim Eisenerz, sondern ebenso bei der Versorgung mit Erdöl und mit vielen anderen Rohstoffen. Gewiss liesse sich ein höheres Maß an Autarkie technisch erreichen, beim Eisenerz wie bei der Energie. Aber eine solche Aktion wäre sehr kostspielig, und eine Erhöhung der Produktionskosten, daraus resultierend, würde den Absatz europäischer Ausfuhr Güter erschweren. Kein europäisches Land denkt ernsthaft daran, solche Lasten zu übernehmen. Man blickt dabei auch auf die USA, die ja trotz Energiekrise, trotz steigender Abhängigkeit von Erdöleinfuhr einen für unser Urteil unwahrscheinlich niedrigen Bezin- und Erdgaspreis mittels Preisstopp durchhalten, weil ihnen die Rücksicht auf die Wahlen wichtiger ist als die Möglichkeit hoher heimischer Produktion, die sich mit Preiserhöhungen finanzieren liesse.

Förderung von Eisenerz ist in der Gemeinschaft ein reines Problem klassischer marktwirtschaftlicher Vergleichsrechnungen geworden. Wenn sich die Eisenerze aus fernen Gruben als verlässlich billiger erweisen, wird die heimische Förderung stillgelegt. Eisenerz ist in vielen fremden Ländern reichlich vorhanden. Förderländer, die ihre nationalen Erzvorräte lange Zeit nationaler Verhüttung reservieren wollten, z.B. Brasilien, betrachten inzwischen alle die Ausfuhr von Eisenerz als einen wichtigen Beitrag zu ihrer Devisenbilanz. Sie wissen auch, daß sie ihren Absatz langfristig nur dann sichern können, wenn sie sich aller gewaltsamer Eingriffe in diesem Geschäft enthalten. Niemand befürchtet mehr eine internationale Knappheit an Eisenerz, solange es keine neuen militärischen Verwicklungen in Weltmaßstab gibt. Wenn sie einträten, entstünde in jedem Falle eine Katastrophensituation, mit der zu befassen sich niemand ernsthaft bereitfindet.

Die Versorgung mit überseeischem Erz wird in zunehmendem Maße in Gemeinschaftsaktionen organisiert, welche die nationalen Grenzen überschreiten. Dabei sind neue Formen europäischer Zusammenarbeit entstanden.

## Kohle für die Stahlindustrie

Auch der Aspekt der Kohleversorgung verwandelte sich. Bei Gründung der EGKS handelte es sich darum, Ruhrkohle für die Länder der Gemeinschaft verfügbar zu machen und eine Störung dieser Rohstoffquelle durch einseitige Maßnahmen deutscher Wirtschaftspolitik auszuschließen. An die Möglichkeit, daß wenige Jahre später amerikanische Kohle in europäischen Häfen billiger angeboten werden könnte als Ruhrkohle, dachte damals niemand. Als dann die billigeren Kohlen aus Übersee erschienen, kam es zu einem Dilemma. Die Verbraucherländer ohne eigene Kohlenförderung wollten die billigen Versorgungsmöglichkeiten nutzen. Aber sie wollten sich zugleich den Zugriff auf die sichere Ruhrkohle für Zeiten der Mangellage offenhalten. Die Ruhrkohle machte dazu geltend, daß man damit das Verhalten von Förderkapazitäten erwarte, die in Zeiten reichlichen Kohlenangebots ungenutzt geblieben wären. Es gelang nicht, diese Meinungsverschiedenheiten grundsätzlich auszutragen. Sie wurden jedoch durch ein System langfristiger Lieferverträge der Ruhrkohle mit ihren großen Abnehmern überbrückt.

Das Steigen der Kohlenpreise am Weltmarkt, Folge der Energiekrise, erleichterte die Wettbewerbslage der europäischen Kohle. Aber die Kostenbelastung, die sich aus den ungünstigen geologischen Lagerungen der europäischen Kohle ergibt, erheblich ungünstiger als bei der amerikanischen und südafrikanischen Kohle, wurde damit nicht aus der Welt geschafft.

Investitionen und Finanzierung

Die großen Investitionen der Stahlindustrie kosten viel Geld. Es handelt sich um Größenordnungen im Bereich von 50 - 500 Millionen Dollar. Anlagen, die unzureichend beschäftigt sind, belasten das Unternehmen mit hohen Zinsverpflichtungen, die nicht durch Erlöse gedeckt sind. Jede Volkswirtschaft ist also lebhaft daran interessiert, Fehlinvestitionen zu vermeiden, Investitionen, die den Bedarf sichtlich überschätzt haben.

Wie läßt sich jedoch der künftige Bedarf vorausschätzen? In Zeiten übersättigter Märkte, die das Angebot nicht mehr aufnehmen können, wechseln erfahrungsgemäß in Abständen von einigen Jahren, mit Zeiten, in denen der Bedarf nicht rasch genug gedeckt werden kann. Im politischen Raum sieht das dann so aus: Stahlindustrie, der man noch vor kurzem unvernünftige Fehlinvestitionen vorgeworfen hatte, wird getadelt, sie habe ihre Anlagen stark genug ausgebaut. Praktisch alle nationalen Stahlindustrien haben einen solchen Umschwung der öffentlichen Meinung mehrmals erlebt.

Hinzu kommt, daß der technische Fortschritt immer wieder zur Entwicklung neuer Anlagen führt, von denen eine billigere und bessere Produktion erwartet wird. Anlagen, die dann ältere Betriebe, die durchaus produktionsfähig wären, vom Wettbewerb verdrängen. Vielleicht zu einer Zeit, in der die Kapitalkosten dieser älteren Betriebe noch nicht wieder hereingekommen sind. Da jedoch die europäischen Stahlproduzenten durchweg ihre Beschäftigung auf eine beträchtliche Ausfuhr angewiesen sind, wäre es nicht zu verantworten, den Bau neuer Anlagen zu erschweren, nur mit dem Argument, es gäbe noch genügend alte Anlagen. Wer am Weltmarkt mithalten will, muß alle Möglichkeiten der technischen Fortschritte ausnutzen.

Angesichts der riesigen Kapitalien, die für jeden Neubau aufgebracht werden müssen, sind jedoch alle Beteiligten aufs stärkste daran interessiert, Fehlinvestitionen zu verhindern.

Die Philosophie der Väter des Montanunionvertrages ging wohl dahin, bei der Hohen Behörde größeren Einfluß auf die Investitionslenkung einzuräumen, als sie ihn späterhin ausgeübt hat.

### Krisenmanagement

Die Krisenbestimmungen des Vertrages mit der Möglichkeit von Produktionsquoten und Mindestpreisen sind, wie erwähnt, in der dort vorgesehenen Rechtsform niemals angewandt worden.

Aber die Notwendigkeit, in Krisenzeiten Maßnahmen der Stabilisierung zu treffen, ein "Krisenmanagement" in Gang zu bringen, wie auch immer, zeigte sich bei jeder Krise.

Die klassische Form des Krisenmanagements, ein europäisches Stahlkartell nach dem Vorbild des Systems der Dreissiger Jahre, war durch die Wettbewerbsbestimmungen des EGKS-Vertrages versperrt, bei denen sich die kartellfeindlichen Philosophen der Amerikaner voll durchgesetzt hatten. Aber zugleich zeigte sich, daß eine dirigistische Regelung von hohem Stand, Produktionsquoten für jedes Werk und jedes seiner Erzeugnisse die Möglichkeit einer Verwaltungsbehörde überforderte. Das Ingangsetzen erforderte ein kompliziertes, zeitraubendes Rechtsverfahren in einer Situation, die rasches Handeln notwendig machte. Aber auch das Verändern und das Abschaffen einer laufenden Regelung dieser Art wäre wiederum mit Formalismen belastet gewesen. Offensichtlich war es zweckmäßig, Sachverstand und Verständigungsbereitschaft der Unternehmen soweit wie möglich in Aktionen dieser Art einzubeziehen.

In allen Krisensituationen der Vergangenheit hatte die eine oder andere Regierung immer wieder förmlichen Eingriffen der Hohen Behörde, auch der Einführung von Mindestpreisen, widersprochen, aber niemals mit der Begründung, sie lehne solche Maßnahmen grundsätzlich ab, sondern stets nur mit der These, die Krise sei diesmal noch nicht so schlimm, daß sie den Einsatz der schweren Mittel des Vertrages rechtfertige.

Sobald eine Krise chaotische Zustände hatte entstehen lassen, waren Eingriffe dieser Art schon unter dem Druck der Gewerkschaften unvermeidlich gewesen. Aber bevor man sich zum Rückgriff auf das Instrumentarium des Vertrages entschloß, suchte man nach milderem, gleichwohl wirksamen Mitteln.

Kern einer solchen Aktion wurde zur Jahreswende 1976/77 das : Vorausschau programm der Hohen Behörde. Von Anfang an hatte die Hohe Behörde die künftige Produktion quartalsweise vorausgeschätzt,

Zunächst waren das Meinungen von Experten, gewonnen durch das Fortschreiben von Tendenzen des Marktes. Mit der Zeit, etwa von Beginn der Siebziger Jahre an, erhielten sie jedoch eine wirtschaftspolitische Tendenz: Nicht nur<sup>das</sup>, was die Experten für wahrscheinlich hielten, sondern das, was der Hohen Behörde als wünschenswert erschien.

Für die ersten vier Monate 1977 handelte die Hohe Behörde erstmals die Zahlen des Vorausschätzungsprogrammes mit den Betroffenen aus, in unterschiedlichen Gruppen: Landesgruppen, Rationalisierungsgruppen, einheitlich geleiteten grenzüberschreitenden Unternehmensgruppen, in einigen Fällen auch mit individuellen Unternehmen. Diese Verhandlungen liefen in Verpflichtungserklärungen aus, die Produktion im Rahmen der Vorausschätzung zu halten, wobei die Unterverteilung innerhalb der Gruppen den Beteiligten freigestellt blieb.

Rechtsfolgen hätte<sup>sich</sup> beim Überschreiten zugesagter Höchstmengen nicht ergeben, abweichend von der alten Kartellpraxis, die solche Verstöße mit Bussen ahndete. Aber jeder Sünder mußte sich darüber klar sein, daß ein Ausbrechen nicht nur öffentliche Kritik auslösen mußte, sondern vielleicht auch der Anlass zu formalen Produktionsquoten hoher Hand werden könnte, also zu Maßnahmen, die<sup>alle</sup> Produzenten aus guten Gründen zu vermeiden wünschten.

### Mangellage

Für den Fall der ernststen Mangellage (Penuri serieusee) sieht der Vertrag Mechanismen vor, die eine gerechte Zuteilung aller Gruppen der Verbraucher sichern sollen. Als diese Bestimmungen in den Jahren 1951 und 1952 formuliert wurden, lagen die Jahre unzureichender Versorgung erst kurze Zeit zurück.

Es hat dann auch später noch mehrmals Engpässe gegeben, insbesondere im Bereich der Kohleversorgung. Krankenhäuser, die den Bedarf ihrer Heizungen gefährdet sahen, wandten sich beschwerdeführend an ihre Ministerien und an die Öffentlichkeit. Auch im Bereiche des Stahls gab es zuweilen Lagen, in denen Stahlverbraucher, die sich in Zeiten des Überflusses zu billigen Preisen am Weltmarkt versorgt hatten, bei einem Umschlag des Marktes, Stahl aus diesen Quellen nur noch zu Preisen ziehen konnten, der sie, wie sie behaupteten, aus dem Wettbewerb brachte.

Wenn man diesen Fällen nachging, zeigte sich bald, daß von einer weltweiten Knappheit von Stahl und Kohle, wie es sie etwa unmittelbar nach dem Kriege gegeben hatte, keine Rede mehr sein konnte. Das waren nur die billige Kohle, der billige Stahl. Die Preisschwankungen gehörten zu den normalen, grundsätzlich erwünschten Wirkungen des Marktes: Wenn Kohle und Stahl knapp ist, soll der Verbrauch möglichst eingeschränkt werden, und die erhöhten Preise sollen dann einen Bremseffekt haben und haben ihn auch. In der politischen Wirklichkeit ist es jedoch nicht möglich, erregte Verbraucher mit Hinweisen auf Grundprinzipien der Marktwirtschaft abzuspeisen. Die öffentliche Hand, hier die Hohe Behörde, muß sich dieser Situation annehmen.

Aber es ist niemals zu einer Erklärung der Mangellage gekommen. Der Hohen Behörde gelang es, die Leiter der Kohle- und Stahlindustrie der Gemeinschaft zu Notmaßnahmen zu veranlassen, mit dem Hinweis, daß die Erklärung der Mangellage unvermeidlich sei, wenn sie in dieser Situation nicht kooperieren würde. So konnten etwa die Stahlwerke, die über ausreichende eigene Kohlenproduktion verfügten, dazu gebracht werden, die damals teurere Amerika-Kohle einzuführen, und auf diese Weise den Markt zu entlasten. Die Verbände der Kohle und des Stahls gingen im Einvernehmen mit der Hohen Behörde den einzelnen Beschwerdefällen nach und veranlaßten in offensichtlichen Notfällen ihre Mitglieder, auszuweichen. Dieses pragmatische Verfahren verlief im ganzen überraschend glatt. Die Erfahrung, daß Mangellagen niemals Dauererscheinungen sind; daß Zeiten des Verkäufermarktes mit Vollbeschäftigung aller Anlagen und Zeiten des Käufermarktes, in denen Produkte im Überfluß angeboten werden, jedenfalls beim Stahl weltweit in einem Zyklus von etwa 4 Jahren abwechseln. Diese Erfahrungen entschärften die Stimmung der Verbraucher. Die panikartige Reaktion, mit der die ersten Fälle von Knappheit in der Montan Union aufgenommen worden waren, in Erinnerung an schreckliche vergangene Mangelzeiten, wiederholten sich nicht.

Inzwischen sind weltweit die Produktionskapazitäten Kohle und Stahl so stark gestiegen und auch die Tonnage, die zum Transport erforderlich ist, so stark gewachsen, daß eine echte Mangellage kaum mehr zu befürchten ist.

Wenn Erscheinungen, die an Mangellage grenzen, wieder auftreten sollten, kann damit gerechnet werden, daß die Erfahrungen der Vergangenheit auch in Zukunft die Basis für pragmatische Lösungen bilden könnte.

Harmonisierung der Steuer

In den ersten Jahren der Montan Union spielte die Problematik der Steuer im grenzüberschreitenden Verkehr eine große Rolle. Der Beratende Ausschuß hat häufig darüber diskutiert. Es gibt Denkschriften. Es kam zu Klagen vor dem Hohen Gerichtshof.

Die Regeln des GATT sehen vor, daß die Staaten, die sogenannten indirekten Steuern bei der Ausfuhr zurückvergüten dürfen, ohne sich dem Vorwurf des Dumping auszusetzen. Es liegt auf der Hand, daß ein Land, welches aus erzieherischen Gründen außergewöhnlich hohe Abgaben auf Branntwein erhebt, etwa Schweden, keinerlei Branntwein exportieren könnte, wenn es auch von ausländischen Verbrauchern die gleichen hohen Preise verlangte, die es seinen Bürgern aufzwingt. Diese ausländischen Verbraucher würden sich dann anderen Produzenten zuwenden. Die Erstattung von Verbrauchssteuern dieser Art hatte auch in der internationalen Diskussion niemals zu Schwierigkeiten geführt.

Streitigkeiten ergaben sich jedoch aus Anlaß der Mehrwertsteuer, die Frankreich als einziges Land der Gemeinschaft in Form einer allgemeinen Umsatzsteuer erhob, und zwar mit verhältnismäßig hohen Sätzen, weil in Frankreich das Verhältnis indirekte Steuern zu direkten Steuern ein anderes, die indirekten Steuern stärker betonendes ist als beispielsweise in der Bundesrepublik. Dann gab es auch in der Bundesrepublik eine Umsatzsteuerentlastung an der Grenze, jedoch war sie aus wirtschaftspolitischen Gründen niedriger als die interne Steuerbelastung. Auf diese Weise war die Vergütung, die der französische Exporteur erhielt, prozentual erheblich höher als die seines deutschen Kollegen.

Die intensive Diskussion dieses Problems führte dazu, daß die Gemeinschaft späterhin das französische System der Mehrwertsteuer für alle übernahm. Im System der Mehrwertsteuer ergibt sich die Ausfuhrückvergütung automatisch aus der Höhe des Steuersatzes, so daß die Identität der inneren Umsatzsteuerbelastung mit der Entlastung an der Grenze

automatisch gesichert ist. Die Ungleichheit, die sich daraus ergibt, daß Länder mit einer verhältnismäßig hohen indirekten Steuer eine höhere Ausfuhrvergütung gewähren als Länder mit einer hohen direkten Steuer (bei gleicher Gesamtsteuerbelastung dieser beiden Ländern) liegt zwar im Raum, war aber nicht mehr Gegenstand der Diskussion.

Das Thema Steuerharmonisierung ist damit aus der europäischen Diskussion ausgeschieden.

Institut für Zeitgeschichte

Aufkommen der Mittel

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Verwendung der Mittel

Die Europäische Gemeinschaft Kohle und Stahl hat vom Beginn ihrer Tätigkeit bis zum 31. Dezember 1976 ..... Millionen Rechnungseinheiten eingenommen. Diese Einnahmen sind wie folgt verwendet worden

- Verwaltungsausgaben
- Beihilfen
- Ausgaben für Forschung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nationale Verbände

Das Verbandswesen der europäischen Stahlindustrie beruht auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Für Beschlüsse, die zum Funktionieren der Verbände notwendig sind, etwa zur Wahl des Vorsitzenden, der Ernennung von Geschäftsführern, der Bemessung von Beiträgen, muß es Mechanismen geben, mit denen die Mehrheit notfalls einen hartnäckigen Widerstand einer Minderheit zu überwinden vermag. Aber auch in solchen Fällen bemühen sich die Verbände um Einstimmigkeit, schon um zu vermeiden, daß mißvergnügte Mitglieder austreten.

In Sachfragen, in denen es um das Verhalten jedes einzelnen Mitgliedes geht, etwa in Fragen der Rohstoff- oder Steuerpolitik, in Fragen der Investition, kann es keine Majorisierung geben. Hier ist also der Verband, wenn er für ein einheitliches Auftreten seiner Industrie sorgen will, um so stärker, wie seine Kraft zur Integration, d.h. praktisch seine Findigkeit, ein Programm zu formulieren, das allen Mitgliedern akzeptabel erscheint. Aber naturgemäß nutzt auch Einstimmigkeit nichts, soweit die Kartellbestimmungen Vereinbarungen und abgestimmtes Verhalten verbieten. In ihrem eigenen Interesse müssen die Verbände streng auf dieses Verbot achten. Wenn sie dagegen verstossen, bringen sie sich um das Vertrauen und damit auch um die Autorität, die sie für Verhandlungen mit Behörden benötigen. <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Dazu Diehgans : Funktion und Macht der wirtschaftlichen Verbände in "Der Staat" 1977

Die meisten der nationalen Verbände haben ein ehrwürdiges Alter.

Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie hat im Jahre 1974 ihr 100-jähriges Jubiläum gefeiert. Sie residiert in Düsseldorf. Ihre Vorgängerin war in Berlin gegründet worden. Ihre 114 rechtlich selbständigen Mitgliedsunternehmen gehören zu 39 Konzernen. Die Gruppe Thyssen/Rheinstahl stellt 11 Firmen der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie. Von den 75 konzernfreien Mitgliedern haben 55 weniger als tausend Mitarbeiter, 33 davon beschäftigten weniger als 500 und 10 weniger als 100 Personen. Die kleinen Unternehmen produzieren vor allem Edelstahl, eine Erzeugung, die auf sehr verschiedene höchst individuelle Wünsche ihrer Abnehmer eingehen muß. Die Wirtschaftsvereinigung repräsentiert praktisch die gesamte deutsche Stahlindustrie (1973: 99 % der Rohstahlerzeugung). Im Bereich des Massenzahls erzeugen die fünf größten Hütten 73 % des Rohstahls, die 10 größten 92 % (all diese Zahlen auf 1976 bringen).

Aber die Großen haben in der Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung nicht mehr Stimmen als die Kleinen. Jedes Mitglied hat nur eine Stimme, die August Thyssen-Hütte nicht anders als ein kleines Edelstahlwerk aus dem Bergischen Land. Die großen Hüttenwerke wissen, daß das System der freien Wirtschaft nur auf der Grundlage einer breiten Zustimmung auch vieler kleiner Unternehmen fortbestehen kann.

So kann die Wirtschaftsvereinigung <sup>nur</sup> eine Politik treiben, einmütige Zustimmung aller ihrer Mitglieder findet.

Die Wirtschaftsvereinigung hält etwa 10 Sitzungen ihres Vorstandes (1977 ..... Mitglieder) im Jahr, je etwa 2 Stunden, zur Weitergabe von Informationen und Möglichkeiten zu Gesprächen.

Der Stab der Wirtschaftsvereinigung und ihrer Untergliederungen besteht aus rund 400 Mitarbeitern, eine große statistische Abteilung eingeschlossen. 1)

Die Chambre Syndicale de la Sidérurgie française .....

1) Dazu Herbert W. Köhler .....

Im Jahre ..... kam es zur ersten Bildung eines europäischen Stahlverbandes, der Grenzen überschritt. Die deutschen, niederländischen und luxemburgischen Stahlproduzenten fanden sich zu einer Wirtschaftsvereinigung Denelux zusammen, die ihren Sitz in ..... nahm. Die üblichen Aufgaben, Information, Meinungsbildung zu den Fragen, die der Stahlindustrie gestellt werden und die<sup>sie</sup> sich selbst stellt. Versuch, Solidarität zu fordern und zu aktivieren.

Weltweite Zusammenarbeit im International Iron and Steel Institute

Die fruchtbaren Gespräche immerhalb der europäischen Stahlindustrie legte den Gedanken nahe, ob man ähnliche Kontakte nicht weltweit organisieren solle. Seit Anfang der 60 er Jahre tagt in San Francisco alle vier Jahre der International Industrial Conference Board, der führende Industriellen der ganzen Welt zusammenführt. Bei diesen Gelegenheiten organisierte Edgar Kaiser sogenannte Metal Breakfast. Bei einem solchen Treffen entschlossen sich führende Stahlindustriellen der Welt im September 1965, diese Kontakte in einem Institut zu organisieren. Die Verhandlungen gestalteten sich zunächst schwierig. Die amerikanischen Partner mußten besonders sorgfältig darauf bedacht sein, mit den amerikanischen Gesetzen, die jede Form der Abstimmung von Industriepolitik verbieten, nicht in Konflikt zu geraten. Aber es gelang einen Text zu finden, der die Zustimmung auch des amerikanischen Justizministeriums erhielt. Darauf wurde am 10. Juli 1967 das International Iron and Steel Institute (IISI) in Brüssel in Anwesenheit des belgischen Königs gegründet. Hans Günther Sohl wurde sein erster Chairman, Charles Baker sein erster Generalsekretär. Seither veranstaltet das Institut alljährlich eine Tagung, welche die Stahlindustriellen miteinander ins Gespräch bringt. Für diese Tagung werden Berichte und Prognosen ausgearbeitet, die hohes Interesse finden.

Namensregister

Ackroyd, Betty - S. 22/3  
 Adenauer, Konrad - S. 25/2, 31/1, 35/4, 36/5, 39/1, 45/3  
 Ahrens, Wilhelm - S. 35/1  
 Alphand, Herve - S. 36/1  
 André, Robert - S. 48/5  
 Andrejevic, ..... - S. 23/4  
 Aron, Alexei - S. 22/3

Balladore-Fallieri, Cesare - S. 36/2, 43/1  
 Bech, Joseph - S. 33/2, 42/1, 44/1  
 Berding, ..... - S. 43/1  
 Berg, Bentz van den - S. 23/4, 48/5  
 Berry, Sir Vaughan - S. 25/1  
 Bidault, Georges, - S. 46/7  
 Biernaux, Albert - S. 36/2, 43/1  
 Blankenhorn, Herbert - S. 36/1  
 Blücher, Franz - S. 25/1, 35/5  
 Boden, Max - S. 36/1  
 Boland, Paul - S. 22/3, 36/2, 37/2  
 Botherau, ..... - S. 36/1  
 Bouvier, Léopold - S. 48/5  
 Bruns, Gerhard - S. 35/4, 48/5, 54/7  
 Buck, ..... - S. 59  
 Bungeroth, ..... - S. 35/2, 54/5  
 Burckhardt, Helmuth - S. 48/3  
 Bureau, Albert - S. 22/3

- 2 -

Capanna, Alberto - S. 36/2, 48/5, 50/4  
 Charlotte, Großherzogin - S. 44/1  
 Chomé, Felix - S. 48/5  
 Churchill, Winston - S. 36/4  
 Clappier, ..... - S. 36/1  
 Cockerill, John - S. 20/1  
 Conrot, Eric - S. 22/3, 23/5, 36/2,8, 37/2, 48/5  
 Coppé, Albert - S. 39/2, 41/1

Daum, Léon - S. 23/4, 41/1  
 Deist, Heinrich - S. 35/3, 39/2  
 Delarge, ..... S. 43/1  
 Delcout, ..... - S. 43/1  
 Delouvrier, ..... S. 43/1  
 Delville, Pierre - S. 22/1, 36/2, 48/5  
 Denen, ..... - S. 43/1  
 Denis, Albert - S. 23/4, 35/5  
 Desrousseaux, ..... - S. 36/1  
 Dewall, Hans von - S. 36/1, 37/2  
 Dichgans, Hans - S. 48/5, 54/8  
 Dinkelbach - S. 35/3

Einaudi, Maria - S. 48/5  
 Elkmann, Gerhard - S. 48/5, 54/9  
 Engel, Wilhelm - S. 35/2  
 Erhard, Ludwig, - S. 23/3, 34  
 d'Estaing, Giscard - S. 25/2  
 Etzel, Franz - S. 39/1, 41/1

.- 3 -

- Ferrieux, ..... - S.  
 Ferry, Jacques, - S. 35/5, 48/5, 50/2,3, 55/1  
 Finet, Paul - S. 41/1  
 Franks, Oliver - S. 22/2  
 Fugmann, Bruno - S. 54/5
- Gaudet, ..... - S. 43/1  
 Giacchero, Enzo - S. 41/1  
 Giretti, ..... S. 43/1  
 Glisenti, ..... - S. 43/1  
 Goergen, Fritz-Aurel - S. 35/4, 48/5, 54/7, 61/1  
 Guyot, ..... - S. 43/1
- Hallstein, ..... - S. 35/4, 36/1,6, 45/1  
 Hamburger, Richard - S. 36/2, 43/1  
 Hartge, Rolf - S. 35/5  
 Hellwig, Fritz - S. 39/3  
 Helven, ..... - S. 59  
 Henckes, ..... - S. 36/2  
 Henderson, ..... - S. 22/3  
 Henle, Günter ..... - S. 33/1, 34, 35/1, 39/1  
 Hettlage, Karl-Maria - S. 39/3  
 Heukes, ..... - S. 37/2  
 Hirsch, Etienne - S. 22/2, 31/1  
 Hirschfeld, ..... - S. 58/2  
 Hoff, Hans vom - S. 36/1  
 Holloway, Frank - S.  
 Hommel, Nicolas - S. 36/2  
 Hubert, Lucien - S. 36/1  
 Hutter, ..... - S. 43/1

Ingenhousz, Arnold Hugo - S. 36/2, 37/2, 48/5, 58/1,2

James, Charles - S. 20/1

Jouhaux, ..... - S. 36/1

Justman-Jacob, Poul L. - S. 22/3

Kaectenbeek, ..... - S. 35/5

Kennedy, John F. - S. 45/3

Kiersch, Günther - S. 21/4

Klaer, ..... - S. 43/1

Köhler, Herbert W. - S. 48/5, 54/8,9

Kohnstamm, Max - S. 36/2, 43/1

König, ..... - S. 35/5

Krackow, Jürgen - S. 48/5, 54/10

Krawielicky, ..... - S. 43/1

Kressow, Ne - S. 23/4

Kugener, ..... - S. 25/1

Labbé, Albert - S. 48/5

Layton, Michael - S. 22/3, 35/4, 48/5, 50/4

Looman, ..... - S. 25/1

- Malvestiti, ..... - S. 39/3  
 Mangold-Rheinboldt, von, ..... - S. 34  
 Marjolin, Robert - S. 22/2,3  
 Maulick, Paul - S. 35/1  
 Mayer, Albert - S. 48/5  
 Mayrisch, Emil - S. 21/2,3  
 Metz, Paul - S. 48/5, 59  
 Meyer, Aloys - S. 23/5, 59  
 Meyer, Frank - S. 48/5  
 Michaelis, Auguste - S. 23/5  
 1) Wonden, ..... - S. 35/4  
 Mortimer, Allec - S. 48/5, 50/4  
 Mortimer, Patrick - S. 48/5, 50/4  
 Much, Walter - S. 36/1  
 Munes, ..... - S. 36/2  
 Müller, Max C. - S. 35/2,4, 36/1,2,7, 37/2  
 Mulvany, William Thomas - S. 20/2  
 Myrdal, Gunnar - S. 22/1, 23/1, 23/2,3, 31/1
- 1) Monnet, Jean - S. 23/4, 25/2, 31/1, 36/1,3,  
 37/3,4, 41/1, 42/1,2, 45/1, 46/2,  
 58/2, 60/3
- Ophüls, ..... - S. 36/1  
 Overbeck, Egon - S. 48/5, 54/9

Parkmann, ..... - S. 25/1  
 Puals, ..... - S. 34  
 Petersen, Otto - S. 35/2  
 Pferdenges, Robert - S. 34  
 Pflimlin, Pierre - S. 46/5  
 Philipp, André - S. 23/3,4  
 Picard, Jean - S. 22/1  
 Poher, Alain - S. 25/1  
 Polenz, ..... - S. 35/2  
 Potthoff, Heinz - S. 39/1, 41/1

Raty, Jean - S. 48/5  
 Raus, ..... - S. 59  
 Regul, ..... - S. 43/1  
 Reichling, Charles - S. 36/2  
 Renard, André - S. 36/2  
 Rest, Pierre van der - S. 23/4, 36/2,8, 37/2, 48/5, 50/3  
 Reusch, Hermann - S. 54/4  
 Reuter, Paul - S. 31/1  
 Ricard, Pierre - S. 48/5  
 Ripert, Jean - S. 36/1  
 Röchling, Ernst - 48/5, 54/10  
 Rollmann, Tony - S. 22/3, 23/1,2,3,4, 31/1, 36/2,8,  
 37/2, 43/1  
 Rosse, ..... - S. 36/1

Sahm, ..... - S. 34  
Salewski, Wilhelm - S. 43/1  
Sambrook, Gordon - S. 48/5  
Sellis, Philipp de - S. 31/1  
Sandler, Hans-Jörg - S. 35/2,4, 48/5, 54/5,6,10  
Seynave, ..... - S. 36/2  
Smaele, de ..... - S. 25/1  
Smith, Ronald - S. 48/5  
Sohl, Hans-Günther - S. 48/5,6, 50/3, 54/1,2,3,4,9  
Spethmann, Dieter - S. 48/5, 54/10  
Spiereburg, Dirk - S. 36/2, 41/1, 58/2

Schluppkotten, Kurt - S. 48/5, 54/10  
Schneider, Etienne - S. 43/1  
Schroeder, Gerhard - S. 35/2, 48/5,6, 50/3, 54/8  
Schumann, Robert - S. 31/1, 33/3, 36/6

Stumm, Freiherr, von - S. 32/1

Taccone, Domenico - S. 22/3, 23/4  
Taviani, ..... - S. 36/2  
Terssier, ..... - S. 36/1  
Tesch, ..... - S. 59  
Thediell, ..... - S. 54/10  
Thedrel, Georges - S. 35/5, 48/5  
Thrane, Erland - S. 48/5, 50/4

Uri, Pierre - S. 31/1, 36/1,5,8, 43/1

Varoquaux, Jean-Arthur - S. 48/5

Veelen, van - S. 48/5

Vignuzzi, ..... - S. 22/3

Vinck, François - S. 36/2, 43/1

Villiers, Jean - S. 36/1

Vocke, ..... - S. 36/6

Vosgerau, Hans Gero - S. 35/2, 35/4

Wagenführ, ..... - S. 43/1

Waring, Bill - S. 23/4

Wehrer, Albert - S. 36/2

Wimmers, ..... - S. 36/2, 58/2